

**Entwurf zur Beratung  
in den Gliederungen**



# **Hessen 2008-2013 Regierungsprogramm**



**beschlossen durch den  
CDU-Landesvorstand  
am 25. Mai 2007 in Gießen**



**Mutig. Modern. Menschlich.**



**CDU** HESSEN



1	<b>Inhaltsverzeichnis</b>	
2	Mutig. Modern. Menschlich. _____	7
3	I. Gemeinsam leben in Hessen _____	10
4	1. Der Mensch ist das Maß – Politik für alle Generationen _____	10
5	Entlasten. Unterstützen. Fördern.	
6	Familienpolitik – ein Bekenntnis zur Zukunft _____	10
7	Vorausschauend und generationengerecht.	
8	Demografie ist Querschnittsaufgabe. _____	11
9	Hoffnung braucht Träger.	
10	Politik für ein junges Hessen _____	12
11	Frauenpolitik als Selbstverständlichkeit	
12	Vom Anspruch zur Wirklichkeit _____	13
13	Fit. Aktiv. Engagiert.	
14	Politik für ältere Menschen _____	13
15	Zuwenden. Verstehen. Unterstützen.	
16	Leben ohne Barrieren _____	14
17	Das Leben schützen.	
18	Vom Anfang bis zum Ende _____	14
19	2. Gemeinsam aktiv – für eine lebendige Bürgergesellschaft _____	15
20	Sich einbringen. Zeit schenken. Gestalten.	
21	Bürgergesellschaft braucht Engagement. _____	15
22	Fordern. Fördern. Einbinden.	
23	Integration ist keine Einbahnstraße. _____	16
24	Erinnern. Versöhnen. Gestalten.	
25	Unsere Verantwortung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler _____	17
26	II. Lernen und arbeiten in Hessen _____	19
27	1. Qualifiziert. Verantwortungsvoll. Gerecht.	
28	Bildung sichert Chancen. _____	19
29	Erziehen. Bilden. Betreuen.	
30	Die Verantwortung der Eltern ernst nehmen _____	19
31	Verlässlich. Eigenständig. Professionell.	
32	Gute Ausstattung und Organisation für guten Unterricht _____	21
33	Klare Akzente bei den Inhalten _____	24
34	Differenziert. Qualifiziert. Durchlässig.	
35	Schulvielfalt ist unsere Stärke _____	26
36	Weiterbilden. Qualifizieren. Teilhaben.	
37	Bildung hört nicht mit der Schule auf. _____	30

1	2.	Innovativ. Visionär. Zukunftsgewandt.	
2		Moderne Hochschulpolitik für eine moderne Wissensgesellschaft in Hessen _____	31
3		Lernen. Lehren. Forschen.	
4		Das moderne Hochschulwesen gestalten _____	32
5		Hochschul Entwicklungs- und Umbauprogramm (HEUREKA)	
6		Auf dem Weg zum modernsten Hochschulstandort Deutschlands _____	34
7		Den akademischen Nachwuchs fördern _____	34
8	3.	Perspektiven geben. Arbeit schaffen.	
9		Mut zu neuen Wegen in der Arbeitsmarktpolitik _____	35
10		Fördern und fordern.	
11		Arbeit muss sich wieder lohnen. _____	35
12		Praxisnah ausbilden. Chancen erhöhen.	
13		Gemeinsam Ausbildungsplätze schaffen _____	36
14	III.	Unseren Wohlstand sichern _____	38
15	1.	Hessen – Land der Ideen _____	38
16		Forschung und Technologie fördern	
17		Innovationen sichern Zukunft. _____	38
18		Zentral und international.	
19		Hessen: Marktplatz der Zukunft _____	39
20		Schnell. Flexibel. Staufrei.	
21		Mobilität im 21. Jahrhundert _____	40
22		Hessen online	
23		Die Breitbandoffensive geht weiter. _____	43
24		Informativ. Vielfältig. Kompetent.	
25		Medienpolitik im digitalen Zeitalter _____	43
26	2.	Kooperativ. Marktgerecht. Fair.	
27		Wirtschaftspolitik nach Maß _____	44
28		Beraten und fördern	
29		Politik für Mittelstand und Existenzgründer _____	44
30		Von Konkurrenz profitieren vor allem die Bürger.	
31		Märkte für mehr Wettbewerb öffnen _____	44
32		Schwarzarbeit bekämpfen	
33		Damit der Ehrliche nicht der Dumme ist. _____	45
34	3.	International denken. Regional handeln.	
35		Starke Regionen in einer globalisierten Welt _____	45
36		Hessen als europäische Wirtschaftsregion _____	45
37		Finanzplatz Frankfurt _____	47
38		Gesundheits- und Wissensregion Mittelhessen _____	47

1	Nordhessen – starke Entwicklung bei Mobilität, Technologie,	
2	Tourismus und Kultur _____	48
3	4. Klimafreundlich. Wirtschaftlich. Sicher.	
4	Für eine nachhaltige Energiepolitik _____	49
5	Klimaschutz als oberstes Ziel _____	49
6	Den Einsatz „grüner Energie“ verstärken _____	50
7	Für einen freien Energiemarkt _____	51
8	Energieforschung forcieren _____	52
9	IV. Für einen starken Staat _____	53
10	1. Freiheit in Sicherheit _____	53
11	Unsere Polizei stärken _____	53
12	Die Mittel zur Verbrechensbekämpfung schärfen _____	54
13	Der organisierten Kriminalität entgegentreten _____	54
14	Menschen stärken. Sucht bekämpfen.	
15	Keine Macht den Drogen! _____	55
16	„Kleinkriminalität“ nicht bagatellisieren _____	55
17	Sicherheit durch Prävention _____	56
18	Sicherheit ist Bürgermeisterpflicht. _____	56
19	Verfassungsschutz – tragende Säule einer wehrhaften Demokratie _____	57
20	Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienste _____	58
21	2. Leistungsstark. Sicher. Konsequenz.	
22	Justiz und Justizvollzug _____	60
23	Leistungsfähige Justiz _____	60
24	Sicherer Strafvollzug _____	60
25	Jugendkriminalität konsequent bekämpfen _____	61
26	Opferschutz geht vor Täterschutz _____	62
27	V. Für einen schlanken und bürgernahen Staat _____	64
28	1. Weniger Bürokratie – schnellere Entscheidungen _____	64
29	Leistungsfähig. Attraktiv. Bürgernah.	
30	Für einen modernen Öffentlichen Dienst _____	65
31	Bürgerfreundlich und modern	
32	Informationstechnologie in der Verwaltung _____	65
33	Wirtschaftlich. Effizient. Transparent.	
34	Neue Verwaltungssteuerung für Hessen _____	66
35	Modernisieren. Vereinfachen. Verfahren straffen.	
36	Gutes und schnelles Recht für alle _____	66

1	Privatisieren und kooperieren	
2	Weniger Staat bedeutet mehr Freiheit. _____	68
3	<b>VI. Solide Finanzpolitik</b> _____	<b>69</b>
4	1. Neuverschuldung beenden _____	69
5	2. Subventionsabbau – Förderprogramme auf den Prüfstand _____	70
6	3. Vorsorge für die Versorgungslasten der Landesbeamten _____	71
7	4. Länderfinanzausgleich reformieren _____	71
8	<b>VII. Lebens- und liebenswertes Hessen</b> _____	<b>72</b>
9	1. Umwelt erhalten. Natur bewahren. Tiere schützen.	
10	Für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Schöpfung _____	72
11	2. Traditionen bewahren. Kulturlandschaft pflegen.	
12	Politik für Landwirtschaft und ländlichen Raum _____	75
13	3. Sportland Hessen – ein Programm für alle _____	78
14	4. Vorsorgen. Helfen. Unterstützen.	
15	Gesundheitspolitik und Verbraucherschutz _____	81
16	5. Kunst und Kultur _____	83
17	6. Tourismus _____	84
18	<b>VIII. Stark vor Ort</b> _____	<b>85</b>
19	1. Kommunalpolitik vor neuen Herausforderungen _____	85
20	2. Verlässlicher Partner der Kommunen _____	85
21	3. Gemeinsamkeit macht stark _____	85
22	4. Ballungsraum und Metropolregion Rhein-Main _____	86
23	5. Kommunalfinanzen auf sicherer Grundlage _____	86
24	<b>IX. Starkes Hessen in Europa</b> _____	<b>88</b>
25	1. Herausforderungen für Europa im 21. Jahrhundert _____	88
26	2. Hessen – mitten in Europa _____	88
27	3. Ein durch die Regionen geprägtes Europa _____	88
28	4. Vertiefung vor Erweiterung _____	89
29	5. Wir brauchen die innere Reform der EU _____	89
30	6. Hessen gestaltet Europa – mit Ideen und Initiative _____	90

# 1 **Mutig. Modern. Menschlich.**

## 2 ***Für ein starkes Hessen: Wir halten Kurs!***

3 Hessen ist ein starkes Land. Die Menschen aller Generationen leben gerne hier und sind  
4 stolz auf ihre Leistungen. Dank unserer geografischen Lage im Herzen Europas, dank unse-  
5 rer hervorragenden Bildungseinrichtungen und vor allem dank des Engagements und der  
6 Bereitschaft der Menschen, aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft mitzuwirken,  
7 verfügen wir über großartige Potenziale. Das Erreichte ist jedoch kein Grund zum Ausru-  
8 hen, denn Hessen steht, wie alle anderen Länder auch, vor großen Herausforderungen.  
9 Durch die demografische Entwicklung und die weltweite Öffnung politischer, wirtschaftli-  
10 cher und kommunikativer Grenzen wird sich unser Land auch in Zukunft weiter verändern  
11 müssen. In großen Schritten entwickelt sich Hessen zu einer Wissensgesellschaft und zu  
12 einem Zentrum Europas, in dem Menschen zusammenkommen, ihr Wissen austauschen  
13 und gemeinsam ihre Zukunft gestalten. Die zentrale Frage lautet deshalb: Wie meistern  
14 wir die vor uns stehenden Herausforderungen im Interesse Hessens und seiner Menschen  
15 so, dass niemand auf dem Weg in eine sich weiter entwickelnde Gesellschaft zurückbleibt?  
16 Die Tatsache, dass 40 Prozent der in den letzten Jahren in unserem Bundesland geborenen  
17 Kinder aus Familien stammen, deren Wurzeln nicht in Hessen liegen, erfordert darüber  
18 hinaus weitere Anstrengungen im Bereich der Integration. Von allen Bürgern in Hessen  
19 erwarten wir dabei die Anerkennung unserer gemeinsamen Werte und Kultur, also letzt-  
20 endlich die Anerkennung dessen, was wir als „Leitkultur“ bezeichnen. Wir erwarten aber  
21 auch die gegenseitige Bereitschaft, aufeinander zuzugehen.

22 Wir treten mit einem klaren Kurs an und sagen: Ja – wir wollen diese vielen Herausforde-  
23 rungen als Chance begreifen. Nicht klagen, sondern handeln. Nicht stehen bleiben, son-  
24 dern mit Herz und Zuversicht unseren Weg gehen. In einer großen hessischen Gemein-  
25 schäftsleistung wollen wir auf der Grundlage der Entscheidungen und der Arbeit der letz-  
26 ten Jahre den Spitzenplatz Hessens in Deutschland ausbauen. Unsere Politik dient allen  
27 Menschen und setzt auf ihr Mittun. Wir brauchen alle: Frauen und Männer, Familien und  
28 Alleinstehende, Kinder und Jugendliche, erfahrene ältere und neugierige junge Menschen,  
29 Menschen mit Behinderungen und Krankheiten, schwächere und starke Schüler, Arbeit-  
30 nehmer und Unternehmer, Menschen ohne Arbeit und Existenzgründer, Sportbegeisterte  
31 wie Kulturinteressierte.

32 Der Staat arbeitet nicht für sich. Der Staat gehört keiner Partei, sondern allen Bürgern.  
33 Deshalb lebt die hessische Gemeinschaftsleistung von der aktiven Mitgestaltung und Mit-  
34 wirkung, vor allem auch von dem freiwilligen und ehrenamtlichen Engagement unserer  
35 Bürger. Gerade deshalb darf der Staat nicht mit einem Übermaß an Vorschriften und Bü-  
36 rokratie im Weg stehen, wenn sich Menschen für unsere Kinder, unsere Sicherheit und für  
37 unser Gemeinwesen in Freiheit, persönlicher Verantwortung und Solidarität einbringen  
38 wollen.

## 39 **Klare Alternativen**

40 Am 27. Januar 2008 stehen die Menschen vor zwei klaren Alternativen: für ein starkes Hes-  
41 sen oder für einen Rückschritt unter der Verantwortung eines Linksbündnisses. Dabei geht  
42 es um Grundsätzliches. Während das Linksbündnis auf Gleichmacherei und Bevormun-  
43 dung setzt, vertrauen wir auf die Kraft und die Verantwortung eines jeden Einzelnen. Das

1 Linksbündnis bedeutet: keine Chance für die Entwicklung der Flughäfen, für den notwen-  
2 digen Straßenbau, für moderne Forschung und für individuelle Bildung. Wir hingegen sind  
3 davon überzeugt, dass Hessens Reichtum und Stärke auch in Zukunft von einer gut ausge-  
4 bauten Infrastruktur, moderner Forschung, preiswerter und umweltschonender Energie  
5 und vor allem von einer hohen Bildungsqualität abhängt. Kein Wähler Hessens kann sagen,  
6 dass alles sei ganz neu. Rot-Grün hat Hessen in den 90iger Jahren schwach gemacht. Es  
7 war und ist jahrelange Arbeit nötig, die Versäumnisse und Schäden dieser Zeit wieder zu  
8 beseitigen. Ein starkes Hessen verträgt deshalb kein Linksbündnis.

## 9 **Versprochen – gehalten**

10 Schon 1999 sind wir mit klaren Versprechen angetreten und haben sie gehalten. Wir sind  
11 2003 erneut mit klaren Versprechen vor die Bürger getreten, haben sie gehalten und dafür  
12 große Zustimmung der Bürger erfahren. Wir sind auch unbequeme Wege gegangen und  
13 haben die nach unserer Überzeugung notwendigen Entscheidungen durchgesetzt. Keine  
14 dieser Entscheidungen war einfach. Nie haben sie leichtfertig getroffen. Wir haben sie ge-  
15 troffen, um unsere Zusagen einzuhalten und um den Auftrag der Wähler einzulösen. Wir  
16 sind ganz sicher: nur Mut und Durchsetzungsfähigkeit im Interesse der gemeinsamen Sa-  
17 che schaffen Berechenbarkeit und Verlässlichkeit. Nicht reden, sondern handeln: Das  
18 bleibt auch in Zukunft unsere Linie.

19 Seit 1999 haben wir auf diese Weise einen Modernisierungskurs eingeschlagen, der unser  
20 Land deutlich nach vorne gebracht hat. In vielen Bereichen sind wir mittlerweile bundes-  
21 weit Vorreiter und haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Hessen wieder an  
22 der Spitze unter den deutschen Bundesländern steht. Dennoch: Das vor Ihnen liegende  
23 Programm zur Landtagswahl 2008 ist keine Bilanz mit den Erfolgen der Vergangenheit. Es  
24 ist ein Zukunftsprogramm für eine moderne und menschliche Politik in den nächsten fünf  
25 Jahren. Unser Dank gilt all denen, die an der Gestaltung des Programms und der Zukunft  
26 unseres Landes mitgewirkt haben.

## 27 **Für ein starkes Hessen – mit Sicherheit, Bildung und Arbeitsplätzen**

28 Wie gewährleistet der Staat Sicherheit, verlässliche Bildung und stabile Arbeitsplätze?  
29 Zentrale Fragen der Landespolitik, auf die die Bürger in Hessen eine Antwort erwarten.

30 Wir haben den Menschen in Hessen das Vertrauen in ihre Sicherheit zurückgegeben: Heu-  
31 te verfügen wir über eine Polizei mit der modernsten Ausstattung wir haben die höchste  
32 Aufklärungsquote von Straftaten in der Geschichte unseres Landes und einen modernen,  
33 aber konsequenten Strafvollzug. In Hessen gilt: Opferschutz vor Täterschutz. Wir werden  
34 die funktionierenden Instrumente bei der Verbrechensbekämpfung halten und neue  
35 durchsetzen, weil wir für alle heutigen und zukünftigen Gefahren gewappnet sein müssen.  
36 Ohne Sicherheit ist unsere Freiheit gefährdet.

37 In der ersten Regierungsperiode haben wir die Bildung aus einem tiefen Tal rot-grüner  
38 Hinterlassenschaften herausgeholt. Bei der Sanierung der rot-grünen Altlasten haben wir  
39 100.000 ausgefallene Unterrichtsstunden pro Woche beseitigt und zusätzliche Lehrer ein-  
40 gestellt. Schule findet wieder statt. 2003 haben wir eine Qualitätsoffensive gestartet, die  
41 die Vergleichbarkeit schulischer Bildung in den Mittelpunkt rückt und den Schulen mehr  
42 Selbstständigkeit gibt. Unter diesen neuen Voraussetzungen kann jetzt der Schulalltag in  
43 mehr Eigenverantwortung gestaltet werden.

1 Hessens Wirtschaft boomt. Die Arbeitslosigkeit geht deutlich zurück, die Auftragslage der  
2 Unternehmen steigt. Den unter Rot-Grün verkümmerten Straßenbau haben wir wieder  
3 flott gemacht. An vielen Stellen wird gebaut und modernisiert. Nordhessen hat durch un-  
4 sere Politik endlich eine klare Perspektive als innovativer Logistik-Standort in der Mitte  
5 Europas erhalten. Mittelhessen wird immer mehr zu einer beachteten Wissens- und Ge-  
6 sundheitsregion. Der Ausbau des Frankfurter Flughafens kommt! Kein einziges Investiti-  
7 onsprojekt in Deutschland bringt so viele neue Arbeitsplätze, mit keinem anderen Projekt  
8 verbinden die Menschen weit über das Rhein-Main-Gebiet hinaus so hohe Erwartungen  
9 hinsichtlich der Sicherung ihrer Lebensperspektiven. Und es geht weiter: Hessen soll der  
10 europäische Magnet für Gründer, Investoren und Forscher werden. Das vor Ihnen liegende  
11 Programm ist auch in dieser Hinsicht das Programm für ein starkes Hessen.

## 12 **Mutig. Modern. Menschlich.**

13 Unsere Politik dient den Menschen. Die verlässlichen Schulzeiten dienen den Kinder und  
14 Eltern. Die neuen Straßen dienen staugeplagten Berufstätigen und Mittelständlern, die  
15 Arbeitsplätze schaffen. Die neuen Hochschulinvestitionen dienen den Studierenden und  
16 ihren Berufsaussichten. Die neuen Methoden der Verbrechensbekämpfung dienen der  
17 Sicherheit der Bürger. Die verpflichtenden Deutschkurse dienen den Chancen ausländi-  
18 scher Mitbürger. Die Modernisierung der Kliniken in Mittelhessen dient der Versorgung  
19 der Patienten und der Sicherung der Arbeitsplätze auch in Zukunft. Die Investitionen in  
20 erneuerbare Energien dienen der Umwelt. Die Kulturinvestitionen dienen dem Tourismus  
21 und der Heimatpflege. Der Bildungs- und Erziehungsplan dient den Kindern beim Über-  
22 gang vom Kindergarten in die Grundschule. Die neue Freiheit der Universität Darmstadt  
23 dient den innovative Ideen kreativer Köpfe. Der Ausbau der Flughäfen schafft neue Ar-  
24beitsplätze. Der Einsatz für niedrige Strompreise dient Kunden und Verbrauchern. Die  
25 Sparbemühungen dienen der Lebens- und Gestaltungsfähigkeit künftiger Generationen.

26 Unsere Politik ist mutig. Beliebigkeit und das Festhalten an nicht mehr zeitgemäßen Struk-  
27 turen überlassen wir anderen. Wir werden festhalten an Bewährtem und Zukunft gestalten.  
28 Eine Politik, die Hessen nach vorne bringt und modernisiert, bringt immer auch Neu-  
29 es. Dabei ist Mut gefragt und nicht Angst vor Veränderung, denn Angst ist immer ein  
30 schlechter Ratgeber. Hessen muss auf diesem Modernisierungskurs bleiben und darf nicht  
31 zurückfallen.

32 **Dafür werden wir mit Ihrem Vertrauen weiter arbeiten. Für ein starkes Hessen. Wir**  
33 **halten Kurs!**

# 1 I. Gemeinsam leben in Hessen

## 2 1. Der Mensch ist das Maß – Politik für alle Generationen

3 Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch. Seine Würde und Freiheit zu wahren,  
4 seine Entfaltungsmöglichkeiten zu mehren und ihn in seiner Verantwortung für sich und  
5 andere ernst zu nehmen, ist die Leitlinie unserer Politik. Politik für die gesamte Gesell-  
6 schaft bedeutet für uns, Chancen für alle zu eröffnen, die Leistungsfähigen zu stärken und  
7 den Schwachen zu helfen. Dabei setzen wir auf das Engagement jedes Einzelnen, auf Mit-  
8 menschlichkeit und Solidarität. Unser Ziel ist ein soziales und gleichberechtigtes Mitein-  
9 ander aller Generationen und Gruppen.

### 10 **Entlasten. Unterstützen. Fördern.**

#### 11 *Familienpolitik – ein Bekenntnis zur Zukunft*

12 Ehe und Familie sind das Fundament unserer Gesellschaft. Wir müssen alles tun, um sie zu  
13 stärken. Die Familie ist der Ort, wo Kinder geboren werden und zu lebensfähigen, ver-  
14 antwortungsbewussten Bürgern heranwachsen können. Sie ist ein Ort generationenüber-  
15 greifender Solidarität, der Geborgenheit vermittelt und in dem soziale Bindungsfähigkeit  
16 und gegenseitige Rücksichtnahme gelebt werden.

17 Die Entscheidung junger Menschen für das Zusammenleben als Familie ist zuallererst Pri-  
18 vatsache. Staat und Gesellschaft sind jedoch auf die Leistungen von Familien angewiesen.  
19 Die Entscheidung von Paaren für Kinder entscheidet somit immer auch über die Zukunft  
20 unserer Gesellschaft. Das Bild der Familie hat sich in den vergangenen Jahren gewandelt.  
21 Neue Realitäten erfordern neue Prioritäten. Zentrale Aufgabe der Familienpolitik ist es  
22 daher,

- 23 • unsere Gesellschaft so zu gestalten, dass jungen Paaren die Entscheidung für Familie  
24 und Kinder leichter gemacht wird
- 25 • Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Familien ihr Leben so gestalten können, wie  
26 sie es selbst möchten.

27 Wir wollen die Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Väter und  
28 Mütter sowie die Qualität der Kinderbetreuung weiter verbessern.

29 Deshalb werden wir:

- 30 • die Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren gemeinsam mit den Kommunen  
31 weiter bedarfsgerecht ausbauen und bis 2010 für mindestens 20 Prozent der Kinder,  
32 bis 2013 für mindestens 35 Prozent der Kinder einen Platz in einer Krabbelstube, bei  
33 einer Tagesmutter, in einer Krippe oder altersübergreifenden Gruppe bereitstellen
- 34 • die Wahlmöglichkeiten von Eltern in der Kinderbetreuung erweitern, indem wir  
35 durch verstärkte direkte Förderung der Eltern eine größere Betreuungsvielfalt er-  
36 möglichen – wir werden dazu einen Pilotversuch unternehmen, um den Einsatz von  
37 Betreuungsgutscheinen zu erproben

- 1 • Maßnahmen zur Förderung der Erziehungskompetenz von Eltern und Erziehern er-  
2 greifen, um die neuesten Erkenntnisse über frühkindliche Förderung optimal zu nut-  
3 zen
- 4 • Zertifizierung für besondere Qualitätsleistungen von Kindertagesstätten einführen  
5 • schrittweise die Eltern vollständig von Kindergartengebühren befreien  
6 • die Flexibilisierung der Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen durch gezielte  
7 Förderanreize vorantreiben.

8 Beim Ausbau schulischer Ganztagsangebote setzen wir auch künftig auf Freiwilligkeit,  
9 Qualität und Vielfalt. Das Elternengagement und die Mitwirkung örtlicher Vereine, Kir-  
10 chen und anderen Initiativen wollen wir dabei weiter stärken. Im Gegensatz zu Rot-Grün  
11 wollen wir keine Zwangsganztagschule.

12 In den kommenden fünf Jahren werden wir daher

- 13 • freiwillige Ganztagsangebote flächendeckend ausbauen. Diese Angebote sollen in  
14 der Regel durchgängig von 7.30 bis 17.00 Uhr bestehen- besonderes Augenmerk le-  
15 gen wir auf Grund-, Haupt- und Realschulen und hier vor allem auf eine noch stärker-  
16 re Verbindung mit Ausbildungsbetrieben und Beruflichen Schulen
- 17 • bislang nebeneinander bestehende Hort-, Betreuungs- und Ganztagsangebote an  
18 Grundschulen in Absprache mit den Kommunen und weiteren Trägern soweit wie  
19 möglich zusammenführen
- 20 • Zertifizierungen für besondere Qualitätsleistungen von Ganztagsangeboten einfüh-  
21 ren.

## 22 **Vorausschauend und generationengerecht.**

### 23 ***Demografie ist Querschnittsaufgabe.***

24 Hessen hat die demografische Herausforderung angenommen und wird auch künftig poli-  
25 tische Entscheidungen konsequent am Kriterium der Verantwortung für künftige Genera-  
26 tionen ausrichten. Hessen hat unter der Führung der CDU bereits die entscheidenden  
27 Weichen gestellt, um einerseits die demografische Trendwende zu erreichen und anderer-  
28 seits durch zahlreiche Initiativen dieses Querschnittsthema offensiv ins öffentliche Be-  
29 wusstsein zu bringen. Diese Position werden wir konsequent ausbauen.

30 Wir werden dazu:

- 31 • die Arbeit der zentralen Stabsstelle in der Staatskanzlei zur Koordinierung demogra-  
32 fierelevanter Aspekte fortsetzen und dabei die Ergebnisse der Landtags-Enquete-  
33 Kommission aufgreifen
- 34 • die eingeleitete Strategie zur demografischen Trendwende auch in Zusammenarbeit  
35 mit anderen Bundesländern weiterentwickeln
- 36 • alle Förderprogramme des Landes daraufhin überprüfen, ob sie der Anforderung der  
37 demografischen Nachhaltigkeit gerecht werden und
- 38 • die breit angelegten Informationskampagnen für die hessischen Kommunen sowie  
39 entsprechende Modellprojekte fortführen.

**1 Hoffnung braucht Träger.****2 *Politik für ein junges Hessen***

3 Politik für junge Menschen ist unter der CDU-geführten Landesregierung zu einer Erfolgsgeschichte geworden. Wir haben den Jugendlichen Perspektiven eröffnet und dort, wo es  
4 notwendig ist, Hilfestellungen gegeben.  
5

**6 Fit machen. Fördern. Chancen eröffnen.**

7 Erziehung, Bildung, Ausbildung und Arbeit sind die entscheidenden Faktoren, um jungen  
8 Menschen Perspektiven zu bieten.

9 Politik für junge Menschen muss fördern, aber auch fordern. Junge Menschen sind die Leistungsträger von morgen. Deshalb haben wir Wege aufgezeigt, wie sich die Hoffnungsträger von morgen in die Gesellschaft einbringen können. Wir machen ihnen deutlich, dass  
10 jeder Einzelne Verantwortung für das Gemeinwohl trägt – für sich selbst, aber auch für  
11 andere.  
12  
13

14 Daher werden wir

- 15 • durch die Fortführung und Qualitätssteigerung der Ausbildungsprogramme auch jenen Jugendlichen eine Perspektive bieten, die mit einer weniger guten Ausgangsposition auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt kommen
- 16 • uns weiterhin für eine ausreichende finanzielle und ideelle Unterstützung der Jugendarbeit einsetzen
- 17 • uns dafür einsetzen, dass das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr weiterhin angeboten werden und von diesen erbrachte Leistungen von der Umsatzsteuer befreit bleiben.

**23 Kinder vor Misshandlung und Verwahrlosung schützen**

24 Wir wollen verhindern, dass Kinder schutzlos Angriffen auf ihre seelische oder körperliche Unversehrtheit ausgesetzt sind. Häufig ist Überforderung ein Auslöser für Kindesmisshandlung.  
25  
26

27 Deshalb werden wir

- 28 • von Beginn an die Eltern in die Pflicht nehmen und in ein Netzwerk zum Schutz und zur Förderung der Kinder einbeziehen
- 29 • die Bündelung aller am Kinderschutz beteiligter Kräfte vorantreiben, um ein flächendeckendes Frühwarnsystem gegen Kindesmisshandlung und Verwahrlosung zu etablieren
- 30 • die bestehenden Projekte zur Fortbildung von Hebammen zu Familienhebammen landesweit flächendeckend ausbauen, um die werdenden Eltern vor allem aus Risikogruppen frühzeitig erreichen zu können
- 31 • das Gewaltpräventionsprojekt „Faustlos“ flächendeckend in das Programm aller hessischen Kindergärten integrieren, um frühzeitig der Gewaltbereitschaft unter Kindern vorzubeugen

- 1 • in Verhandlungen mit den Krankenkassen darauf drängen, die Früherken-  
2 nungsuntersuchungen von Kindern in kürzeren Zeitabständen anzubieten, um das  
3 Schutzsystem engmaschiger zu gestalten.

#### 4 **Frauenpolitik als Selbstverständlichkeit**

##### 5 *Vom Anspruch zur Wirklichkeit*

6 Frauen von heute sind an allen gesellschaftlichen Prozessen beteiligt. Sie sind hervor-  
7 ragend ausgebildet, hoch motiviert und machen von der Wahlmöglichkeit zwischen den ver-  
8 schiedenen Lebensmodellen Gebrauch. Wir unterstützen diesen Prozess, indem wir uns für  
9 eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen und die Grundlagen hierfür  
10 sichern. Wir wollen zu einem partnerschaftlichen Miteinander von Mann und Frau beitra-  
11 gen und noch bestehende Benachteiligungen beseitigen. Frauenpolitik bedeutet für uns  
12 auch, dass Frauen im Beruf gleiche Chancen haben wie Männer.

13 Das Ziel unserer Politik ist die dauerhafte und umfassende Durchsetzung und Sicherung  
14 von Chancengleichheit.

15 Daher werden wir

- 16 • uns dafür einsetzen, die berufliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern  
17 weiter zu verbessern
- 18 • uns dafür stark machen, die noch bestehenden Einkommensunterschiede von Frauen  
19 und Männern zu beseitigen
- 20 • arbeitsmarktpolitische Initiativen ergreifen, die die Erwerbschancen von Frauen er-  
21 höhen
- 22 • Mentorinnennetzwerke weiter ausbauen
- 23 • wissenschaftliche Nachwuchskräfte an Universitäten besonders fördern und unter-  
24 stützen, insbesondere das Modell „Studieren mit Kind“ ausbauen zum „Promovieren  
25 mit Kind“
- 26 • die Aktivitäten zum Schutz von Frauen und Mädchen vor häuslicher Gewalt fortset-  
27 zen
- 28 • in Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen die gleichberechtigte Teilhabe von  
29 Zuwanderinnen vorantreiben
- 30 • weitere Initiativen ergreifen, um Ehrverbrechen an Frauen wie Zwangsheirat,  
31 Zwangsverstümmelung und Ehrenmorde zu unterbinden.

#### 32 **Fit. Aktiv. Engagiert.**

##### 33 *Politik für ältere Menschen*

34 Menschen werden immer älter und fühlen sich dabei immer jünger. Sie sind länger körper-  
35 lich und geistig aktiv, interessiert an Neuem und möchten am gesellschaftlichen Leben in  
36 jeder Form teilnehmen. In der Erfahrung dieser Menschen liegt ein großes Potenzial, das  
37 es zu nutzen gilt. Die mit der höheren Lebenserwartung verbundene veränderte Alters-  
38 struktur der Bevölkerung stellt die Gesellschaft aber auch vor neue Herausforderungen.  
39 Wir wollen die Anliegen der älteren Generation unterstützen, ihr Raum geben, sich weiter-

1 hin in die Entwicklung der Gesellschaft einzubringen und ihr Lebensumfeld selbstbestimmt  
2 zu organisieren.

3 Deshalb werden wir

- 4 • die Berufstätigkeit älterer Arbeitnehmer fördern, denn auch am Arbeitsmarkt sind äl-  
5 tere Menschen mit ihrer Erfahrung und ihrem Wissen unverzichtbar
- 6 • neue Modelle des Mehrgenerationenwohnens erproben und Seniorenengen-  
7 senschaften fördern
- 8 • das betreute Wohnen in Wohnanlagen („Wohnen mit Service“) als Alternative zum  
9 Heim ebenso unterstützen wie das gemeinschaftliche Wohnen im Alter, das genera-  
10 tionenübergreifende Wohnen und die häusliche Pflege
- 11 • die bedarfsgerechte Ausbildung im Bereich der Altenpflegekräfte fortführen
- 12 • im Bereich des Arbeitsschutzes und der Arbeitsmedizin dafür sorgen, dass die Ar-  
13beitsbedingungen den Bedürfnissen des Alters angepasst werden, um die Gesund-  
14 heit und Leistungsfähigkeit der älteren Arbeitnehmer zu erhalten
- 15 • den flächendeckenden Ausbau von Seniorenvertretungen positiv begleiten.

## 16 **Zuwenden. Verstehen. Unterstützen.**

### 17 ***Leben ohne Barrieren***

18 Selbstständigkeit ist für jeden Menschen ein hohes Gut. Wir setzen alles daran, die dafür  
19 nötigen Rahmenbedingungen auch für Menschen mit Behinderungen auszubauen. Neben  
20 der Schaffung der gesetzlichen Grundlagen haben wir in den letzten Jahren erreicht, dass  
21 die Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen im Öffentlichen Dienst in  
22 Hessen auf über 6 Prozent gestiegen ist. Hessen nimmt damit den absoluten Spitzenplatz  
23 bei der Beschäftigungsquote im Öffentlichen Dienst in Deutschland ein.

24 Wir werden deshalb

- 25 • die hessischen Schwerbehindertenprogramme fortführen, um Menschen mit Behin-  
26 derung einen Arbeitsplatz zu verschaffen
- 27 • die Maßnahmen der begleitenden Hilfe im Arbeits- und Berufsleben stärken, um eine  
28 behindertengerechte Beschäftigung zu ermöglichen
- 29 • Jugendliche mit Behinderung dabei unterstützen, einen Ausbildungs- oder Arbeits-  
30 platz zu finden und eine Ausbildung erfolgreich abzuschließen
- 31 • das Landesblindengeldgesetz über 2009 hinaus verlängern
- 32 • ein Modellprojekt im Rahmen von „Galileo“ initiieren, bei dem Blinde das Navigati-  
33 onssystem als Orientierungshilfe auf Straßen und Plätzen testen können
- 34 • Studierenden mit Behinderung die Möglichkeit eröffnen, erfolgreich einen Studien-  
35 abschluss zu erwerben.

## 36 **Das Leben schützen.**

### 37 ***Vom Anfang bis zum Ende***

38 Der Schutz menschlichen Lebens ist für uns ein Grundpfeiler unserer christlich-humanen  
39 Gesellschaft. Wir setzen uns für den Lebensschutz in allen Phasen menschlichen Lebens

- 1 vom Anfang bis zum Ende ein. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei Menschen in Le-  
2 bensphasen besonderer Schutzbedürftigkeit: den Ungeborenen und den Sterbenskranken.
- 3 Wir wollen
- 4 • den Schutz des ungeborenen Lebens stärken und dafür insbesondere weitere Stif-  
5 tungen für den Schutz ungeborener Kinder initiieren, um Abtreibungen aus finanziel-  
6 len Notlagen zu verhindern
  - 7 • eine Kampagne „Wir helfen kinderlosen Paaren“ starten, um das Thema Adoption  
8 stärker in das öffentliche Bewusstsein zu bringen und ungewollt Schwangere besser  
9 über die Möglichkeit der Freigabe des Kindes zu einer Adoption zu informieren -  
10 hierzu gehört auch eine stärkere Aufklärung über Adoptionsmöglichkeiten im Rah-  
11 men der Schwangerenkonfliktberatung
  - 12 • uns für die Einführung einer bundesweit geschalteten Schwangerennotrufnummer  
13 einsetzen
  - 14 • Bestrebungen, aktive Sterbehilfe zu erlauben, entschieden entgegenzutreten
  - 15 • auf ein Verbot der geschäftsmäßigen Vermittlung von Gelegenheiten zur Selbsttö-  
16 tung hinwirken
  - 17 • die Arbeit der Hospizbewegung und den Ausbau der Palliativmedizin fördern
  - 18 • die Forschung an adulten Stammzellen fördern, um Alternativen zur verbrauchenden  
19 Forschung an embryonalen Stammzellen zu stärken.

## 20 **2. Gemeinsam aktiv – für eine lebendige Bürgergesellschaft**

### 21 **Sich einbringen. Zeit schenken. Gestalten.**

#### 22 ***Bürgergesellschaft braucht Engagement.***

23 Eine lebendige Demokratie baut auf aktive und engagierte Bürger. In Hessen hat dieses  
24 Engagement eine lange Tradition. Fast zwei Millionen Menschen engagieren sich freiwillig  
25 und ehrenamtlich, indem sie öffentliche und soziale Angelegenheiten nicht einfach Staat  
26 und Kommune überlassen, sondern in Eigenverantwortung übernehmen. Mit großem per-  
27 sönlichem Engagement setzen sie ihre Kraft ein, um anderen zu helfen, Gemeinschaft zu  
28 stiften und den Zusammenhalt zu fördern. Gleichzeitig erwerben sie soziale Schlüsselqua-  
29 lifikationen wie Teamfähigkeit, Kommunikationsstärke, interkulturelle Kompetenz oder  
30 Motivationsfähigkeit.

31 Wir wollen die Ehrenamtskultur in Hessen weiter festigen. Deshalb werden wir uns dafür  
32 einsetzen, dass ehrenamtlich Tätige für ihre engagierte Arbeit stärker gewürdigt werden.  
33 Die Ehrenamtskarte bildet dabei ein zentrales Element und wird weiterentwickelt. Die  
34 durch das Ehrenamt erworbenen Kompetenzen sollen auch bei Einstellungen im Öffentli-  
35 chen Dienst berücksichtigt werden. Wir wollen, dass sich auch junge Menschen und Men-  
36 schen mit Migrationshintergrund in noch größerem Maße für die Gemeinschaft einsetzen.

37 Unser Ziel ist es hierbei nicht, bezahlte Tätigkeiten durch das Ehrenamt zu ersetzen. Es  
38 geht vielmehr darum, eine Kultur des Ermöglichens auszubauen und ihren Bestand zu si-  
39 chern, damit gute Ideen und beispielhafte Initiativen in Hessen nicht an bürokratischen  
40 Hindernissen oder finanziellen Engpässen scheitern müssen.

41

1 Dazu werden wir

- 2 • mit dem weiteren Ausbau des Modellprojekts „Engagementlotsen“ für ehrenamtlich
- 3 tätige Menschen und solche, die es werden wollen, ein flächendeckendes Netzwerk
- 4 aus Beratern und Wegbegleitern schaffen
- 5 • dafür sorgen, dass ehrenamtlich erworbene Qualifikationen mit einem beruflich
- 6 nutzbaren Zertifikat abgeschlossen werden können
- 7 • bürokratische Hürden für Vereine beseitigen, insbesondere durch eine Beschleunigung
- 8 der Verfahren zwischen Finanzämtern und Amtsgerichten
- 9 • eine erweiterte Anerkennung von steuerlichen Rücklagen für den ehrenamtlichen
- 10 Bereich anstreben und die Übungsleiterpauschale erhöhen.

## 11 **Fordern. Fördern. Einbinden.**

### 12 ***Integration ist keine Einbahnstraße.***

13 Fast ein Viertel aller in Hessen lebenden Menschen weist einen Migrationshintergrund  
 14 auf. Die Integration dieser Personengruppen bleibt eine unserer wichtigsten Aufgaben.  
 15 Das erfordert die ständige Kooperation und den dauerhaften Dialog zwischen den in der  
 16 Integrationspolitik engagierten Verbänden, Institutionen, Kirchen, religiösen Gemein-  
 17 schaften, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Integration ist mehr als Koexistenz.  
 18 Sie schafft vielmehr die Voraussetzung für ein friedliches Miteinander in unserer Gesell-  
 19 schaft und fordert auf der Grundlage unseres Kultur- und Werteverständnisses große An-  
 20 strengungen von allen Beteiligten, an deren Ende das Gefühl der Zugehörigkeit und Zu-  
 21 sammengehörigkeit stehen muss.

22 Integration braucht einen Standpunkt. Die für uns dabei unverzichtbaren Elemente der  
 23 Leitkultur in Deutschland sind

- 24 • die Bejahung, Achtung und Verteidigung der Grundwerte unserer Verfassung, insbe-  
 25 sondere unseres demokratischen rechtsstaatlichen Systems
- 26 • das klare Bekenntnis zu unserer durch gemeinsame Geschichte und Traditionen ge-  
 27 prägten Gesellschaft
- 28 • das Einstehen für Gemeinwohl, Solidarität, Toleranz und Gleichberechtigung
- 29 • die Übernahme von Eigenverantwortung
- 30 • die Bereitschaft zur aktiven Mitwirkung am Gemeinwesen
- 31 • und die Beherrschung der deutschen Sprache als unverzichtbare Voraussetzung für  
 32 Kommunikation und Teilnahme am öffentlichen Leben.

33 Die Grundlagen für erfolgreiche Integrationspolitik in Hessen haben wir geschaffen. Wir  
 34 wollen unsere Politik der nachhaltigen Integration weiter ausbauen, um die Stabilität un-  
 35 seres Landes zu sichern und den sozialen Frieden zu erhalten.

36 Deshalb werden wir

- 37 • die Förderung der deutschen Sprachkenntnisse weiter intensivieren
- 38 • die Sprachfähigkeit von Kindern gezielt fördern. Sprache ist der Schlüssel zur Bildung  
 39 und zu gesellschaftlicher Teilhabe. Deshalb muss der Grundstein dafür so früh wie  
 40 möglich gelegt werden - Sprachtests für Kindergartenkinder sollen helfen, Defizite  
 41 rechtzeitig zu erkennen und auszugleichen

- 1 • die Qualifizierung von Erziehungs- und Lehrkräften auf die Realität einer stetig  
2 wachsenden Zahl von Kindern mit Zuwanderungshintergrund ausrichten
- 3 • die Ausbildung und Einstellung von Erziehern sowie Lehrkräften mit Migrati-  
4 onshintergrund fördern
- 5 • den Zuzug Hochqualifizierter fördern
- 6 • ein Netzwerk von Integrationslotsen für die Bereiche Bildung, Gesundheit und Aus-  
7 bildung organisieren. Sie sollen als Ansprechpartner für Zuwanderer dienen und bei  
8 der Integration praktische Hilfe leisten
- 9 • die Zusammenarbeit mit Muslimen innerhalb und außerhalb von Moscheegemeinden  
10 im Hinblick auf unsere Integrationsbemühungen fördern, um auch auf diesem Weg  
11 die Bildung von Parallelgesellschaften einzudämmen
- 12 • über Projekte mit Vereinen von Zuwanderern und ihren Vorständen das in-  
13 terkulturelle Verständnis fördern und auch darüber die Bildung von Parallel-  
14 gesellschaften eindämmen
- 15 • nach Wegen suchen, neben dem christlichen Religionsunterricht auch Unterricht in  
16 anderen Weltreligionen in deutscher Sprache und unter staatlicher Schulaufsicht an-  
17 zubieten
- 18 • dafür Sorge tragen, dass die Teilnahme an Klassenfahrten und am schulischen Sport-  
19 unterricht für alle Kinder gewährleistet wird
- 20 • am Verbot des islamistisch motivierten Kopftuchs für Lehrer festhalten
- 21 • frauenspezifische Integrationsmaßnahmen ausbauen, um gleiche Rechte und Chan-  
22 cen für Frauen mit Zuwanderungshintergrund zu schaffen
- 23 • die hervorragende Arbeit des Integrationsbeirates der Hessischen Landesregierung  
24 fortsetzen
- 25 • die integrationsorientierte Zusammenarbeit mit den Kommunen verstärken und die  
26 Umsetzung des gemeinsamen Konzeptes „Kommunen und Land – Hand in Hand für  
27 eine bessere Integration“ vorantreiben
- 28 • gemeinsam mit den Sportverbänden und anderen Organisationen ein Konzept zur  
29 freizeitorientierten Integration von Mädchen, Jungen und jungen Erwachsenen ent-  
30 wickeln und umsetzen.

### 31 **Erinnern. Versöhnen. Gestalten.**

#### 32 ***Unsere Verantwortung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler***

33 Nach Flucht und Vertreibung infolge des Zweiten Weltkrieges haben in Hessen viele Men-  
34 schen eine neue Heimat gefunden. Sie haben großen Anteil am Aufbau unseres Bundes-  
35 landes. Nach dem Ende des Kalten Krieges fanden zudem viele Spätaussiedler in Hessen  
36 ihr neues Zuhause. Die Aufnahme und Integration von Spätaussiedlern wollen wir gemein-  
37 sam mit den Verbänden der Heimatvertriebenen in Hessen weiter voranbringen.

38 Die CDU Hessen begreift es als ihre besondere Verpflichtung, die Interessen der Heimat-  
39 vertriebenen und Spätaussiedler ernst zu nehmen und ihnen im gesellschaftlichen und  
40 politischen Dialog Nachdruck zu verleihen. Wir verstehen uns als Partner an ihrer Seite.  
41 Unser Handeln wird von dem Grundsatz geleitet, dass Vertreibung Unrecht ist, wann und  
42 auch wo immer sie geschieht.

43

## 1 Deshalb werden wir

- 2 • weiterhin einen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler beru-  
3 fen
- 4 • dafür Sorge tragen, dass sich die Hessische Landesregierung an der Errichtung eines  
5 „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin nicht nur ideell, sondern auch finanziell  
6 beteiligt
- 7 • im Geiste echter Versöhnung und Verständigung in Kooperation mit unseren östli-  
8 chen Nachbarn und im Sinne eines gerechten Ausgleichs die Anliegen der Heimat-  
9 vertriebenen unterstützen und ihr kulturelles Erbe bewahren helfen
- 10 • die erfolgreichen Projekte für Spätaussiedler zum Erlernen der deutschen Sprache  
11 fortsetzen und wo nötig ausbauen - unser besonderes Augenmerk liegt dabei auf der  
12 Sprachförderung für Kindergarten- und Schulkinder
- 13 • Patenschaftsprojekte von bereits integrierten mit neu hinzukommenden Spätaus-  
14 siedlern ausbauen.

## 1 **II. Lernen und arbeiten in Hessen**

### 2 **1. Qualifiziert. Verantwortungsvoll. Gerecht.**

#### 3 ***Bildung sichert Chancen.***

4 Die Grundlagen für ein erfülltes Leben, für Freude und Erfolg in Privatleben und Beruf  
5 werden nach der Familie zunächst in der Schule gelegt. Erziehung und Bildung schaffen  
6 wesentliche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Person und für die Fähigkeit zur  
7 Wahrnehmung von Freiheitsrechten und Bürgerpflichten. Zugleich ist eine möglichst gut  
8 gebildete und ausgebildete Bevölkerung eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche  
9 Wirtschaft. Deshalb geben wir der Bildungspolitik in Hessen auch weiterhin Priorität.

10 Die wichtigsten Ziele unserer Bildungspolitik sind bestmögliche Bildungsqualität und Bil-  
11 dungsgerechtigkeit für alle. Eine Wissensgesellschaft lebt davon, jede Begabung zu entde-  
12 cken und so früh wie möglich zu fördern: Es kann gar nicht genug gut ausgebildete Men-  
13 schen geben. Wir wollen daher jedem Schüler ein Höchstmaß an Bildungschancen ermög-  
14 lichen. Alle Kinder und Jugendlichen sollen ihre Begabungen bestmöglich entfalten kön-  
15 nen. Bildungsangebote müssen sich dabei an den Herausforderungen des persönlichen wie  
16 beruflichen Lebens orientieren. Wir werden alles dafür tun, dass jeder Schüler die Mög-  
17 lichkeit hat, einen möglichst guten Schulabschluss zu erwerben. Daher werden wir Leis-  
18 tung fördern und fordern.

19 Wir wollen ein System der Schulvielfalt

- 20 • mit leistungsfähigen und anerkannten Schulformen
- 21 • mit direkten Anschlussmöglichkeiten zwischen den Bildungsgängen
- 22 • für alle Schüler, ob praktisch oder theoretisch begabt
- 23 • und mit Schulwahlfreiheit, damit Eltern auf der Basis der Eignung ihrer Kinder frei  
24 zwischen Haupt- und Realschulen und Gymnasien beziehungsweise Gesamtschulen  
25 entscheiden können.

### 26 **Erziehen. Bilden. Betreuen.**

#### 27 ***Die Verantwortung der Eltern ernst nehmen***

#### 28 **Erziehung beginnt zu Hause**

29 Bildung und Erziehung gehören zusammen. Sie finden zuerst im Elternhaus und dann erst  
30 in der Schule statt. Eltern tragen dazu bei, junge Menschen zu eigenständigen und sozialen  
31 Persönlichkeiten zu entwickeln. Eltern, Kindergärten und Schulen arbeiten eng zusammen,  
32 um die Persönlichkeitsentwicklung und den Bildungsgang der Kinder und Jugendlichen  
33 gemeinsam zu begleiten. Die von uns eingeführten Erziehungsvereinbarungen zwischen  
34 Schulen, Schülern, Lehrern und Eltern sind hierzu ein wichtiges Mittel. Mit zunehmendem  
35 Alter wird die Eigenverantwortung der Schüler wichtiger, insbesondere dann, wenn sie die  
36 Option erhalten, ihren Schulalltag mitzugestalten.

37

38

1 Daher werden wir

- 2 • die Verantwortung der Eltern für die Bildung und Erziehung ihrer Kinder stärken.
- 3 • weiterhin vertrauensvoll mit den gewählten Interessenvertretungen der Eltern im
- 4 Hessischen Elternbeirat und der Schüler in der Landesschülervertretung zusammen-
- 5 arbeiten
- 6 • Formen der direkten Kommunikation der Landesregierung mit Eltern und Schülern
- 7 ausbauen
- 8 • Erziehungsvereinbarungen als Bestandteil der Schulprogramme verbindlich machen
- 9 • Eltern mit Migrationshintergrund und Eltern besonders förderbedürftiger Schüler für
- 10 die Unterstützungsbelange ihrer Kinder gezielt ansprechen und hierzu ein Netzwerk
- 11 entsprechend engagierter Eltern initiieren
- 12 • Unterstützungsangebote in Erziehungsfragen für Eltern schulpflichtiger Kinder för-
- 13 dern
- 14 • die Bildung von Schul-Teams aus Schülern, aber auch mit Beteiligung von Lehrern
- 15 und Eltern, unterstützen, die sich für Fairness, Hilfsbereitschaft und Unterstützungs-
- 16 angebote für schwächere Schüler einsetzen
- 17 • Formen besonderer Anerkennung für verdienstvolles Schüler- und Elternen-
- 18 gagement weiterentwickeln
- 19 • Initiativen von Schulgemeinden zur Einführung einheitlicher Schulkleidung unter-
- 20 stützen
- 21 • für die Selbstverständlichkeit von Regeln und Höflichkeitsformen an den Schulen
- 22 werben
- 23 • Maßnahmen zur Gesundheitsförderung an den Schulen wie Rauchverbot, Initiativen
- 24 für ein gesundes Schulessen sowie sportorientierte Bewegungseinheiten im Unter-
- 25 richt fortsetzen und ausbauen
- 26 • Eltern beim Projekt „gewaltfreie Schule“ stärker einbinden
- 27 • das „Antischulschwänzer-Programm“ ausbauen. Schuleschwänzen ist oft der Beginn
- 28 einer Fehlentwicklung von Kindern und Jugendlichen, die zur persönlichen Destabili-
- 29 sierung, schulischem Misserfolg und Kriminalitätsgefährdung führt. Im Interesse die-
- 30 ser Kinder und Jugendlichen muss frühzeitig durch die Schulen, Schulaufsichtsbehör-
- 31 den, Eltern, Jugendhilfeeinrichtungen und notfalls durch die Polizei solchen Entwick-
- 32 lungen entschlossen begegnet werden.

### 33 **Medienkompetenz stärken**

34 Die zukünftige digitale Medienvielfalt und der jederzeit mögliche Zugriff auf Medieninhal-

35 te erfordern vom Nutzer ein hohes Maß an Medienkompetenz. Gerade für Kinder und Ju-

36 gendliche birgt ein unkontrollierter Zugang zu Medien erhebliche Gefahren. Ihnen muss

37 der selbstbestimmte und verantwortliche Umgang mit den Massenmedien frühzeitig ver-

38 mittelt werden.

39

40

41

42

## 1 Wir werden

- 2 • dem übermäßigen Konsum elektronischer Medien und insbesondere den Auswüch-  
3 sen von gewaltverherrlichenden oder gewaltverharmlosenden Computerspielen oder  
4 Darstellungen in den Massenmedien, wie z. B. DVD, Internet oder Handyfilmen, ent-  
5 schlossen begegnen
- 6 • konsequent gegen gewaltverharmlosende und gewaltverherrlichende sowie porno-  
7 grafische Darstellungen in Massenmedien vorgehen. Neben der Medienerziehung  
8 der Kinder und der Information für die Eltern wird es eine Internetstreife der Polizei  
9 geben - außerdem wollen wir das Konzept der Selbstkontrolle und der Indizierung  
10 einschlägiger Medienprodukte besser mit einer wirksamen Aufsicht verzahnen
- 11 • den Eltern in Zusammenarbeit mit den Kommunen und den Volkshochschulen Ange-  
12 bote zur Stärkung der Medienkompetenz in der Erziehung machen. Dies soll den El-  
13 tern die Möglichkeit bieten zu erkennen, welche Gefahren durch die modernen Me-  
14 dien für ihre Kinder bestehen
- 15 • die Medieninitiative Schule@Zukunft weiter ausbauen.

## 16 **Bestmögliche Bildung von Beginn an**

17 Eine bestmögliche individuelle Förderung und Bildung muss schon im Elternhaus und Kin-  
18 dergarten beginnen. Vorschulische und Grundschulbildung gehen Hand in Hand.

19 Daher werden wir

- 20 • die landesweite Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans von 0 bis 10 Jahren  
21 vorantreiben
- 22 • alle Bildungsorte vom Elternhaus über Kinderbetreuungseinrichtungen bis hin zur  
23 Grundschule pädagogisch und organisatorisch enger verzahnen
- 24 • schrittweise und bedarfsgerecht die Angebote des „flexiblen Schulanfangs“ ausbau-  
25 en, damit die individuell unterschiedlichen Entwicklungsschritte der Kinder durch  
26 längere bzw. kürzere Einstiegsphasen berücksichtigt werden können.

## 27 **Verlässlich. Eigenständig. Professionell.**

### 28 ***Gute Ausstattung und Organisation für guten Unterricht***

## 29 **Unterrichtsgarantie und Verlässliche Schule**

30 Guter Unterricht braucht ausreichend Lehrer. Die CDU Hessen hat seit 1999 den riesigen  
31 Unterrichtsausfall unter rot-grüner Regierungsverantwortung beseitigt und die Unter-  
32 richtsgarantie geschaffen. Mit über 3.500 zusätzlichen Lehrer- und 2.100 zusätzlichen Re-  
33 ferendarstellen erhalten Hessens Schüler heute jede Woche 100.000 Unterrichtsstunden  
34 mehr als noch vor acht Jahren. Dabei haben wir die Stundentafeln in den allgemeinbilden-  
35 den Schulen sogar noch erhöht und vor allem den Deutsch- und Mathematikunterricht  
36 gestärkt. Darüber hinaus haben wir mit der Unterrichtsgarantie Plus seit 2006 die Verläss-  
37 liche Schule geschaffen: Damit garantieren wir verlässliche Schulzeiten von der ersten bis  
38 zur sechsten Stunde nach Stundenplan in den ersten zehn Schuljahrgängen. Inzwischen  
39 steht hierzu ein Pool von rund 12.000 Vertretungskräften bereit, die überwiegend über  
40 ausgewiesene pädagogische oder fachliche Qualifikationen verfügen. Dazu haben wir die

vom Landesvorstand am 25.05.07 beschlossene Fassung

1 Mittel für Vertretungsunterricht im Vergleich zu rot-grünen Regierungszeiten von nur 5,7  
2 Millionen auf 42 Millionen Euro gesteigert.

3 In den kommenden fünf Jahren werden wir

- 4 • die Mittel für die personelle Ausstattung der Schulen auch bei zurückgehenden  
5 Schülerzahlen auf dem derzeitigen Niveau halten, um die Qualität der hessischen  
6 Schulen und ihre Arbeit weiter zu verbessern
- 7 • darüber hinaus den Schulen zusätzliche Mittel für pädagogisches Personal zur Verfü-  
8 gung stellen
- 9 • ein Förderprogramm für Lehramtstudierende in Mangelfächern initiieren und ih-  
10 nen unter der Bedingung guter Abschlussnoten eine Einstellungszusage geben
- 11 • die Mittel der Schulen für externe Vertretungskräfte, die in einem Jahr nicht ausge-  
12 schöpft werden, bis zu 70 Prozent einer Rücklage zuführen.

### 13 **Landeseinheitliche Maßstäbe für Schülerleistungen**

14 Bis zur Regierungsübernahme 1999 hat es in Hessen keine Instrumente zum Vergleich der  
15 Leistungen in den einzelnen Schulen gegeben. Mit den zentralen Abschlüssen für Haupt-  
16 und Realschulen und dem Landesabitur sowie weiteren regionalen und landeseinheitlichen  
17 Vergleichsarbeiten können Eltern und Schüler heute nachvollziehen, wie sie in der berufli-  
18 chen Ausbildung und im Studium mit Schülern anderer Schulen bestehen können. Die  
19 Schaffung eines Systems der Leistungsvergleiche geht einher mit einer zunehmenden  
20 Selbstständigkeit der Schulen.

21 In den kommenden Jahren werden wir

- 22 • die Ergebnisse der zentralen Schulabschlüsse wie die Ergebnisse landesweiter Ver-  
23 gleichsarbeiten (z. B. in Mathematik) über Internet gegenüber der Öffentlichkeit of-  
24 fenlegen und somit ein Instrument für die Vergleichbarkeit von Schulen gleicher Art  
25 schaffen
- 26 • die Orientierungs- und Vergleichsarbeiten in den Grundschulen, zum Zwecke der  
27 Orientierung der Eltern und Lehrer über den Entwicklungsstand der Kinder fortfüh-  
28 ren
- 29 • Lehrerfortbildung, Schulinspektion und Konzentration von besonderen Hilfen auch  
30 nach dem Kriterium ausrichten, in allen Schulen einen möglichst gleichmäßigen Lei-  
31 stungsstand zu erreichen
- 32 • unter diesen neuen Bedingungen die Schulen untereinander zu einem Wettbewerb  
33 um die besten pädagogischen Konzepte für die Lernerfolge ihrer Schüler animieren.

### 34 **Eigenverantwortliche Schule: Schlüssel zur Qualität**

35 Um das Ziel der bestmöglichen Qualitätssteigerung zu erreichen, ist es erforderlich, den  
36 Schulen wesentlich mehr Eigenverantwortung zu übertragen, als sie traditionell hatten.  
37 Der Weg zur eigenverantwortlichen Schule muss einerseits einhergehen mit der Weiter-  
38 entwicklung von verpflichtenden Bildungsstandards, andererseits müssen die Maßnahmen  
39 zur internen und externen Qualitätsüberprüfung weiter verbessert und ausgebaut werden.  
40 Die Instrumente der Evaluation sollen dabei als Hilfestellung für die Schulen bei der Quali-  
41 tätssicherung und Stärkung ihrer Eigenverantwortlichkeit verstanden werden.

1 Wir werden daher

- 2 • Bildungsstandards für alle Fächer einführen
- 3 • die Eigenverantwortung der Schulen weiter ausbauen
- 4 • das Modellvorhaben „Schule gemeinsam verbessern“ landesweit ausdehnen und die
- 5 Rechtsstellung der Schulen verbessern
- 6 • mit den Schulträgern vereinbaren, für Schulen ein gemeinsames Budget zu schaffen,
- 7 aus dem Lehr- und Lernmittel, Vertretungs- und Zusatzunterricht sowie kleinere
- 8 Baumaßnahmen in Eigenverantwortung der Schule durchgeführt werden
- 9 • das Recht der Personaleinstellung durch die Schulen verstärkt zur Geltung bringen
- 10 • den Schulen weitere Freiheiten geben, indem sie Unterrichtsfächer in Projekten
- 11 kombinieren und die Stundentafel innerhalb des Schuljahres verteilen können. Vor-
- 12 aussetzung ist, dass zum Schuljahresende alle Lehrpläne für das Jahr erfüllt sind

13 Die staatlichen Schulämter müssen zukünftig mehr zu Einrichtungen der Schulaufsicht  
14 bzw. zur Servicestelle für Verwaltungsaufgaben werden.

15 Wir werden deshalb

- 16 • die Entscheidungsvorbehalte der Schulaufsicht vermindern und Entscheidungskom-
- 17 petenzen in größerem Umfang auf die Ebene der einzelnen Schulen verlagern
- 18 • die Schulaufsichtsbehörden zu modernen Qualitätsagenturen weiterentwickeln, de-
- 19 ren Aufgabe die professionelle fachliche Unterstützung für die eigenverantwortliche
- 20 Schule ist
- 21 • auch die Schulaufsichtsbehörden regelmäßig evaluieren und hierfür einen Referenz-
- 22 rahmen entwickeln, damit die Qualität der Aufsichtsbehörden weiter fortentwickelt
- 23 werden kann
- 24 • interne und externe Evaluationssysteme für den weiteren Ausbau der eigen-
- 25 verantwortlichen Schule fortentwickeln
- 26 • die Schulinspektion („Schul-TÜV“) fortentwickeln und für eine nachvollziehbare öf-
- 27 fentliche Darstellung der Ergebnisse sorgen.

## 28 **Schulleitungen stärken**

29 Das Berufsbild der Schulleitung ändert sich mit der stärkeren Eigenverantwortung der  
30 Schulen. Die Gestaltungs- und Handlungsspielräume von Schulleitungen – und damit ihre  
31 Verantwortung für die Qualität des Unterrichts – werden größer. Die Arbeitsweise und der  
32 Verwaltungsaufwand werden sich daher in den kommenden Jahren erheblich verändern.

33 Wir werden daher

- 34 • für die Übernahme von Schulleitungsfunktionen eine an die neuen Herausforderun-
- 35 gen angepasste Berufsbeschreibung formulieren und noch intensiver für entspre-
- 36 chende Qualifikationsmaßnahmen sorgen
- 37 • die Schulleitungen schrittweise mit zusätzlichem Verwaltungspersonal ausstatten,
- 38 das den Schulleiter in seiner Aufgabe unterstützen soll, damit er sich stärker der päd-
- 39 agogischen Leitung, der Personalführung, der Budgetverantwortung und der Aus-
- 40 gestaltung des Schulprofils widmen kann
- 41 • die Schulleiterbesoldung verbessern.

## 1 **Gute Lehrer für gute Schulen**

2 Gute Schulen brauchen gute Lehrer. Unsere Lehrer sind die tragenden Säulen des Bil-  
3 dungssystems. Von den Schülern werden sie als Vorbilder wahrgenommen. Die bisher er-  
4 zielten Erfolge unserer Bildungspolitik waren nur durch ihre qualifizierte und motivierte  
5 Arbeit möglich. In Fortführung unserer Politik wollen wir die Ausbildung der Lehrkräfte  
6 künftig schon an den Hochschulen noch stärker auf die Schulwirklichkeit ausrichten. Ein  
7 früher Praxisbezug ist wichtig, um Lehramtsstudenten die Gelegenheit zu geben, Lehrer-  
8 fahrung zu sammeln und die eigene Eignung für den Lehrerberuf zu überprüfen.

9 Wir werden

- 10 • die schulformbezogene Lehrerausbildung erhalten
- 11 • die pädagogische Ausbildung der Lehrer an den Universitäten weiter verbessern
- 12 • Auslandssemester für Lehramtsstudenten unterstützen und den Nachweis von pra-  
13 xisbezogenen oder studienbezogenen Auslandsaufenthalten von Lehramtsstudenten  
14 im Bereich Fremdsprachen in die Bewertung der Studienleistungen in besonderem  
15 Maße berücksichtigen
- 16 • das der Schule zur Verfügung stehende Fortbildungsbudget schrittweise erhöhen
- 17 • die bereitgestellten und zertifizierten Fortbildungsangebote evaluieren, qualitativ  
18 verbessern und noch gezielter auf die Bedürfnisse der Schulen ausrichten
- 19 • bessere Aufstiegsmöglichkeiten für Grund-, Haupt- und Realschullehrer schaffen
- 20 • Weiterqualifizierungsangebote für Grundschullehrer für den Einsatz im Bereich der  
21 Haupt- und Realschulen fortentwickeln
- 22 • die diagnostische Kompetenz für die Erkennung und Förderung individueller Stärken  
23 und Schwächen der Schüler weiter ausbauen
- 24 • die Lehrer durch die Rückgabe der Vorgriffsstunde entlasten, wobei die Lehrer wäh-  
25 len können, ob sie die Erstattung in Zeit oder Geld erhalten möchten
- 26 • uns dafür einsetzen, dass durch Lehrerfortbildung zukünftig kein Unterricht entfällt
- 27 • in den weiterführenden Schulen am Fachlehrerprinzip festhalten
- 28 • die disziplinarischen Kompetenzen der Lehrkräfte und Schulleitungen stärken.

## 29 **Klare Akzente bei den Inhalten**

### 30 **Sprachliche, musische und naturwissenschaftlich-technische Förderung**

31 Gute Kenntnisse der Unterrichtssprache Deutsch sind unverzichtbar für die erfolgreiche  
32 Teilnahme am Schulunterricht. Zur Leseförderung sind Schulbibliotheken unverzichtbar.  
33 Auch der mittlerweile von uns erreichte hohe Standard der Computer- und Medienausstat-  
34 tung an den Schulen ist von großer Bedeutung.

35 Neben der Sprach- und Leseförderung kommt vor allem der Musikförderung eine heraus-  
36 ragende Rolle für die geistige und seelische Persönlichkeitsentwicklung von Kindern zu.  
37 Musizieren in und neben der Schule soll für alle Kinder möglich sein. Schließlich muss auch  
38 das naturwissenschaftlich-technische Interesse der Schüler gefördert werden.

39

40

1 Wir werden daher

- 2 • unsere erfolgreichen Maßnahmen der Deutsch-Förderung fortführen und ausbauen
- 3 • besondere Deutsch-Angebote auch während und nach der Grundschulzeit für för-
- 4 derbedürftige Schüler schaffen
- 5 • verstärkt auf Eltern förderbedürftiger Schüler einwirken, vorhandene Hilfsangebote
- 6 in Anspruch zu nehmen
- 7 • landesweit freiwillige Initiativen der Schulgemeinden für Deutsch als allgemeine
- 8 Schulsprache unterstützen („Deutsch auf Schulhöfen“)
- 9 • den Musikunterricht in allen allgemeinbildenden Schulen ausbauen mit dem Ziel,
- 10 dass nach Möglichkeit jedes Kind ein Instrument spielen lernt
- 11 • die Zusammenarbeit der Schulen mit den Musikschulen verstärken
- 12 • ein Fünf-Jahres-Programm zur Förderung des Lesens und Musizierens an den Grund-
- 13 schulen, Haupt- und Realschulen starten
- 14 • Schulbibliotheken und naturwissenschaftlich-technische Angebote der Schulen be-
- 15 sonders fördern
- 16 • den mittlerweile erreichten hohen Stand der Computer- und Medienausstattung an
- 17 den Schulen erhalten und die Initiative „Schule@Zukunft“ fortsetzen.

18 **Religionsunterricht und Werteerziehung**

19 Im Rahmen einer wertegeleiteten Erziehung unverzichtbar ist der Religionsunterricht. Die  
20 Erfahrung und das Wissen der eigenen geistigen, religiösen, weltanschaulichen und kultu-  
21 rellen Herkunft ist die Voraussetzung, um eine überdachte eigene Position in Wert- und  
22 Glaubensfragen zu entwickeln. Nur so kann auch Toleranz gegenüber anderen Auffassun-  
23 gen entwickelt und eingeübt werden.

24 Daher werden wir

- 25 • in Zusammenarbeit mit den christlichen Kirchen sicherstellen, dass weitestgehend
- 26 konfessionell gebundener Religionsunterricht flächendeckend erteilt wird. Neben
- 27 dem christlichen Religionsunterricht kann auch bei Bedarf Unterricht in anderen
- 28 Weltreligionen in deutscher Sprache und unter staatlicher Schulaufsicht angeboten
- 29 werden - dieser Unterricht ist von solchen Personen zu erteilen, die über eine in
- 30 Deutschland erworbene oder anerkannte adäquate Qualifikation verfügen
- 31 • die Durchführung von verpflichtendem Ethikunterricht für alle Schüler sicherstellen,
- 32 die nicht am Religionsunterricht teilnehmen.

33 **Mehr Europa in der Bildung**

34 Die Mehrzahl der Jugendlichen in Hessen weiß zu wenig über Europa. Das Thema Europäi-  
35 sche Union wird von Schülern vielfach als etwas Abstraktes, von ihrem persönlichen Leben  
36 weit Entferntes betrachtet. Wir wollen daher den Europabezug im Unterricht fächerüber-  
37 greifend stärken. Auch muss die Fremdsprachenkompetenz bei Kindern und Jugendlichen  
38 in Schule und beruflicher Bildung insbesondere auch durch Auslandspraktika weiter geför-  
39 dert werden.

## 1 **Wirtschaft und Schule**

2 Das Wissen junger Menschen über allgemeine wirtschaftliche Zusammenhänge muss wei-  
3 ter verbessert werden. Notwendig ist deshalb eine bessere Vernetzung zwischen Schule  
4 und Wirtschaft. Deshalb wollen wir wirtschaftliche Themen an den allgemeinbildenden  
5 Schulen stärker berücksichtigen. Dies bietet sich insbesondere für Angebote am Nachmit-  
6 tag im Bereich der freiwilligen Ganztagsangebote an.

## 7 **Differenziert. Qualifiziert. Durchlässig.** 8 ***Schulvielfalt ist unsere Stärke***

### 9 **Jedem seine Chance – jedem seine Schule**

10 Ein erfolgreicher Übergang in Ausbildung, Beruf oder Studium setzt eine möglichst hohe  
11 Qualität des Schulabschlusses voraus. Unser Ziel ist, jedem Schüler entsprechend seiner  
12 Begabung einen möglichst guten Schulabschluss zu ermöglichen und dafür die entspre-  
13 chenden Fördermöglichkeiten zu bieten, aber auch die entsprechenden Leistungsanforde-  
14 rungen zu stellen.

15 Wir werden daher

- 16 • die hohen Ausgaben des Landes für Lehr- und Lernmittel beibehalten
- 17 • die Profile der verschiedenen Schulabschlüsse weiter schärfen
- 18 • Beratungsangebote für Eltern bei der Wahl der weiterführenden Schule und vor ei-  
19 nem Wechsel zwischen verschiedenen Schulen ausbauen
- 20 • die Zusammenarbeit mit Ausbildungsbetrieben und Hochschulen verstärken
- 21 • die Auszeichnung von „Leuchtturmschulen“ in allen Formen und Profilen ausbauen  
22 und diese finanziell unterstützen
- 23 • spezielle Förderangebote für besonders begabte und lernstarke Schüler wie das lan-  
24 desweite Gütesiegel-Hochbegabungsprogramm in allen Teilen Hessens ausbauen
- 25 • Beratungsangebote für Eltern, wie die Begabungsdiagnostische Beratungsstelle  
26 BRAIN in Marburg, ausbauen.

### 27 **Schulvielfalt statt Einheitsschule**

28 Seit der Regierungsübernahme 1999 haben wir dafür gesorgt, dass die Schulvielfalt in Hes-  
29 sen gestärkt und ausgebaut wird. Wir fördern damit die Schüler sowohl in ihren prakti-  
30 schen als auch theoretischen Begabungen und Neigungen und schaffen somit die Voraus-  
31 setzungen für ein glückliches und erfolgreiches Berufsleben. Jeder Mensch, unabhängig  
32 von seinem Bildungsabschluss, genießt damit die gleiche Wertschätzung und Anerken-  
33 nung in unserer Gesellschaft. Wir wollen keine rot-grüne Zwangseinheitsschule für alle,  
34 bei der am Ende Haupt-, Realschulen und Gymnasien aufgelöst werden. PISA und andere  
35 Studien beweisen: Gegliederte Schulsysteme bieten mehr Bildungsqualität und Bildung-  
36 gerechtigkeit. Einheitsschulsysteme schneiden dagegen durchweg schlechter ab, denn sie  
37 schaffen Ungerechtigkeit, indem sie die Kinder und Jugendlichen über- oder unterfordern.  
38 Es gibt nicht den Einheitsschüler, sondern eine Vielzahl junger Menschen mit unterschied-  
39 lichen Begabungen und Talenten.

1 Daher werden wir

- 2 • optimale Schulformangebote sowohl für praktisch als auch theoretisch begabte Kin-  
3 der einrichten und so auch künftig die Schulvielfalt im gegliederten System erhalten  
4 und weiterentwickeln
- 5 • weiterhin an Qualitätsverbesserungen arbeiten, statt wie Rot-Grün mit pädagogisch  
6 unsinnigen Systemveränderungen zu drohen
- 7 • Durchstiegs- und Anschlussmöglichkeiten zwischen den Bildungsgängen organisato-  
8 risch und pädagogisch weiter erleichtern.

## 9 **Grundschulen**

10 Gemäß dem Prinzip „Kurze Beine – kurze Wege“ haben wir dafür gesorgt, dass Grundschu-  
11 len wohnortnah erhalten blieben. Dieses Ziel bleibt. Allerdings müssen wir auch auf die  
12 Tatsache reagieren, dass es in einigen Regionen immer weniger schulpflichtige Kinder gibt.

13 Zur Stärkung der Grundschulen werden wir

- 14 • neue Wege finden, um Grundschulstandorte wohnortnah zu erhalten. Dies könnte  
15 durch jahrgangsübergreifende Klassen oder gemeinsamen Schulleitungen für mehre-  
16 re Grundschulen erreicht werden
- 17 • die Studentafel in der Grundschule schrittweise weiter ausbauen
- 18 • besondere Angebote für förderbedürftige Kinder ausbauen
- 19 • in den Zeugnissen der dritten und vierten Klasse die Deutsch-Note mit einer Anmer-  
20 kung zur Lesekompetenz versehen
- 21 • für mehr Männer als Grundschullehrer werben, um dem weiblichen auch ein not-  
22 wendiges männliches Rollenvorbild zur Seite zu stellen.

## 23 **Haupt- und Realschulen**

24 Zur Bildungsvielfalt und Bildungsqualität tragen gerade die Haupt- und Realschulen in  
25 Hessen bei. Schon in den vergangenen Jahren konnten wir die Stärken der Hauptschulen  
26 verbessern. Wir haben den Anteil der Hauptschulabgänger ohne Schulabschluss um ein  
27 Drittel von fast 23 auf unter 15 Prozent verringern und das Ansehen des Hauptschulab-  
28 schlusses in der Wirtschaft verbessern. Dies gelang durch mehr Deutsch- und Mathema-  
29 tikunterricht, durch die Einführung von Projektprüfungen und SchuB-Klassen (Schule und  
30 Betrieb) für mehr Praxis- und Berufsnähe. Neunzig Prozent der SchuB-Teilnehmer erreich-  
31 ten ihren Hauptschulabschluss. Die Realschulen profitieren von mehr Unterricht und zent-  
32 ralen Abschlussprüfungen. Mit einer verbesserten Zusammenarbeit von Haupt- und Real-  
33 schulen erreichen wir eine noch stärkere individuelle Förderung für Haupt- und Realschü-  
34 ler, noch mehr Durchlässigkeit zwischen den Schulformen bzw. Bildungsgängen und den  
35 Erhalt einer wohnortnahen Schulvielfalt und Bildungsqualität.

36 Deshalb werden wir in den kommenden Jahren

- 37 • das höchst erfolgreiche SchuB-Programm in differenzierter Form auf alle Hauptschu-  
38 len und Hauptschulzweige ausdehnen. Damit werden wir jedem Hauptschüler mehr  
39 Praxis- und Arbeitsplatznähe ermöglichen, um dessen schulische und berufliche Per-  
40 spektiven entscheidend zu verbessern

- 1 • jedem Hauptschüler ein Ganztagsangebot machen, das in der Regel von 7.30 Uhr bis
- 2 17.00 Uhr reicht
- 3 • den Unterricht in den Kernfächern Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften und
- 4 Technik stärken
- 5 • das Fach Arbeitslehre praxisnäher ausgestalten
- 6 • den Einsatz von Ausbildungslotsen („Schulscouts“) an Hauptschulen verstärken
- 7 • die Ausbildung der Lehrer für das Hauptschullehramt durch die Fortentwicklung ei-
- 8 ner spezifischen Hauptschulpädagogik verbessern. Hierzu soll eine Professur für
- 9 Hauptschulpädagogik eingerichtet werden
- 10 • angehende Lehrer auch in Bereichen der Sozialpädagogik noch besser auf die Arbeit
- 11 in den Hauptschulen vorbereiten
- 12 • die Anschlussfähigkeit für Hauptschüler in weiterführende Bildungsgänge ausbauen
- 13 • zur weiteren Qualitätsverbesserung und angesichts zurückgehender Schülerzahlen
- 14 künftig die Zusammenarbeit von Haupt- und Realschulen in organisatorischer wie
- 15 pädagogischer Hinsicht weiter stärken
- 16 • das Profil des Realschulabschlusses als Mittleren Schulabschluss weiter schärfen
- 17 • einen qualifizierenden Realschulabschluss einführen
- 18 • besondere Fördermaßnahmen für lernstarke Realschüler im Übergang zur gymnasia-
- 19 len Oberstufe schaffen
- 20 • das Angebot der Osterferriencamps für versetzungsgefährdete Schüler an Haupt- und
- 21 Realschulen ausbauen
- 22 • für den Fall der Nichtversetzung die Möglichkeit eröffnen, durch freiwillige Teilnah-
- 23 me an einem Unterrichtscamp in den Sommerferien mit abschließender Nachprü-
- 24 fung die Versetzung doch noch zu erreichen.

## 25 **Gymnasien**

26 Das deutsche Gymnasium zählt laut PISA zu den weltweit erfolgreichsten Schulformen.  
27 Mit dem Landesabitur haben wir den hessischen gymnasialen Bildungsabschluss im Bun-  
28 desvergleich gestärkt und mit der gymnasialen Schulzeitverkürzung dafür gesorgt, dass  
29 Hessens Schüler im Bundes- und internationalen Vergleich nicht zurückstehen müssen.  
30 Darüber hinaus haben wir mit dem Oberstufengymnasium Schloss Hansenberg im Rhein-  
31 gau und darüber hinaus in allen Schulamtsbezirken spezielle Fördermöglichkeiten für be-  
32 besonders begabte und lernstarke Schüler geschaffen.

33 Daher werden wir

- 34 • die erfolgreiche Schulform Gymnasium erhalten und weiter ausbauen
- 35 • die Zusammenarbeit zwischen Gymnasien und Hochschulen frühzeitig fachlich-
- 36 inhaltlich intensivieren
- 37 • das hohe Niveau der Gymnasiallehrerausbildung auch in Zukunft sichern und fort-
- 38 entwickeln
- 39 • bei der Erstellung der Standards für die gymnasiale Ausbildung Wert auf Beibehal-
- 40 tung hoher inhaltlicher Anforderungen legen, um die Studierfähigkeit langfristig zu
- 41 verbessern

- 1 • die Zusammenarbeit zwischen Gymnasien und Unternehmen stärken, damit die zu-  
2 künftigen Abiturienten frühzeitig Einblicke in wirtschaftliche Zusammenhänge be-  
3 kommen
- 4 • das System der „Leuchtturmschulen“ weiter ausbauen
- 5 • das erfolgreich gestartete Landesabitur fortführen, damit sowohl eine verbindliche  
6 Wissensbreite als auch individuelle Kreativität gewahrt bleiben
- 7 • die Zusammenarbeit mit den Schulträgern im Rahmen G8 bei der Ausgestaltung des  
8 Nachmittagsunterrichts und der entsprechenden Angebote intensivieren.

## 9 **Förderschulen**

10 Wir stehen für den Erhalt des differenzierten Förderschulwesens. So können Schüler mit  
11 sonderpädagogischem Förderbedarf auch weiterhin entsprechend ihrem Leistungsvermö-  
12 gen und der Art ihrer Beeinträchtigung optimal unterrichtet werden. Hessen verfügt über  
13 ein landesweites Angebot an sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentren für  
14 Schüler mit Lern-, Sprach- und Verhaltensschwierigkeiten sowie Hör- und Sehbeeinträch-  
15 tigungen. Die Zahl dieser Zentren wurde seit 1999 mehr als verdreifacht.

16 In den kommenden Jahren wollen wir

- 17 • die erfolgreiche Arbeit der Beratungs- und Förderzentren ausbauen und die Zusam-  
18 menarbeit mit den regionalen Partnern weiter stärken
- 19 • den Hauptschulabschluss an Schulen für Lern- und Erziehungshilfe ermöglichen
- 20 • durch die präventive und integrative sonderpädagogische Arbeit der Förderzentren  
21 in den allgemeinen Schulen die Zahl der Schüler erhöhen, die trotz eines besonderen  
22 Förderbedarfs an einer allgemeinen Schule verbleiben können.

## 23 **Schulen in freier Trägerschaft**

24 Schulen in freier Trägerschaft sind eine unverzichtbare Bereicherung der hessischen Schul-  
25 landschaft. In den vergangenen Jahren haben wir schrittweise die finanzielle Unterstüt-  
26 zung der Ersatzschulen erhöht.

27 Künftig werden wir

- 28 • die Finanzierung der Ersatzschulen auf eine neue systematische Grundlage stellen,  
29 die sich an den tatsächlichen Schülerkosten orientiert und für alle Beteiligten trans-  
30 parent und damit nachvollziehbar ist
- 31 • insbesondere die Förderschulen in freier Trägerschaft finanziell besser stellen.

## 32 **Berufliche Schulen und berufliche Bildung**

33 Hessens Berufliche Schulen leisten eine hervorragende Arbeit. Sie tragen dazu bei, dass  
34 die deutsche duale Ausbildung nach wie vor Weltruf genießt. Damit dies auch künftig so  
35 bleibt und die Ausbildung hessischer Schüler an Beruflichen Schulen weiter verbessert  
36 wird, ist es notwendig, die schon in den letzten Jahren begonnenen zukunftsweisenden  
37 Veränderungen fortzusetzen. Dabei werden die beruflichen Vollzeitschulformen weiterhin  
38 eine bedeutende Rolle spielen.

39

1 Wir werden deshalb

- 2 • die Zusammenarbeit der Beruflichen Schulen mit den Haupt- und Realschulen ver-
- 3 stärken
- 4 • den allgemeinbildenden Unterricht in der Teilzeitberufsschule stärker in Berufsfel-
- 5 dern zusammenfassen und für Abiturienten flexibilisieren
- 6 • die Beruflichen Schulen in ihrer Profilschärfung und Entwicklung zu Kompetenzzent-
- 7 ren unterstützen, um die Schulstandorte in der Region zu erhalten
- 8 • schulträgerübergreifende Standorte für Fachklassen bei entsprechendem Bedarf und
- 9 im Einvernehmen mit Ausbildungsbetrieben erleichtern
- 10 • die neuen Freiheiten des Modellprojekts „Selbstverantwortung Plus“ schrittweise auf
- 11 alle Beruflichen Schulen übertragen
- 12 • die Modalitäten des Berufsgrundbildungsjahres an die moderne Arbeitswelt anpas-
- 13 sen
- 14 • die Möglichkeiten des Quereinstiegs in den Bereich der Beruflichen Schulen, insbe-
- 15 sondere Qualifizierungsmaßnahmen zum Berufsschullehrer für FH-Absolventen in
- 16 Mangelfächern, bei Bedarf ausbauen
- 17 • Möglichkeiten des E-Learning ausweiten
- 18 • neben den Inlands- auch verstärkt Auslandspraktika ermöglichen
- 19 • Studenten in dualen Studiengängen die Möglichkeit einräumen, auf Antrag von der
- 20 Berufsschulpflicht befreit zu werden
- 21 • die Tarifpartner verstärkt zur Einrichtung theoriegeminderter Ausbildungsberufe
- 22 auffordern.

### 23 **Weiterbilden. Qualifizieren. Teilhaben.**

#### 24 ***Bildung hört nicht mit der Schule auf.***

25 Globalisierung, Technologisierung und politische Veränderungen der Gesellschaft treffen  
 26 immer mehr Menschen in ihrer persönlichen und beruflichen Lebensführung, ihren sozia-  
 27 len Einstellungen und politischen Meinungen. Lebensbegleitendes Lernen umfasst somit  
 28 die allgemeine politische, berufliche und kulturelle Bildung. Wenn Menschen länger leben  
 29 und arbeiten, ist es ein Gebot ökonomischer und sozialer Vernunft, dass sie Zeit und Gele-  
 30 genheit haben, auch in der Mitte des Lebens weitere Kompetenzen zu erwerben. Lebens-  
 31 begleitendes Lernen wird zur besten Versicherung gegen die Wechselfälle des Lebens.  
 32 Wenn sich das Wissen rascher als früher erneuert und künftige Berufe anspruchsvoller  
 33 werden, dann ist die Frage einer optimalen Bildung und Ausbildung die soziale Frage des  
 34 21. Jahrhunderts.

35 Um die ökonomischen, technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen sowie den  
 36 Wandel von sozialen Strukturen bewältigen zu können, ist es daher erforderlich, alle Men-  
 37 schen ein Leben lang mit Aus-, Fort- und Weiterbildungsangeboten zu begleiten.

38 Wir wollen mit dem bereits begonnenen Aufbau von Zentren Lebensbegleitenden Lernens

- 39 • für alle Menschen in der Region, Jugendliche und Erwachsene, Beschäftigte und Ar-
- 40 beitsuchende, einen einfachen und direkten Zugang zum lebensbegleitenden Lernen
- 41 schaffen, damit sie beraten werden können und ein individuell passendes Bildungs-
- 42 angebot erhalten, das zertifizierbar und verwertbar ist

- 1 • für die Bildungsverantwortlichen und die Bildungsfachleute in den Regionen die  
2 Möglichkeit eröffnen, ihr Bildungsangebot besser auf die Bedürfnisse der Bürger  
3 auszurichten und die Bildungsangebote systematischer auf ihre Persönlichkeit und  
4 ihre Bildungsbiografien zuzuschneiden
- 5 • die Angebote mit Unterstützungsleistungen wie Bildungsberatung und Übergangs-  
6 management verknüpfen und so eine größere Bildungswirkung erreichen. Die Beruf-  
7 lichen Schulen sind der Kern des Entwicklungsprozesses der Zentren des lebensbe-  
8 gleitenden Lernens, an dessen Ende eine neue Regelform von schulischer und außer-  
9 schulischer Ausbildungsdienstleistung steht
- 10 • Humanressourcen, soziale Integration und Wettbewerbsfähigkeit fördern, Synergie-  
11 effekte erzielen, den Mitteleinsatz optimieren und in ineffektiven Maßnahmen ge-  
12 bundene Mittel für die neuen Aufgaben freisetzen
- 13 • für die Wirtschaft qualifizierte und geeignete Mitarbeiter in den Regionen gewinnen  
14 und den demografischen Wandel meistern.

15 Wir werden dazu

- 16 • die Zentren Lebensbegleitenden Lernens zu einem landesweitern "Hessen-campus"  
17 fortentwickeln. Sie sollen flächendeckend allen Trägern angeboten werden können  
18 und die unterschiedlichen regionalen und institutionellen Erfordernisse berücksich-  
19 tigen
- 20 • insbesondere die Erfahrungen bereits laufender Modellprojekte im Dialog mit allen  
21 Beteiligten einbeziehen
- 22 • den Beruflichen Schulen die Möglichkeit einräumen als Träger von Weiterbildungs-  
23 maßnahmen eigene Angebote anzubieten und nicht wie bisher nur als Kooperations-  
24 partner zur Verfügung zu stehen
- 25 • allen Bürgern durch diese Zentren einen Zugang zu einem System vielfältiger Träger  
26 und Programmangeboten garantieren
- 27 • den freien Trägern, die im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes agieren, weiterhin  
28 den bisherigen hohen Stellenwert zukommen lassen
- 29 • durch die Einrichtung der Zentren die Zu- und Übergänge von Schulen in den Beruf  
30 weiter verbessern
- 31 • Möglichkeiten postgradualer Weiterbildung stärken.

## 32 **2. Innovativ. Visionär. Zukunftsgewandt.**

### 33 ***Moderne Hochschulpolitik für eine moderne Wissensgesell-***

### 34 ***schaft in Hessen***

35 Hessen ist ein Wissenschaftsstandort im Aufbruch. In einem rohstoffarmen Land müssen  
36 wir alle Anstrengungen darauf konzentrieren, in die Bildung auf allen Ebenen zu investie-  
37 ren. Innovation ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft.

38 Wir wollen unter Wahrung der Vielfalt der Hochschullandschaft vorhandene Stärken und  
39 Potenziale bündeln und die hessischen Hochschulen und Berufsakademien in gesundem  
40 Wettbewerb miteinander um die besten Modelle, Hochschullehrer, Studierenden und For-  
41 schungsprojekte zu neuem Tatendrang beflügeln. Universitäten, Fach- und Kunsthoch-  
42 schulen sowie Berufsakademien sind wichtige geistige Bildungszentren der Wissensgesell-

1 schaft. Lernbegeisterung und Forscherdrang sollen von bürokratischen Fesseln befreit  
2 werden und sich in wissenschaftlicher Freiheit entfalten können. Die hessische Wissen-  
3 schaftspolitik steht für diese Innovation und Modernität. In keinem anderen Bundesland  
4 wurden innerhalb eines so kurzen Zeitraums so konsequent und zielstrebig Reformen ein-  
5 geleitet. So individuell wie unsere Hochschulen und Forschungsinstitutionen sind, so viel-  
6 fältig müssen die von uns zu schaffenden Perspektiven sein. Essenzielle Voraussetzung für  
7 eine längerfristige Innovationsfähigkeit und erfolgreiche Positionierung unserer Hoch-  
8 schulen ist deren Autonomie. Dabei sind durch entsprechende Entscheidungs-, Manage-  
9 ment- und Verwaltungsstrukturen die Fähigkeiten zu entwickeln, in diesem Wettbewerb  
10 Prioritäten zu setzen.

11 Wir sprechen uns für einen Werte- und Ethikkodex an den Hochschulen aus. Lehrende ha-  
12 ben Bildungsaufgaben an, ihnen anvertrauten jungen Menschen wahrzunehmen. Dies ver-  
13 antwortlich zu tun ist ein wichtiger Dienst an unserer Gesellschaft. Zunächst sollen auf  
14 freiwilliger Basis – im Sinne einer Selbstverpflichtung – Leitlinien entwickelt werden.  
15 Hochschulen, die mit positivem Beispiel vorangehen und dadurch Wertschätzung in der  
16 Öffentlichkeit finden, werden Nachahmer finden, so dass sich eine neue „Kultur“ an unse-  
17 ren Hochschulen ausbreiten kann.

## 18 **Lernen. Lehren. Forschen.**

### 19 ***Das moderne Hochschulwesen gestalten***

20 Mit ihrer Forschungskompetenz sind die Hochschulen Impulsgeber und Motor für zukünf-  
21 tige gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen unseres Landes. Wir treten für ein  
22 modernes Hochschulverständnis ein: Hochschulen müssen sich zunehmend als  
23 Dienstleister begreifen.

24 Das Land versteht sich als Partner der Hochschulen: soviel Autonomie und Eigenständig-  
25 keit wie möglich und so wenig staatliche Steuerung und Reglementierung wie nötig. Um-  
26 gekehrt gilt: Das Land muss sich zwar auf seine Kernaufgaben beschränken, darf jedoch  
27 zugleich seine staatliche Gesamtverantwortung nicht vernachlässigen.

28 Nur dort, wo die eigenverantwortliche Hochschule gelingt, werden Forschung und Lehre  
29 konkurrenzfähig sein.

- 30 • Clusterbildung, Schaffung von Exzellenzzentren und -regionen, Hochschulkooperati-  
31 onen, gemeinsame Berufungen, Entscheidungen über den Studien-Zugang und die  
32 Studierendenmobilität – all das muss, auch über Ländergrenzen hinweg, möglich  
33 sein.
- 34 • Es ist ein Erfordernis des Arbeitsmarktes und der alternden Gesellschaft, allen ent-  
35 sprechend befähigten und interessierten jungen Menschen ein Hochschulstudium zu  
36 ermöglichen.

37 Der in den kommenden Jahren zu erwartende Anstieg der Studierendenzahlen macht es  
38 unausweichlich,

- 39 • mehr Finanzierungsmittel für die Hochschulen zur Verfügung zu stellen
- 40 • und flexible Maßnahmen zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten zu er-  
41 greifen.

42 Für Hessen sind – entsprechend den Vereinbarungen des Hochschulpaktes 2020 – 9.000  
43 zusätzliche Plätze für Studienanfänger unter Nutzung der Breite des Fächerspektrums ein-

1 zurichten. Die CDU Hessen wird am Dreiklang Hochschulpakt, Zielvereinbarungen und  
2 leistungsorientierter Mittelzuweisung als Grundlage der Hochschulfinanzierung festhal-  
3 ten.

#### 4 Nach unseren Vorstellungen

- 5 • entwickeln sich die hessischen Hochschulen zu modernen Dienstleistungsunterneh-  
6 men und selbstverantwortlichen Einrichtungen mit öffentlichem Auftrag für For-  
7 schung und Lehre
- 8 • sind nach den gesetzlich neu geregelten Motivationsmaßnahmen für Hochschulleh-  
9 rer nun finanzielle Leistungsanreize abseits des starren Tarifsystems des öffentlichen  
10 Dienstes für besonders engagierte Dauerangestellte in Mittelbau, technischem Be-  
11 reich und Verwaltungsbereich zu schaffen - Engagement und Leistungsbereitschaft  
12 müssen sich lohnen und finanziell honoriert werden
- 13 • sollen Hochschulprofessoren in Zukunft nicht mehr ausschließlich Beamte sein
- 14 • muss die befristete Einstellung hoch qualifizierter Gastwissenschaftler und Dokto-  
15 randen künftig schneller und reibungsloser möglich sein - gleiches gilt für Beru-  
16 fungsverfahren.

#### 17 Wir wollen darüber hinaus

- 18 • unser Augenmerk verstärkt auf die Verbesserung der Informationsmöglichkeiten für  
19 Abiturienten hinsichtlich der Wahl ihres Studienfaches richten.
- 20 • ein so genanntes „Junior-Studium“ als Orientierungshilfe für Schüler, die kurz vor der  
21 Erlangung der Hochschulreife und damit unmittelbar vor der Entscheidung stehen,  
22 welchen Berufsweg sie einschlagen wollen, hessenweit einführen
- 23 • die Studienberatung qualitativ und quantitativ verbessern - durch verpflichtende Be-  
24 ratungstermine kann das Bewusstsein geschärft werden, dass der Studienerfolg von  
25 einer erfolgreichen Studienorganisation abhängig ist
- 26 • den Hochschulen ermöglichen, ihre Studenten selbst auszuwählen
- 27 • die Zeit von der Bewerbung bis zur Einschreibung verkürzen
- 28 • mit Blick auf die in Deutschland zu hohe Abbrecherquote verstärkt effektive  
29 Eignungs- und Eingangsprüfungen vornehmen, sowie durch die Einbindung der Pra-  
30 xiserfahrungen von Absolventen strukturierte Tutorienprogramme anbieten
- 31 • qualifizierte ausländische Studierende für ein Studium in Hessen begeistern
- 32 • qualifizierte Studierende unterstützen, für einen gewissen Zeitraum im Ausland zu  
33 studieren
- 34 • zur Professionalisierung und organisatorischen Straffung des Hochschulmanage-  
35 ments die probeweise Einführung hauptamtlicher Dekane prüfen
- 36 • bestehende hochschulübergreifende Verbände fördern und neue ins Leben rufen
- 37 • die bestehenden Angebote zum Teilzeitstudium erweitern
- 38 • durch ergänzende Landesprogramme transnationale Aktivitäten der Hochschulen  
39 unterstützen
- 40 • den zuständigen Gremien erlauben, frei darüber zu entscheiden, ob sie Professoren,  
41 die die Altersgrenze erreicht haben, eine Möglichkeit zur aktiven Weiterbeschäfti-  
42 gung geben
- 43 • den Ausbau und die Weiterentwicklung dualer Studienangebote und Fern-  
44 Studiengänge vorantreiben.

## 1 **Hochschul Entwicklungs- und Umbauprogramm (HEUREKA)** 2 *Auf dem Weg zum modernsten Hochschulstandort Deutschlands*

3 Die Anforderungen an eine angemessene räumlich-technische Infrastruktur durch die Stu-  
4 dienstrukturreform, die Internationalisierung der Hochschulen und die notwendige Stär-  
5 kung der Forschung werden auch in den nächsten Jahren ständig steigen. Ihnen gerecht zu  
6 werden, ist eine entscheidende Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit unserer  
7 Hochschulen. Mit dem Investitionsprogramm HEUREKA setzt die Hessische Landesregie-  
8 rung einen Meilenstein in der Entwicklung des Hochschulbaus durch umfangreiche Inves-  
9 tionen in bauliche und apparative Maßnahmen mit struktureller Bedeutung für das hessi-  
10 sche Hochschulsystem. Mit diesem einzigartigen 3-Milliarden-Euro-Programm erhöhen wir  
11 bis 2020 deutlich die jährlichen Investitionen, stärken die nationalen und internationalen  
12 Wettbewerbschancen für Studierende, Wissenschaft und Forschung und schaffen Pla-  
13 nungssicherheit für die Verantwortlichen in den Hochschulen.

14 Hessen hatte noch Mitte der neunziger Jahre lediglich rund 66 Millionen Euro pro Jahr für  
15 Baumaßnahmen an seinen zwölf Hochschulstandorten ausgegeben. Diesen Ansatz hat die  
16 Landesregierung konsequent gesteigert und zuletzt 2006 rund 187 Millionen Euro in die  
17 Hochschulen und deren Gebäude investiert. Für 2007 haben wir die Ausgaben nochmals  
18 auf über 227 Millionen Euro erhöht; ab 2008 investieren wir dann bis 2020 jedes Jahr  
19 durchschnittlich die Rekordsumme von 250 Millionen Euro in den Hochschulbau.

20 Ausgehend vom ermittelten Bedarf werden wir jeder einzelnen Hochschule die zur Finan-  
21 zierung erforderlichen Gelder zur Verfügung stellen. Die Größenordnung ist abhängig vom  
22 Volumen des jeweiligen Gebäudebestands und dessen Erhaltungszustand. Die geschätzten  
23 Investitionen differieren je nach Hochschulstandort; so ergibt sich beispielsweise für die  
24 Universität Frankfurt ein Volumen von über 500 Millionen Euro, für die Universitäten Gie-  
25 ßen und Marburg ein Volumen von jeweils über 400 Millionen Euro, für die Technische  
26 Universität und die Hochschule in Darmstadt ca. 400 Millionen Euro, für die Universität  
27 Kassel ca. 200 Millionen Euro und für die Fachhochschule Gießen-Friedberg etwa 100 Mil-  
28 lionen Euro. Wir ermöglichen damit für jede der hessischen Hochschulen ein maßge-  
29 schneidertes und bedarfsgerechtes Entwicklungsprogramm.

## 30 **Den akademischen Nachwuchs fördern**

31 Wissenschaft muss als Beruf attraktiv gemacht werden. Dies ist eine wichtige Gestal-  
32 tungsaufgabe. Wir wollen die Motivation stärken, Talente erkennen und zur Entfaltung  
33 bringen, um Anreize zu bieten, eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen. Hervorra-  
34 genden Absolventen muss eine attraktive finanzielle Perspektive geboten werden.

35 Wir wollen daher

- 36 • die Gewinnung wissenschaftlichen Nachwuchses forcieren
- 37 • engagierten und begabten Nachwuchswissenschaftlern verlässliche Karrierewege  
38 eröffnen, etwa im Wege eines Wissenschaftstarifvertrages
- 39 • die Stipendiatenförderung auf neue Beine stellen und erreichen, dass eine Kopplung  
40 mit den Hochschulen und eine Drittfinanzierung durch die Wirtschaft gelingt
- 41 • eine Talentschmiede Hessen als sichtbares Zeichen für Exzellenz und Nachwuchsför-  
42 derung begründen. Aktive Talentförderung soll zu einem Markenzeichen hessischer  
43 Wissenschaftspolitik werden.

1 **3. Perspektiven geben. Arbeit schaffen.**  
2 ***Mut zu neuen Wegen in der Arbeitsmarktpolitik***

3 Gute Ausbildung, Fleiß, Engagement und Kompetenz zeichnen die Bürger unseres Landes  
4 aus. Dabei ist Arbeit ist mehr als Broterwerb. Arbeit ermöglicht Selbstverwirklichung, stif-  
5 tet Lebenssinn und ist eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe.  
6 Alle werden gebraucht; keiner darf ausgegrenzt werden. Arbeit schafft Einkommen und  
7 bleibt Grundlage gesellschaftlichen Wohlstands. Die CDU Hessen begreift die Bekämpf-  
8 ung von Arbeitslosigkeit deshalb als die zentrale Herausforderung ihres politischen Han-  
9 delns.

10 Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist hauptsächlich strukturell bedingt. Wir brauchen  
11 deshalb nicht nur mehr nachhaltiges Wachstum, sondern auch Bildungsinvestitionen und  
12 eine umfassende Reform des Arbeitsmarktes. Wir wollen bessere Beschäftigungschancen  
13 für Ältere, gering Qualifizierte und Langzeitarbeitslose. Gerade sie fühlen sich von Freiheit  
14 und Teilhabe ausgeschlossen.

15 Auf dem Arbeitsmarkt geht es um einen fairen Ausgleich zwischen den legitimen Schutz-  
16 bedürfnissen der Arbeitnehmer und den Beschäftigungschancen der Arbeitslosen. Schutz-  
17 bestimmungen auf dem Arbeitsmarkt sollen so ausgestaltet sein, dass sie Arbeitslosigkeit  
18 nicht begünstigen. Eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzes, die die Beschäftigungs-  
19 aussichten verbessert, ist daher ein Gebot der Gerechtigkeit. Es muss gelten: Vorfahrt für  
20 Arbeit. In diesem Sinne muss die Aufgabe des fairen Interessenausgleichs gemeinsam mit  
21 den Tarifvertragsparteien angenommen werden.

22 Gemeinsam mit Fachleuten aus Wirtschaft und Gesellschaft haben wir innovative Instru-  
23 mentarien entwickelt, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und Arbeitssuchenden neue Per-  
24 spektiven zu eröffnen. Mit Mut zu unkonventionellen Wegen haben wir Arbeitsmarktpro-  
25 jekte initiiert, die weit über die Grenzen unseres Bundeslandes hinaus Anerkennung und  
26 Nachahmer gefunden haben.

27 **Fördern und fordern.**  
28 ***Arbeit muss sich wieder lohnen.***

29 „Gestalten statt verwalten“ ist der Kernsatz unserer Arbeitsmarktpolitik. Wir fördern jene,  
30 die unserer Hilfe bedürfen, und fordern zugleich eigenverantwortliches Handeln ein. Das  
31 Prinzip des „Förderns und Forderns“ muss Leitlinie unserer Arbeitsmarktpolitik bleiben.  
32 Leistungsbereitschaft ist die Grundlage, um Arbeit zu finden. Wir sind der festen Über-  
33 zeugung, dass die Förderung des Wiedereinstiegs in den Arbeitsmarkt Vorrang vor verwal-  
34 teter Arbeitslosigkeit und passivem Bezug von finanzieller Unterstützung haben muss.  
35 Damit einher geht unser Ziel, die örtlichen Kompetenzen und Chancen der Kommunen bei  
36 der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zu nutzen. In diesem Sinne haben wir er-  
37 reicht, dass den Landkreisen und Städten die Betreuung und Vermittlung von Langzeitar-  
38 beitslosen in eigener Verantwortung als Option ermöglicht wird.

39 Hessen befindet sich auf einem erfolgreichen Weg und hat bei der Erarbeitung neuer Mo-  
40 delle im Bereich des Arbeitsmarktes eine Vorreiterrolle inne. Diesen Weg werden wir kon-  
41 sequent weiter beschreiten.

42  
43

1 Wir werden deshalb

- 2 • die erfolgreichen Arbeitsmarkt- und Ausbildungsprogramme fortsetzen und weiter-
- 3 entwickeln
- 4 • unsere Anstrengungen darauf richten, Menschen ohne Arbeit wieder in den ersten
- 5 Arbeitsmarkt zu vermitteln. Hierbei gilt unser Augenmerk besonders benachteiligten
- 6 Gruppen wie Langzeitarbeitslosen, Schwerbehinderten sowie älteren Arbeitslosen -
- 7 dasselbe gilt auch für Frauen in der Wiedereinstiegsphase nach der Elternzeit
- 8 • die Vermittlung von älteren Arbeitslosen mit dem Programm „Erfahrung hat Zu-
- 9 kunft“ vorantreiben und zu einem Schwerpunkt unserer Anstrengungen machen. Es
- 10 gilt, die Arbeitskraft, das Wissen und den Erfahrungsschatz dieser Personengruppe
- 11 anzuerkennen und stärker zu nutzen
- 12 • die demografische Herausforderung durch spezielle Arbeitsmarktprogramme für Äl-
- 13 tere und Migranten sowie für gering qualifizierte Arbeitnehmer annehmen - dabei
- 14 wird die Weiterbildung eine entscheidende Rolle spielen
- 15 • uns auch weiterhin auf Bundesebene für das Kombilohnmodell unseres Existenz-
- 16 grundlagengesetzes (EGG) einsetzen. Grundprinzip muss sein: Wer arbeitet, muss
- 17 mehr Geld zur Verfügung haben als derjenige, der nicht arbeitet
- 18 • die unterschiedlichen Hilfesysteme besser verzahnen. Eine bessere berufliche Integ-
- 19 ration von arbeitslosen Jugendlichen ist nur durch eine verbesserte Qualifikation zu
- 20 erreichen
- 21 • bereits im Rahmen der Berufsausbildung den Erwerb internationaler Erfahrungen
- 22 fördern und ein Stipendiensystem aufbauen, das möglichst vielen Auszubildenden
- 23 ein Auslandspraktikum ermöglicht.

## 24 **Praxisnah ausbilden. Chancen erhöhen.**

### 25 ***Gemeinsam Ausbildungsplätze schaffen***

26 Wir müssen alle zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um Jugendlichen zu einen Aus-

27 bildungs- bzw. Arbeitsplatzangebot zu verhelfen. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosig-

28 keit hat für uns oberste Priorität. In zahlreichen gemeinsamen Initiativen mit örtlichen

29 Verbänden und Gremien sowie den zuständigen Kammern erfolgen gezielte Anstrengun-

30 gen für die Schaffung eines adäquaten Lehrstellenangebots. Die Ausbildungsfähigkeit jun-

31 ger Menschen muss weiter verbessert werden. Notwendig ist eine enge Zusammenarbeit

32 zwischen den allgemeinbildenden Schulen und den Einrichtungen der beruflichen Bildung.

33 Dies ist erforderlich, weil das Qualitätsniveau vieler Berufsbilder gestiegen ist. Höchstes

34 Ziel unserer Ausbildungspolitik ist es, jedem Einzelnen seine Chance für eine erfolgreiche

35 und glückliche Zukunft zu bieten. Nicht mit finanziellen Sanktionen, sondern mit moder-

36 nen Rahmenbedingungen werden wir Unternehmen dabei unterstützen, Ihrer Verantwor-

37 tung weiter und noch stärker als bisher nachzukommen.

38 Zur Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebots werden wir deshalb

- 39 • gemeinsam mit der Wirtschaft und den Verbänden den Ausbildungspakt regelmäßig
- 40 erneuern
- 41 • die Verbundausbildung, die im Handwerk sowohl Handwerksunternehmen als auch
- 42 die Berufsbildungs- und Technologiezentren des Handwerks als Qualifizierungsge-
- 43 meinschaft zusammenführt, weiter ausbauen

- 1 • die hohe Ausbildungsquote in der Landesverwaltung aufrecht erhalten
- 2 • schrittweise die finanziellen Mittel aus dem Bereich des Berufsvorbereitungsjahres
- 3 in originäre Ausbildungsförderung verlagern
- 4 • die Entwicklung neuer Berufsbilder und modularer Ausbildungsgänge fördern, aber
- 5 zugleich darauf achten, dass eine Zersplitterung von Berufsbildern unterbleibt
- 6 • in den Kreisen Netzwerke unterstützen, die sich frühzeitig gemeinsam für die Quali-
- 7 fikation der Jugendlichen für einen Ausbildungsberuf engagieren
- 8 • die frühe Qualifikation der Jugendlichen durch zusätzliche Coaches unterstützen und
- 9 weiter begleiten.

### 1 **III. Unseren Wohlstand sichern**

#### 2 **1. Hessen – Land der Ideen**

3 Eine Volkswirtschaft muss ihre Kraft dort konzentrieren, wo sie besonders wettbewerbsfähig ist. Hessen als Land mit hoher Arbeitsproduktivität und hochwertiger Infrastruktur  
4 kann und braucht weder direkt mit den reinen Arbeitskosten noch mit den Steuersätzen  
5 mit Niedriglohnländern konkurrieren. Aber Hessen hat das Zeug, technologische Spitzen-  
6 leistungen in der wissensbasierten Wirtschaft zu erbringen. Nur dann haben wir auf mittlere  
7 Sicht eine Chance auf weiterhin hohe Einkommen, gesicherte Beschäftigung und einen  
8 hohen Standard der sozialen Sicherung.  
9

#### 10 **Forschung und Technologie fördern**

##### 11 ***Innovationen sichern Zukunft.***

12 Hessen verfügt mit dem Frankfurter Flughafen, seinen renommierten Hochschulen und  
13 dem Finanzplatz Frankfurt über herausragende Standortvorteile. Frankfurt ist das Kompe-  
14 tenzzentrum der Finanzindustrie auf dem europäischen Kontinent. Mit der Umsetzung des  
15 Projekts „House of Finance“ erreichen wir eine weitere Stärkung dieser Profilbildung. Auch  
16 bei den wirtschaftlichen Zukunftsthemen Biotechnologie, Informations- und Kommunika-  
17 tionstechnologie sowie Nanotechnologie ist Hessen deutschland- und europaweit Spitze.  
18 In der Biotechnologie arbeiten in Hessen mittlerweile 17.000 Menschen in 250 Betrieben,  
19 die durchschnittliche Arbeitsproduktivität beträgt hier beeindruckende 165.000 Euro. Das  
20 Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie (FIZ) ist erfolgreicher Ausdruck einer pri-  
21 vat-öffentlichen Kooperation.

22 Nicht weniger bedeutend ist Hessen bei der Schlüsseltechnologie „Nano“. 20 Prozent aller  
23 Nanotechnologieanbieter Deutschlands und sogar 10 Prozent aller europäischen Herstel-  
24 ler haben ihren Sitz in Hessen. Ein einzigartiges „Nanonetzwerk Hessen“, das die hessi-  
25 schen Universitäten gestalten, forciert diese Entwicklung

26 Für die Informations- und Kommunikationstechnologie macht dies der größte deutsche  
27 Internetknoten DE-CIX in Frankfurt sichtbar: Rund 85 Prozent des deutschen Internetver-  
28 kehrs werden über ihn abgewickelt. In der hessischen Informations- und Kommunikations-  
29 branche sind 90.000 Menschen in 9.300 Betrieben tätig.

30 Auch die Automotive-Branche nimmt in Hessen eine Schlüsselstellung ein. Über 50.000  
31 Beschäftigte sind in Hessen in ihrem Kernbereich tätig. Mit Opel in Rüsselsheim und dem  
32 VW-Werk in Baunatal haben zwei große Automobilhersteller ihren Standort in Hessen. Die  
33 Wertschöpfungskette Automobil umfasst nicht nur die traditionellen Hersteller, sondern  
34 auch eine große Anzahl von Zuliefer- und Entwicklungsbetrieben.

35 Das Satellitennavigationsprojekt „Galileo“ bringt große Vorteile gegenüber GPS: größere  
36 Genauigkeit, höhere Zuverlässigkeit und keine Abschaltung im Krisenfall wie beim auch  
37 militärisch genutzten GPS. Der eigentliche wirtschaftliche Nutzen wird in völlig neuen  
38 Anwendungen mit unzähligen Einsatzmöglichkeiten liegen: Verkehr und Logistik, Tele-  
39 kommunikation, Vermessung, Finanzwesen, Tourismus, Sport, Katastrophenschutz. Von  
40 großer Bedeutung war deshalb die 2006 erfolgte Gründung der CESAH GmbH (Centrum  
41 für Satellitennavigation Hessen) in Kooperation mit der Stadt Darmstadt, der Fachhoch-

1 schule und TU-Darmstadt, mit T-Systems, Vega IT Deutschland GmbH, der INI-  
2 GraphicsNet-Stiftung und dem Schlüsselpartner ESA mit dem europäischen Satellitenkon-  
3 trollzentrum ESOC.

4 Die Fähigkeit hessischer Unternehmen, Spitzentechnologien zu entwickeln und marktfähig  
5 zu machen, steht in direktem Zusammenhang mit der Qualität und Dichte der Forschungs-  
6 und Lehreinrichtungen im Land. Hessen weist von Nord bis Süd eine überdurchschnittliche  
7 Dichte von Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen auf. Fünf Universitäten,  
8 fünf Fachhochschulen und zwei Kunsthochschulen prägen den Wissenschaftsstandort Hes-  
9 sen. Hier studieren über 164.000 Studenten und arbeiten über 18.000 Bedienstete im wis-  
10 senschaftlichen Lehrbetrieb.

11 Dieses großartige Potenzial wollen wir nutzen und

- 12 • in den für Hessens Wirtschaft bedeutendsten Wirtschaftszweigen sogenannte For-  
13 schungs- und Technologie-Cluster bilden, in denen zunächst für zwei Jahre in institu-  
14 tionalisierter Form die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft deut-  
15 lich verbessert wird - nach zwei Jahren werden diese Cluster evaluiert und unter der  
16 Voraussetzung einer zunehmenden Eigenfinanzierung durch die teilnehmenden  
17 Branchen bzw., Unternehmen fortgeführt
- 18 • weitere Anwenderzentren und Technologienetzwerke fördern
- 19 • die Unternehmen in den Bereichen Verkehrs- und Umwelttechnologie bei ihrer For-  
20 schung und internationalen Vermarktung unterstützen
- 21 • universitäre und außeruniversitäre Forschung besser vernetzen und sie stärker in die  
22 europäische Forschungspolitik integrieren
- 23 • dabei helfen, die Zusammenarbeit bei Forschung, Lehre und Entwicklung im Bereich  
24 von Hochschule und Industrie, insbesondere der kleinen und mittleren Unterneh-  
25 men, zu fördern und internationale Netzwerke zur schnellen Vermarktung von Inno-  
26 vationen zu knüpfen
- 27 • eine eigene hessische Förderungsinstitution gründen, deren Finanzkraft ausreicht,  
28 um gleichzeitig fünf bis zehn Verbundprojekte über einen Zeitraum von fünf Jahren  
29 zu fördern
- 30 • ein Programm speziell für Existenzgründerinnen auflegen, da Frauen im Wissen-  
31 schafts- und Forschungsbereich bislang unterrepräsentiert sind.

## 32 **Zentral und international.**

### 33 ***Hessen: Marktplatz der Zukunft***

34 Neben einer besseren Vernetzung von Schule und Wirtschaft brauchen vor allem junge  
35 Menschen eine neue Begeisterung für Technologie und die damit verbundenen Zukunfts-  
36 chancen. Aus dem Land der Erfinder muss wieder ein Land der Gestaltung und ein Land  
37 der Umsetzung werden.

38 Hessen ist ein Hochtechnologiestandort, an dem viele Unternehmen und Hochschulen  
39 großartige Forschungsarbeit leisten. Gleichzeitig ist Hessen einer der weltweit bedeu-  
40 tendsten Verkehrsknoten und Messeplätze.

41

42

1 Wir wollen deshalb

- 2 • gemeinsam mit der Messe Frankfurt eine regelmäßige internationale „Zukunftsmesse“ entwickeln und durchführen, bei der Unternehmen, Hochschulen und Forschungsinstitute ihre Arbeit - soweit sie das können - öffentlich machen, um Studenten, Schüler, Unternehmen, Journalisten u. a. m. mit ihren Ideen und ihrer wissenschaftlichen Arbeit bekannt zu machen.

## 7 **Schnell. Flexibel. Staufrei.**

### 8 ***Mobilität im 21. Jahrhundert***

9 Mobilität ist eine Schlüsselfunktion für wirtschaftliches Wachstum und damit auch für die soziale Sicherheit. Sie ermöglicht es, neue Märkte zu erschließen, stärkt regional und global die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, schafft neue Arbeitsplätze und macht diese auch erreichbar; Sie bereitet den Weg für zusätzliche Wertschöpfungsketten mit neuen Produktions- und Dienstleistungsstandorten. Mobilität sichern heißt für Hessen, in den Märkten der Gegenwart und der Zukunft vorne mitzuwirken. Die zentrale Lage Hessens in einem erweiterten Europa ist dabei der erste Pluspunkt.

## 16 **Luftverkehr**

17 Der Frankfurter Flughafen muss neben dem internationalen Schienen- und Straßennetz der zweite wichtige Trumpf des Wirtschaftsstandorts bleiben. Bereits heute bietet der Flughafen insgesamt nahezu 200.000 Menschen Arbeit und Beschäftigung. Mit dem Bau einer neuen Landebahn schaffen wir die Voraussetzungen, am Wachstum des internationalen Flugverkehrs teilzunehmen und damit insgesamt 100.000 neue Arbeitsplätze mit allen positiven Folgen für den Finanzplatz Frankfurt, für Hessen und die Bundesrepublik Deutschland. Die Ergebnisse des Mediationsverfahrens, insbesondere die Vereinbarungen des Regionalen Dialogforums zur Lärminderung haben dabei höchste Priorität.

25 Wir werden die großartigen Chancen im internationalen Luftverkehr nutzen und

- 26 • den Bau der neuen Landebahn am Frankfurter Flughafen umsetzen und damit seine Position im internationalen Wettbewerb deutlich stärken
- 27 • mit dem Bau des neuen Terminals 3 die Voraussetzungen für mehr Effizienz bei der Abfertigung gewährleisten
- 28 • die mit dem Ausbau verbundene Entwicklung der gesamten Verkehrsinfrastruktur im Umfeld des Flughafens fortsetzen
- 29 • nicht zuletzt in Kassel-Calden den bestehenden Flughafen für den Bedarf der Wirtschaftsunternehmen und des Tourismus neu bauen und so einen unübersehbaren Akzent für die Weiterentwicklung Nordhessens setzen.

35

36

37

38

39

## 1 Nah- und Fernverkehr mit Bus und Bahn

2 Die bestehenden ICE-Strecken in Hessen, auch die zuletzt gebaute Verbindung Frankfurt –  
3 Köln, zeigen eindrucksvoll die Bedeutung der Schieneninfrastruktur für die wirtschaftliche  
4 Entwicklung.

5 Für die Erweiterung der Mobilität auf der Schiene wollen wir

- 6 • die schnelle Planung und Realisierung der ICE-Strecke Frankfurt – Darmstadt –  
7 Mannheim und
- 8 • den zeitnahen Ausbau der ICE-Strecke Fulda – Frankfurt voranbringen
- 9 • Frankfurt als Herz des deutschen und europäischen Eisenbahnverkehrs stärken und  
10 dazu das Konzept Frankfurt Rhein Main Plus beschleunigt umsetzen - beispielsweise  
11 durch den Neubau und Umbau der Eisenbahnzufahrten zum Hauptbahnhof Frankfurt  
12 und durch den Neubau einer weiteren Eisenbahnbrücke über den Main bei Nieder-  
13 rad.

14 Das wachsende Mobilitätsbedürfnis der Menschen kann nur bewältigt werden, wenn die  
15 Qualität des Angebots bei Bussen und Bahnen im Regional- und Öffentlichen Personen-  
16 nahverkehr kontinuierlich wächst. Hier ist Hessen vorbildlich. Der große Zuwachs der Zahl  
17 der Fahrgäste belegt den Erfolg des hessischen Weges einer Gleichberechtigung zwischen  
18 Individualverkehr und Öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV). Deshalb wollen wir un-  
19 ter anderem

- 20 • die Nordmainische S-Bahn von Frankfurt nach Hanau
- 21 • den Ausbau der S-Bahn-Verbindung von Frankfurt-West nach Bad Vilbel und Fried-  
22 berg
- 23 • den Ausbau der S-Bahn-Tunnel-Stammstrecke durch Frankfurt (Erhöhung der Kapazi-  
24 tät von 22 auf 24 Züge pro Stunde und Richtung)
- 25 • den Bau der S-Bahn-Station Gate-Way-Gardens am Frankfurter Kreuz
- 26 • die Planung der Regionaltangente West (von Bad Homburg über Frankfurt/Höchst,  
27 Flughafen nach Neu-Isenburg)
- 28 • eine durchgängige S-Bahn-Verbindung zwischen der Region Rhein-Main und Rhein-  
29 Neckar mit einer Anbindung an das neue Terminal 3 am Frankfurter Flughafen.

## 30 Straßenbau

31 Die Hessische Landesregierung hat die jährlichen Investitionen für die Landesstraßen –  
32 wie versprochen – auf 85 Millionen Euro aufgestockt. Ab 2008 sollen pro Jahr 100 Millio-  
33 nen Euro investiert werden - und damit gegenüber dem rot-grünen Mangelprogramm der  
34 neunziger Jahre mehr als das Dreifache. Bei diesen und darüber hinausgehenden Investiti-  
35 onen werden wir neue Finanzierungsformen, beispielsweise die Realisierung von PPP-  
36 Projekten, prüfen.

37 Mit großer Intensität werden wir auf der Planungs- und Genehmigungsebene den Aus-  
38 und Weiterbau folgender Fernstraßen forcieren:

- 39 • A 44
- 40 • A 49
- 41 • A 67 (sechsspuriger Ausbau)
- 42 • A 45 (sechsstreifiger Ausbau bis 2020 zwischen Herborn-Süd und Wetzlar-Ost)
- 43 • A 66 und A 661

- 1 • A4 (Lückenschluss zwischen Olpe und Hattenbach durch eine leistungsfähige, kreuzungsfreie, mehrspurige Bundesfernstraße)
- 2
- 3 • Riederwaldtunnel
- 4 • B 49 (zwischen Limburg und Wetzlar)
- 5 • B 3 (Lückenschluss bei Niederweimar)

6 Darüber hinaus werden wir zur Entlastung der Anwohner eine Vielzahl von Ortsumgehungen im Bereich von Bundesfernstraßen weiter vorantreiben.  
7

## 8 **Staufreies Hessen**

9 Vor allem für die Straßeninfrastruktur, aber auch besonders in der gemeinsamen Vernetzung der übrigen Verkehrsinfrastruktur wie dem ÖPNV, wollen wir für Hessen wichtige Mobilitätsziele erreichen.  
10  
11

12 Unter der Überschrift „Staufreies Hessen 2015“ haben wir hierzu eine ehrgeizige Vision und eine strategische Zielsetzung zugleich in Angriff genommen.  
13

14 Es ist bereits heute absehbar, dass der notwendige Ausbau der Verkehrsinfrastruktur nicht ausreichen wird, um die prognostizierte Zunahme des zukünftigen Verkehrs zu bewältigen. Deshalb wollen wir auf dem bestehenden Straßennetz durch intelligente Verkehrstechnik und durch wirkungsvolles Verkehrsmanagement vorhandene Kapazitätsreserven nutzen und so größere Freiräume auf Hessens Straßen schaffen.  
15  
16  
17  
18

19 Durch modernste Technologien, innovative Verkehrsinfrastruktureinrichtungen (z. B. Verkehrszentrale Hessen, DIANA), durch zukunftsweisende Prozesse „Integration von Herstellern und Dienstleistern“ und durch neue Organisationsformen (Integriertes Verkehrsmanagement Frankfurt Rhein-Main GmbH, Centrum für Satellitennavigation Hessen GmbH (CESAH) ist es im Rahmen des Projekts „Staufreies Hessen 2015“ bereits gelungen, den Verkehrsfluss zu verbessern und erste erfolgreiche Meilensteine zu setzen. Dazu gehört beispielsweise auch die temporäre Freigabe des Seitenstreifens auf ca. 56 km hessischer Autobahnen.  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26

27 Um das ehrgeizige Ziel „Staufreies Hessen“ zu erreichen und Hessen als Kompetenz-Zentrum für innovative Verkehrsmanagementkonzepte und moderne Verkehrstechnologien auszubauen, werden wir  
28  
29

- 30 • bereits begonnene Projekte im Bereich der Telematik fortführen und neue Initiativen ins Leben rufen
- 31
- 32 • die „Intelligente Straße“ und das „Intelligente Fahrzeug“ miteinander verzahnen und
- 33 • durch gezielte Kooperationen und gemeinsame Projekte den ÖPNV stärker in das Gesamtkonzept „Staufreies Hessen 2015“ einbinden.
- 34

35

36

37

38

## 1 **Hessen online**

### 2 ***Die Breitbandoffensive geht weiter.***

3 Viele Unternehmen machen die Beurteilung der Qualität ihres Standorts nicht nur von den  
4 Angeboten an klassischer Infrastruktur abhängig. Unabdingbar ist darüber hinaus die un-  
5 eingeschränkte Verfügbarkeit eines schnellen Internetzugangs und mobiler Kommunikati-  
6 onsmöglichkeiten. Besonders Unternehmen außerhalb der Ballungsräume sind existenziell  
7 von einem weiteren Ausbau flächendeckender und schneller Zugänge abhängig. Die mo-  
8 derne Wissensgesellschaft und zukunftsfähige Arbeitsplätze sind in gleicher Weise darauf  
9 angewiesen, dass wir bei den Breitbandinfrastrukturen deutlich vorankommen. Um dies zu  
10 erreichen, müssen wir zum einen den Wettbewerb zwischen den Dienstleistungsunter-  
11 nehmen der Telekommunikationsindustrie stärken und zum anderen dafür sorgen, dass  
12 sich die Investitionen für diese Unternehmen auch lohnen.

13 Wir werden deshalb darauf drängen, dass bis zum Jahr 2010

- 14 • auch der ländliche Raum flächendeckend mit leistungsstarken Internetanschlüssen  
15 versorgt wird
- 16 • die privaten Netzbetreiber eine flächendeckende Versorgung mit UMTS-  
17 Verbindungen gewährleisten.

## 18 **Informativ. Vielfältig. Kompetent.**

### 19 ***Medienpolitik im digitalen Zeitalter***

20 Wir werden den Übergang der klassischen analogen Medien, wie Radio und TV, in das digi-  
21 tale Zeitalter weiter begleiten und fördern.

22 Wir werden daher

- 23 • allen Bevölkerungsschichten und Altersgruppen gleiche Chancen geben, alle Infor-  
24 mationsangebote nach eigenem Wunsch in Anspruch zu nehmen, denn: Medienviel-  
25 falt ist Meinungsfreiheit - dabei ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk in besonderer  
26 Weise der Informationsvermittlung und Meinungsvielfalt verpflichtet
- 27 • regionale Berichterstattung zur Vermittlung hessischer Identität erhalten
- 28 • die Filmförderung intensivieren und zur Steigerung der Attraktivität des Standorts  
29 Hessen für die Film- und Medienbranche hessische Filmfestivals fördern. Gleichzeitig  
30 werden wir den Fokus auf kindgerechte Sendungen und Filme legen, um Kindern  
31 Medienkompetenz zu vermitteln
- 32 • uns trotz allen Fortschreitens neuer Medien und neuer Verbreitungswege dafür ein-  
33 setzen, klassische Medien, insbesondere Printmedien, zu erhalten
- 34 • dafür Sorge tragen, dass Programmangebote zur Grundversorgung durch Fernsehen  
35 und Radio unverschlüsselt empfangen werden können
- 36 • das duale System von öffentlichem und private Rundfunk erhalten und im Rahmen  
37 der verfassungsrechtlichen Vorgaben weiterentwickeln.

## 1 **2. Kooperativ. Marktgerecht. Fair.** 2 ***Wirtschaftspolitik nach Maß***

### 3 **Beraten und fördern**

#### 4 ***Politik für Mittelstand und Existenzgründer***

5 Das Land Hessen hat mit der 2004 gegründeten Hessen Agentur GmbH alle Aktivitäten  
6 zur Wirtschaftsförderung zusammengeführt und damit ein Kompetenzzentrum von der  
7 Gründungs- über die Standort- bis hin zur Technologieberatung geschaffen. Außerdem  
8 werden Leistungen vermittelt, die eigene und externe Einrichtungen anbieten. Die Hessen  
9 Agentur unterhält hierfür ein Netzwerk mit der Investitionsbank Hessen, der KfW-  
10 Mittelstandsbank, den Wirtschaftsförderungen des Landes, der Regionen und der Kom-  
11 munen, dem RKW, dem Wirtschaftsministerium, den Kammern sowie mit den Business-  
12 Angel-Netzwerken, Transferstellen und Existenzgründungshilfe-Vereinen.

13 Marktzugang für Unternehmen zu eröffnen heißt auch, Gründern den Weg in den Markt zu  
14 ebnen und allen an einer Existenzgründung oder Betriebsübernahme Beteiligten einen  
15 optimalen Überblick über alle hessischen, nationalen und europäischen Förderprogramme  
16 und Beratungsleistungen zu ermöglichen.

17 Wir werden deshalb

- 18 • dafür sorgen, dass alle zu einer Firmengründung von Behördenseite nötigen Mitwir-  
19 kungsschritte binnen einer Woche durchgeführt werden
- 20 • alle bewährten Programme und Finanzierungshilfen für Existenzgründer und mittel-  
21 ständische Unternehmen fortsetzen und vor allem auch die wirtschaftseigenen Ver-  
22 bände und Kammern bei ihren diesbezüglichen Dienstleistungsangeboten unterstüt-  
23 zen
- 24 • eine zentrale Informationsstelle einrichten, bei der alle diesbezüglichen Informatio-  
25 nen einschließlich der Fördermittel im Bereich der Berufsausbildung unter einer Te-  
26 lefonnummer abgefragt werden können
- 27 • ein Antragskompetenzzentrum als Servicestelle schaffen, das in Fragen der Teilnah-  
28 me an europäischen Förderprogrammen allen Interessierten mit Rat und Tat zur Sei-  
29 te steht.

### 30 **Von Konkurrenz profitieren vor allem die Bürger.**

#### 31 ***Märkte für mehr Wettbewerb öffnen***

32 Marktwirtschaft braucht den Wettbewerb. Der Wettbewerb als Quelle von Innovation si-  
33 chert die stetige Qualitätsverbesserung von Produkten und Dienstleistungen als Vorteil  
34 beim Werben um die Kunden weltweit, reduziert Kosten und Materialeinsatz im Erstel-  
35 lungsprozess und schont damit die knappen Ressourcen. Der Staat hat zur Sicherung von  
36 Wettbewerb die zentrale Aufgabe, den Marktzugang für neue Marktteilnehmer zu sichern.  
37 Dazu müssen bestehende Marktzutrittsschranken beseitigt und – wo dies nicht möglich ist  
38 – notfalls auch eine eigentumsrechtliche Entflechtung verfestigter und teilweise monop-  
39 olistischer Marktstrukturen durchgesetzt werden. Nur in Bereichen, in denen Wettbewerb  
40 aus technischen Gründen dauerhaft nicht möglich ist, also bei natürlichen Monopolen wie  
41 Leitungsnetzen für Strom und Gas, Wasser oder dem Schienennetz der Bahn, sollte der

1 Staat dauerhaft intervenieren und die Nachfrager vor dem Missbrauch der Marktmacht  
2 von Monopolisten schützen.

3 Wir werden

- 4 • den erfolgreichen Weg der Marktöffnung im Bereich des ÖPNV konsequent fortset-  
5 zen – im Interesse der Fahrgäste, der Steuerzahler und der Qualität
- 6 • auch bei der Wasserversorgung das Kartellrecht konsequent nutzen, um weitere  
7 Preissenkungen zu erreichen
- 8 • darauf achten, dass das in der Hessischen Gemeindeordnung verankerte Prinzip ei-  
9 ner generellen Priorität der Privatwirtschaft eingehalten wird.

### 10 **Schwarzarbeit bekämpfen**

11 ***Damit der Ehrliche nicht der Dumme ist.***

12 Die Bekämpfung der Schwarzarbeit muss konzertiert zwischen kommunalen Ämtern, Ar-  
13 beitsverwaltung, Hauptzollämtern, Ortspolizeibehörden und der Handwerksorganisation  
14 erfolgen.

15 Wir werden dazu

- 16 • eine Initiative auf Bundesebene auf den Weg bringen, die eine Verbesserung des  
17 Steuerbonus für Handwerksleistungen zum Ziel hat
- 18 • die gerade das Handwerk sehr belastende sogenannte Scheinselbstständigkeit aktiv  
19 bekämpfen
- 20 • neben Maßnahmen auf EU-Ebene gerade auch nationale Maßnahmen unterstützen,  
21 die zur Verbesserung der Rechtslage und der Kontrollmechanismen beitragen
- 22 • alle Bestrebungen unterstützen, illegal Beschäftigte und Schwarzarbeiter von den  
23 Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung auszuschließen, denn den ordnungs-  
24 gemäß in die gesetzliche Unfallkasse einzahlenden Unternehmen ist es nicht länger  
25 zuzumuten, ihre illegale Konkurrenz indirekt zu „subventionieren“.

## 26 **3. International denken. Regional handeln.**

27 ***Starke Regionen in einer globalisierten Welt***

### 28 **Hessen als europäische Wirtschaftsregion**

29 Als europäische Wirtschaftsregion und bedeutender Finanzdienstleistungsstandort mit  
30 Sitz der Europäischen Zentralbank hat Hessen größtes Interesse an einer starken, wirt-  
31 schaftlich integrierten EU und an einer erfolgreichen europäischen Wirtschaftspolitik. Die  
32 Europäische Union steht mitten im Prozess der Globalisierung. Unser Flughafen Frankfurt  
33 am Main z. B. wird bald mehr mit dem aufstrebenden Luftverkehrskreuz Dubai als mit Lon-  
34 don oder Paris konkurrieren. Auf diesen Wettbewerb müssen wir uns in Europa, Deutsch-  
35 land und Hessen besser einstellen. Hessische Europapolitik muss immer hessische Politik  
36 zur Unterstützung der heimischen Wirtschaft in der EU sein.

1 Das gilt auch und besonders vor dem Hintergrund der Lissabon-Strategie: Wir unterstüt-  
2 zen dieses Vorhaben nachdrücklich - insbesondere im Hinblick auf Bürokratieabbau und  
3 Verwaltungsvereinfachung, Verbesserung der Qualität von allgemeiner und beruflicher  
4 Bildung sowie Ausbau der Wissensgesellschaft durch Stärkung von Forschung und Ent-  
5 wicklung.

6 Wir wollen

- 7 • auch weiterhin für faire Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen in Europa ein-  
8 treten. Ein unfairer Steuer- und Subventionswettlauf zu Lasten deutscher und hessi-  
9 scher Arbeitsplätze und der öffentlichen Haushalte muss unterbleiben.
- 10 • uns dafür einsetzen, dass das Fördergefälle zu den EU-Hochfördergebieten deutlich  
11 reduziert wird
- 12 • dafür sorgen, dass EU-interne Umwelt- und Sozialstandards nicht zu Wettbewerbs-  
13 nachteilen europäischer, deutscher und hessischer Unternehmen im globalen Wett-  
14 bewerb führen
- 15 • den Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping aufnehmen. Im Rahmen der Osterweite-  
16 rung hat der Missbrauch der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit zugenom-  
17 men - deshalb setzen wir auf schnelle, wirksame und grenzüberschreitende Kontrol-  
18 len und werden zur Bekämpfung des Missbrauchs der Niederlassungsfreiheit die Zu-  
19 sammenarbeit der zuständigen Stellen, Ordnungsämter und Kammern verbessern
- 20 • flexible und unbürokratische Lösungen für ausländische Saisonarbeitskräfte, insbe-  
21 sondere in Landwirtschaft, Weinbau und Tourismus
- 22 • uns weiterhin für die strikte Erfüllung der Maastrichter Stabilitätskriterien bei der  
23 Einführung des Euro in weiteren Mitgliedstaaten der EU sowie die strikte Einhaltung  
24 des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaketes einsetzen
- 25 • die Leistungsfähigkeit und die regionale Verwurzelung der Sparkassen in Hessen ge-  
26 rade im Hinblick auf ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken. Unsere Sparkassen sind nah am Kunden und erfüllen die Aufgabe der Kreditvergabe  
27 an die mittelständische Wirtschaft. Dies ist gerade in Hessen wichtig, wo viele mit-  
28 telständische Betriebe in den Regionen beheimatet und auf diese erfolgreiche Ko-  
29 operation angewiesen sind. Wir bekennen uns zur Dreigliedrigkeit des Finanzsystems  
30 und damit zur öffentlich-rechtlichen Säule mit den Sparkassen vor Ort und der Lan-  
31 desbank mit ihrer Sparkassenzentralbank- und Kommunalbankfunktion. Durch die  
32 von uns veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen hat die S-Finanzgruppe mehr  
33 Möglichkeiten erhalten, um auch in Zukunft eine starke Säule in der dreigliedrigen  
34 Bankenlandschaft zu bilden.  
35

36

37

38

39

40

## 1 **Finanzplatz Frankfurt**

2 Für den Finanzstandort Deutschland hat der Finanzplatz Frankfurt eine herausragende  
3 Bedeutung. Unser Ziel ist es, den Finanzplatz im Wettbewerb mit den Finanzstandorten  
4 London und Paris weiter zu stärken.

5 Wir werden daher

- 6 • an einer weiteren Entlastung der Kreditwirtschaft von aufsichtsfremden Kosten ar-  
7 beiten
- 8 • dafür sorgen, dass spätestens im Jahr 2009 in Deutschland die Abgeltungssteuer auf  
9 Kapitaleinkünfte eingeführt wird. Sie ist Bestandteil der Unternehmenssteuerreform  
10 2008 und wurde in Hessen konzipiert - Ziel der Abgeltungssteuer ist vor allem die  
11 Stärkung des Finanzplatzes Deutschland mit seinem Zentrum Frankfurt am Main
- 12 • weiter das Ziel verfolgen, eine Ansiedlung der Bundesanstalt für Finanzdienstleis-  
13 tungsaufsicht (BaFin) in Frankfurt zu erreichen, um dadurch die Bedeutung des Fi-  
14 nanzplatzes zu unterstreichen
- 15 • alle Möglichkeiten zum Bürokratieabbau für die Finanzdienstleistungsunternehmen  
16 nutzen
- 17 • die Stärkung der Bundesbank im Bereich der Bankenaufsicht forcieren
- 18 • die Einrichtung eines Fonds zur Bürgschaftsabsicherung prüfen
- 19 • die Weiterentwicklung moderner Finanzierungsformen auch und besonders für mit-  
20 telständische Unternehmen fördern
- 21 • den Informationszugang im Bereich von PPP-Projekten insbesondere für die mittel-  
22 ständischen Unternehmen deutlich verbessern
- 23 • die Standardisierung von PPP-Projekten auf Landesebene vorantreiben
- 24 • weiter daran arbeiten, dass wir in Deutschland wettbewerbsfähige Rahmenbedin-  
25 gungen für neue, innovative Finanzprodukte entwickeln
- 26 • das finanzwissenschaftliche Kompetenzzentrum und künftige Aushängeschild euro-  
27 päischer Finanzforschung und -lehre, das House of Finance (HoF), fertigstellen
- 28 • das bereits konzeptionell begonnene Finanzplatz-Marketing unter Beteiligung der  
29 Finance-Community sukzessive umsetzen und ausbauen.

## 30 **Gesundheits- und Wissensregion Mittelhessen**

31 Mittelhessen ist eine herausragende Wissensregion und ein starker Medizinstandort mit-  
32 ten in Deutschland. Die CDU hat für die Fortentwicklung in diesen zukunftsträchtigen Be-  
33 reichen den Rahmen gesetzt und wird dies auch zukünftig tun.

34 Die Zahlen belegen, dass Mittelhessen ein Wissenschaftsstandort von nationaler Bedeu-  
35 tung ist. Hier existieren drei Hochschulen mit 50.000 Studenten und es ist die Region mit  
36 der größten Forschungsintensität im deutschen Hochschulbereich. Diese Bedingungen  
37 kommen dem Standort in Gänze zugute und werden mit zunehmender Bedeutung des Fak-  
38 tors Wissen in der Arbeitswelt immer wichtiger.

39 Von großer Bedeutung für den gesamten Medizinstandort Mittelhessen ist die positive  
40 Entwicklung der privaten Uniklinik Gießen-Marburg. Hier hat sich der private Betreiber  
41 verpflichtet, neben dem Kaufpreis von 112 Millionen Euro weitere 367 Millionen Euro in  
42 die Kliniken zu investieren, davon rund 260 Millionen Euro in Neu- und Umbauten der Kli-

1 nikgebäude. In Gießen wird ein Neubau die alten Klinikbauten weitgehend ersetzen. In  
2 Marburg wird bis 2012 ein Internationales Zentrum für Partikeltherapie zur Tumorbe-  
3 kämpfung aufgebaut (100 Millionen Euro). Zudem hat das Land eine Stiftung zur Förde-  
4 rung der Hochschulmedizin mit einem Kapital von 100 Millionen Euro errichtet.

5 Gerade in Mittelhessen ermöglicht der massive Ausbau der Investitionen im Bereich der  
6 Infrastruktur, dass mit dem hervorragenden Straßennetz die ideale geografische Lage der  
7 Region genutzt werden kann. Besondere Bedeutung kommt in dieser Hinsicht dem Lück-  
8 schluss der A 49 zwischen Kassel und Gießen sowie dem Ausbau der B 49 Limburg –  
9 Weilburg zu.

10 Wir werden in der nächsten Legislaturperiode

- 11 • Mittelhessen zu einer Wissens- und Gesundheitsregion mit internationalem Ruf wei-  
12 terentwickeln
- 13 • im Sinne der Regionalentwicklung weiterhin die Universitäten in Gießen und Mar-  
14 burg sowie die Fachhochschule Gießen-Friedberg ausbauen und stärken
- 15 • die Hessen Agentur beauftragen, ein Gesamtkonzept zur Förderung der inter-  
16 nationalen Nachfrage nach Dienstleistungen auf dem Gesundheitssektor zu erstel-  
17 len.

## 18 **Nordhessen – starke Entwicklung bei Mobilität, Technologie, Tourismus** 19 **und Kultur**

20 Nordhessen hat sich in den letzten Jahren zu einer Erfolgsregion entwickelt. Die CDU hat  
21 in Nordhessen viele Impulse gesetzt, um die Attraktivität der Region zu steigern und ge-  
22 zielt die Stärken des Standortes auszubauen. Die Entwicklung zu einer bedeutenden Logis-  
23 tikregion, einem Zukunftsstandort für Wissenschaft und Forschung sowie einem kulturel-  
24 len Zentrum in Deutschland ist heute Markenzeichen Nordhessens.

25 Die CDU hat für Nordhessen die jahrelange Blockade im Straßenbau beseitigt. Gegenüber  
26 rot-grünen Zeiten haben sich die Mittel für Landesstraßen in Hessen verdoppelt. Nordhes-  
27 sen hat für die CDU beim Thema Straßenbau weiterhin hohe Priorität. Der Ausbau des  
28 Flughafens Kassel-Calden steigert durch die verbesserten Verkehrsbedingungen die Att-  
29 raktivität des Standortes Nordhessen für die Unternehmen. Laut Prognosen werden durch  
30 den Ausbau 1.150 dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen.

31 Auch im Bereich Wissenschaft ist Nordhessen Spitze. Die Hochtechnologie hat hier nicht  
32 zuletzt mit dem Zentrum für Nanostrukturforschung einen bundesweiten Schwerpunkt.  
33 Die Anzahl von mehr als 200 Existenzgründungen aus der Universität Kassel heraus ver-  
34 deutlicht, wie stark die gesamte nordhessische Wirtschaft von diesen Potentialen profi-  
35 tiert und weiter gestärkt wird.

36 Mit der CDU wurde Nordhessen zu einem wichtigen Logistikstandort europäischer Dimen-  
37 sion ausgebaut. Wir haben die Wirtschaftsfördermittel für Nordhessen deutlich aufge-  
38 stockt. In den letzten fünf Jahren konnten so fast 360 Projekte – wie moderne, gemeinde-  
39 übergreifende Gewerbegebiete – mit einem Investitionsvolumen von fast 500 Millionen  
40 Euro realisiert werden. Mit millionenschweren Zuschüssen fördert Hessen vor allem die  
41 Rahmenbedingungen für die dort ansässige Automobilindustrie und das Güterverkehrs-  
42 zentrum Kassel. International bedeutende Logistikunternehmen schätzen den Standort-  
43 vorteil.

1 Diese Maßnahmen führen dazu, dass Nordhessens wirtschaftliche Fortentwicklung un-  
2 übersehbar ist. Dies verdeutlicht auch ein Blick auf die Situation auf dem Arbeitsmarkt.  
3 Während die Arbeitslosigkeit zwischen 1999 und 2005 in Deutschland um 15 Prozent an-  
4 gestiegen ist, ging die Arbeitslosenzahl in Nordhessen um mehr als 8 Prozent zurück.

5 Mit Kassel als drittgrößtem Museumsstandort in Deutschland ist Nordhessen ein zentraler  
6 Kulturstandort. Allein in das Projekt „Museumslandschaft Kassel“ werden bis 2015 rund  
7 200 Millionen Euro investiert. Die Weltausstellung documenta ist ein kulturelles Ereignis  
8 von internationaler Bedeutung und wird auch weiterhin entsprechend gefördert.

9 Wir werden in Fortführung unserer Politik

- 10 • Nordhessen zu einem europäischen Verkehrsknoten aller Verkehrsträger ausbauen
- 11 • zur Stärkung des nordhessischen Standortes dafür kämpfen, dass in jedem Fall eine
- 12 Transrapidstrecke in Deutschland realisiert wird
- 13 • die Forschung und Entwicklung im Bereich nachwachsender Rohstoffe stärken
- 14 • die Zusammenarbeit von Firmen, Hochschulen und kommunalen Einrichtungen zu
- 15 einem Netzwerk der dezentralen Energietechnik in Nordhessen unterstützen - durch
- 16 dezentrale Energietechnik und Energieeffizienz wird die wirtschaftliche und soziale
- 17 Perspektive für Nordhessen kontinuierlich verbessert
- 18 • die großartigen Chancen der Region in den Bereichen Tourismus und Wellness nut-
- 19 zen.

## 20 **4. Klimafreundlich. Wirtschaftlich. Sicher.**

### 21 ***Für eine nachhaltige Energiepolitik***

#### 22 **Klimaschutz als oberstes Ziel**

23 Der globale Klimawandel einerseits und die Gewährleistung einer sicheren und preiswer-  
24 ten Energieversorgung andererseits stellen uns vor die Herausforderung, kostengünstige  
25 und effiziente Techniken und Strategien zur CO<sub>2</sub>-Vermeidung zu entwickeln. Wir beken-  
26 nen uns zu dem Ziel, den Anteil erneuerbarer Energien an der Endversorgung bis zum Jahr  
27 2020 auf 20 Prozent zu steigern. Auf Basis des Klimapaktes im Rahmen der Umweltallianz  
28 Hessen wurde für Hessen bereits ein Klimaschutzkonzept erarbeitet. Konkrete Kooperati-  
29 onsprojekte mit Unternehmen der Wirtschaft, mit Kommunen und Privaten sollen techni-  
30 sche Innovationen zur Minderung der als klimaschädlich eingestuften Emissionen reduzie-  
31 ren. Den Klimapakt wollen wir weiter konsequent umsetzen.

32 Wir wollen

- 33 • uns mit Gesetzesinitiativen im Bundesrat zur Verminderung des Ausstoßes von CO<sub>2</sub>
- 34 für Möglichkeiten erweiterter steuerlicher Begünstigungen baulicher Maßnahmen
- 35 einsetzen, die der Energieeinsparung in privaten Haushalten dienen, wenn diese Ar-
- 36 beiten durch Fachbetriebe ausgeführt werden - neben der Verminderung von CO<sub>2</sub>-
- 37 Emissionen werden damit Abhängigkeiten von Energieimporten verringert und
- 38 gleichzeitig wichtige Investitions- und Beschäftigungsimpulse für das heimische,
- 39 mittelständisch geprägte Bauhandwerk geschaffen

- 1 • weitere „Modellregionen für erneuerbare Energie“ einrichten. Neben der Energieerzeugung wird in diesen Modellregionen besonderer Wert auf Energiedienstleistungen einschließlich qualifizierter Beratung durch öffentlich-private Partnerschaften im Rahmen von Contracting-Modellen gelegt - dabei werden auch Nahwärmenetze eine wachsende Bedeutung erhalten
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6 • die Vorreiterstellung Hessens bei der Beheizung öffentlicher Gebäude mit Holz weiter ausbauen
- 7
- 8 • die Geothermie als regenerative Energieform zur Beheizung von Gebäuden verstärkt berücksichtigen und somit die natürlich vorhandene Wärme unserer Erde nutzen
- 9
- 10 • die private Nutzung oberflächennaher Geothermie zur Gebäudeheizung durch Beratungsangebote und eine unbürokratische Genehmigungspraxis unterstützen
- 11
- 12 • die Forschung zur Nutzung tiefer Geothermie weiterhin finanziell fördern
- 13 • bei der Nutzung von Windenergie im windarmen Hessen besonders auf die Belange des Tourismus, des Landschaftsschutzes und des Immissionsschutzes achten
- 14
- 15 • durch die Förderung von Wärmeschutzmaßnahmen den Heizölverbrauch bei älteren Gebäuden deutlich senken und das Projekt „10-Liter-Haus“ als Zielstandard ausbauen.
- 16
- 17

18 Trotz erheblicher Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien im Rahmen eines ausgewogenen Energiemixes wird auf absehbare Zeit die Kernenergie nicht vollständig ersetzt werden können. Alle Untersuchungen zeigen, dass ein Ausstieg aus der Kernenergie zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus Gründen des Klimaschutzes nicht zu vertreten ist, da dann höhere CO<sub>2</sub>-Emissionen die zwangsläufige Folge sind. Der Einsatz von Kernenergie ermöglicht es, den Zeitraum zu überbrücken, bis neue klimafreundliche und wirtschaftliche Energieträger in ausreichendem Umfang verfügbar sind. Deshalb werden wir uns aus Gründen des Klimaschutzes, der Versorgungssicherheit und der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Hessen für einen Weiterbetrieb von Biblis A und B auf höchstem Sicherheitsniveau einsetzen.

## 28 **Den Einsatz „grüner Energie“ verstärken**

29 Die Biomasse weist unter den erneuerbaren Energien die größten Wachstumspotentiale auf und zeichnet sich gegenüber Wind oder Sonne dadurch aus, dass die Energiegewinnung planbar und steuerbar ist. Biomasse lässt sich sowohl für die Erzeugung von Strom und Wärme als auch von Kraftstoffen einsetzen und setzt dabei nur soviel CO<sub>2</sub> frei, wie die Pflanze zuvor beim Wachsen aufgenommen hat. Damit leistet Biomasse einen wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen, kostengünstigen, umwelt- und klimaschonenden Energieversorgung.

36 Diese „grünen Energieträger“ bieten auch große Chancen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Neben der Produktion von Nahrungsmitteln werden Landwirte künftig als Energiewirte zur Erzeugung von Energie und nachwachsenden Biorohstoffen beitragen. Das eröffnet den Landwirten neue Einkommensmöglichkeiten, steigert die Wertschöpfung im ländlichen Raum, leistet einen positiven Betrag zum Klimaschutz und verringert die Abhängigkeit von Energieimporten.

42

43

## 1 Wir werden daher

- 2 • die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die „grüne Energie“ und die stoffliche Nut-
- 3 zung von Biomasse zu zentralen Wirtschaftsfaktoren im ländlichen Raum werden
- 4 • die Biorohstoffe durch ein spezielles Landesprogramm fördern
- 5 • den Bereich angewandter Forschung und Entwicklung „Grüner Energie“ weiter vo-
- 6 ranbringen und auf strategische Partnerschaften mit der Wirtschaft und den Kom-
- 7 munen setzen
- 8 • die noch bestehenden Hindernisse zur Einspeisung von Biogas in das öffentliche
- 9 Gasnetz beseitigen, um der Biogaserzeugung zum Durchbruch zu verhelfen
- 10 • uns bundesweit dafür einsetzen, dass Energiegetreide auch in kleinen und mittleren
- 11 Anlagen unter 100 KW sinnvoll zur Energieerzeugung genutzt werden kann
- 12 • weitere BioRegionHolz-Regionen in Hessen einrichten
- 13 • eine Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Hinblick auf praxis-
- 14 gerechte Lösungen sowie Vergütungssätze für Gas und Wärme vorantreiben
- 15 • beim Regionalflughafen Kassel-Calden den nachhaltigen und ökologischen Ausbau,
- 16 der erstmals bereits in der frühen Planungsphase eines bedeutenden Infrastruktur-
- 17 projektes verfolgt, weiter fortsetzen - eine ganze Region – vom Landwirt bis zum In-
- 18 genieur – bringt sich hierbei mit Kreativität und Engagement ein - wir erwarten, dass
- 19 der „Grüne Flughafen Kassel-Calden“ nach seiner erfolgreichen Realisierung beispiel-
- 20 gebend für andere Großprojekte sein wird
- 21 • bei der Renovierung, Sanierung und dem Neubau von landeseigenen Liegenschaften
- 22 auf die Energieeffizienz der Gebäude, die Verwendung von Baumaterialien aus Bio-
- 23 rohstoffen und eine nachhaltige Energieversorgung achten
- 24 • dafür sorgen, dass die Straßenbauverwaltung des Landes zukünftig bei vergleichba-
- 25 ren Kosten Baumaterialien aus nachwachsenden Rohstoffen einsetzen wird
- 26 • im Rahmen der Umweltallianz Hessen verstärkt bei den Partnern in der Wirtschaft
- 27 und den Kommunen nachdrücklich dafür werben, dass bei deren Investitionsvorha-
- 28 ben Energie aus heimischer Produktion, Energieeffizienz und Produkte aus Bioroh-
- 29 stoffen den Vorzug erhalten.

30 **Für einen freien Energiemarkt**

31 Auch der Energiemarkt braucht den Wettbewerb, denn dort, wo Wettbewerb herrscht, sind  
 32 die Preise niedrig, wird Leistung belohnt und Innovation gefördert. Dazu müssen beste-  
 33 hende Marktzutrittsschranken beseitigt und – wo dies nicht möglich ist – notfalls auch  
 34 eine eigentumsrechtliche Entflechtung verfestigter und teilweise monopolistischer Markt-  
 35 strukturen durchgesetzt werden. Der Staat muss die Kunden vor dem Missbrauch der  
 36 Marktmacht von Monopolisten schützen.

## 37 Wir werden

- 38 • uns auf Bundesebene weiter dafür einsetzen, dass bei Strom und Gas wett-
- 39 bewerbensorientierte Marktordnungen geschaffen werden
- 40 • darauf achten, dass günstigere Anbieter Strom und Gas durch die Netze und Leitun-
- 41 gen der Energieunternehmen transportieren können
- 42 • auch weiterhin restriktiv mit beantragten Preiserhöhungen der Stromanbieter um-
- 43 gehen

- 1 • das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen weiterentwickeln und um eine Re-  
2 gelung zur Entflechtung marktbeherrschender Unternehmen ergänzen, so dass die  
3 Anzahl der Stromerzeuger deutlich steigt.

#### 4 **Energieforschung forcieren**

5 Wir werden in der nächsten Legislaturperiode verstärkt die Energieforschung fördern. Das  
6 betrifft Fragen nach der Optimierung bekannter und Gewinnung alternativer und neu-  
7 er Energieformen sowie ihre sichere und kostengünstige Herstellung. Wir verfolgen hier-  
8 bei eine Gesamtstrategie, um bundesweit eine Vorreiterrolle zu übernehmen: Ähnlich dem  
9 NanoNetzwerk Hessen werden wir eine flexible, interdisziplinär gestaltete Struktur schaf-  
10 fen und fördern, in der zum Beispiel Klimaforscher und Ingenieure zusammenwirken  
11 („Hessisches Forschungsnetzwerk Energie“). Ein solches landesweites „joint venture“ der  
12 wichtigsten Forschungsinstitutionen in der Energieforschung (Solarenergie, Wasserstoff-  
13 speicher, CO<sub>2</sub>-Sequestrierung etc.) wäre deutschlandweit einzigartig.

14

## 1 **IV. Für einen starken Staat**

### 2 **1. Freiheit in Sicherheit**

3 Freiheit ist das zentrale Grundrecht unserer Verfassung. Sicherheit ist die Grundbedin-  
4 gung zur Erfüllung dieser Freiheit. Freiheit und Sicherheit sind zwei Seiten derselben Me-  
5 daille. Deshalb genießt die Sicherheit als herausragendes Bürgerrecht bei uns höchste Pri-  
6 orität. Wir haben auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit hervorragende Erfolge erzielt. Die  
7 Aufklärungsquote wurde Jahr für Jahr auf den Rekordwert von über 55 Prozent gesteigert.  
8 Die Zahlen der Straftaten sind gesunken und befinden sich teilweise auf historischen  
9 Tiefstständen.

10 Diese Erfolge waren nur möglich durch die hohe Motivation, Sachkunde und Einsatzfreude  
11 aller Mitarbeiter der Polizei, des Verfassungsschutzes und anderer Behörden und Institutio-  
12 nen der Inneren Sicherheit. Aber die Herausforderungen der inneren Sicherheit stellen  
13 sich täglich neu. Deshalb werden wir für die Freiheit und Sicherheit unserer Bürger ent-  
14 schlossen weiterarbeiten.

### 15 **Unsere Polizei stärken**

16 Wir werden die Spitzenstellung der hessischen Polizei durch personelle, technische, stra-  
17 tegische und rechtliche Maßnahmen sicherstellen und ausbauen.

18 Wir wollen

- 19 • die Personalstärke der hessischen Polizei in der nächsten Wahlperiode im Rahmen  
20 unserer Möglichkeiten erhöhen - dazu streben wir an, ab dem Jahr 2008 jährlich 500  
21 Polizeianwärter einzustellen
- 22 • den Anteil der Beamten mit Migrationshintergrund erhöhen
- 23 • durch Fort- und Weiterbildungsangebote die „interkulturelle Kompetenz“ der Polizei  
24 stärken
- 25 • die technische Spitzenstellung der hessischen Polizei ausbauen durch kontinuierliche  
26 Weiterentwicklung der Informationstechnik und zeitgerechten Austausch von tech-  
27 nischem Gerät und Fahrzeugen
- 28 • den konsequenten Ausbau des Digitalfunks für Sicherheitsbehörden (BOS), wenn die  
29 notwendigen bundeseinheitlichen Standards gegeben sind
- 30 • das Arbeitsumfeld der Bediensteten durch weitere Bauinvestitionen und Fortführung  
31 des „Wachenprogramms“ kontinuierlich verbessern.

32

33

34

35

36

## 1 **Die Mittel zur Verbrechensbekämpfung schärfen**

2 Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen zur effektiven Verhinderung und Aufklä-  
3 rung von Straftaten verbessern durch

- 4 • die rechtliche Gleichstellung des genetischen mit dem herkömmlichen Fingerab-  
5 druck. Mit der Einführung einer bundesweiten Gendatei für Straftäter nach Vorbild  
6 des Verfahrens für Fingerabdrücke können die Zufallsfunde vervielfacht werden.  
7 Dies trägt zur Sicherung der Bevölkerung vor Schwerekriminellen gerade im Bereich  
8 von Sexualdelikten bei - Mehrfachtäter können schneller ermittelt und von weiteren  
9 Straftaten abgehalten werden
- 10 • die Einführung eines Registers für Sexualstraftäter
- 11 • die verbesserte Nutzung der bei der Überwachung des Verkehrs anfallenden Maut-  
12 daten zur Bekämpfung schwerer Straftaten.

13 Außerdem werden wir die erfolgreiche Strategie zur Verbrechensbekämpfung fortsetzen  
14 und ausbauen durch

- 15 • die Intensivierung der ereignis- und verdachtsunabhängigen Kontrollen (Schleier-  
16 fahndung)
- 17 • die Stärkung des Intensivtäterprogramms
- 18 • den kontinuierlichen Ausbau der Videoüberwachung auf den Straßen und Plätzen  
19 mit besonderer Kriminalitätsgefährdung
- 20 • die Intensivierung des Kontakts zum Bürger durch das Programm „Schutzmann vor  
21 Ort“
- 22 • den Ausbau der DNA-Analyse auf modernsten Standard in Europa
- 23 • die entschlossene Bekämpfung der Internetkriminalität durch den Ausbau der „In-  
24 ternetstreifen“ beim Landeskriminalamt
- 25 • den konsequenten Ausbau der Staatsschutzdienststellen und des Programms zur  
26 Früherkennung islamistischer Strukturen bei allen hessischen Polizeidienststellen,  
27 um damit den Gefahren des Extremismus und Terrorismus entschlossen zu bege-  
28 genen.

## 29 **Der organisierten Kriminalität entgegentreten**

30 Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität bleibt auch zukünftig eine der großen Her-  
31 ausforderungen zur Gewährleistung der inneren Sicherheit.

32 Wir werden

- 33 • uns für die Wiedereinführung der Kronzeugenregelung im Umfeld der organisierten  
34 Kriminalität einsetzen
- 35 • das Instrument der Vermögensabschöpfung intensiver nutzen - wir setzen dabei auf  
36 den konsequenten Zugriff auf die Gelder des organisierten Verbrechens - so treffen  
37 wir die organisierte Kriminalität an ihrem Lebensnerv
- 38 • die internationale Zusammenarbeit, etwa im Rahmen von Europol und Eurojust, wei-  
39 ter ausbauen - nur international aufgestellte Polizeien, Staatsanwaltschaften und  
40 Gerichte werden grenzenloser Kriminalität unbegrenzt Recht entgegenhalten kön-  
41 nen.

## 1 **Menschen stärken. Sucht bekämpfen.**

### 2 ***Keine Macht den Drogen!***

3 Die Freigabe harter und weicher Drogen lehnen wir strikt ab, da sie dem Ziel der Aus-  
4 stiegsorientierung widerspricht. Sucht ist ein verbreitetes und vielschichtiges Problem, das  
5 in vielen Teilen der Gesellschaft vorkommt und Männer wie Frauen, Jugendliche wie ältere  
6 Menschen gleichermaßen betrifft. Wir haben in Hessen daher ein effektives und erfolgrei-  
7 ches Suchthilfesystem erarbeitet. Dieses gilt es zu erhalten, den gesellschaftlichen Erfor-  
8 dernissen anzupassen und qualitativ weiterzuentwickeln.

9 Mit unserer Politik verfolgen wir folgende Ziele:

- 10 • Prävention
- 11 • Früherkennung und Reduzierung von speziellen Konsummustern
- 12 • Überlebenshilfe für Betroffene
- 13 • Behandlung einer Abhängigkeit mit allen nach aktuellem Stand der Wissenschaft zur
- 14 Verfügung stehenden Möglichkeiten.

15 Wir werden dazu

- 16 • weiterhin Präventionsunterrichtsmodelle an den Schulen unter Beteiligung von Ärz-  
17 ten, ehemaligen Drogenabhängigen, Sozialarbeitern und Suchtexperten durchführen
- 18 • durch konsequente Rechtsanwendung und intensive polizeiliche Fahndungs- und  
19 Aufklärungsarbeit sowie strikte Überwachung bekannter Drogenumschlagsplätze,  
20 regelmäßig durchgeführte Razzien in Diskotheken und Jugendclubs die Szene per-  
21 manent verunsichern, um so den Drogendealern ihr Handwerk so schwer wie mög-  
22 lich zu machen, und die Gefahren für Kinder und Jugendliche zu minimieren
- 23 • auch zukünftig dafür sorgen, dass bei Drogenabhängigen gesundheitliche Maßnah-  
24 men mit Therapie, Beratung und Rehabilitation durchgeführt werden - drogenerersatz-  
25 programme müssen zur Stabilisierung und Sozialisierung des Abhängigen führen und  
26 das Ziel verfolgen, ein Leben ohne Drogen zu führen
- 27 • mit Informationskampagnen Jugendliche über die Gefahren des Alkoholmißbrauchs  
28 aufklären und die Einhaltung der einschlägigen Jugendschutz-Bestimmungen streng  
29 überwachen.

## 30 **„Kleinkriminalität“ nicht bagatellisieren**

31 Auch „Kleinkriminalität“ ist Kriminalität und häufig der Beginn krimineller Karrieren bis hin  
32 zu schweren Straftaten.

33 Wir werden deshalb

- 34 • auch zukünftig allen Bestrebungen zur Entkriminalisierung von Delikten wie Laden-  
35 diebstahl oder Schwarzfahren entschieden entgegenzutreten - Toleranz gegenüber  
36 Straftaten führt dazu, dass Täter den Respekt vor dem Rechtsstaat verlieren und wei-  
37 tere, oft schwerere Straftaten begehen
- 38 • Verwahrlosung und Beschädigung fremden Eigentums, etwa durch Graffiti-Sprayer  
39 nicht dulden und die Anti-Graffiti-Einsätze der hessischen Polizei fortsetzen.

## 1 Sicherheit durch Prävention

2 Sicherheit kann am besten dann gewährleistet werden, wenn Straftaten erst gar nicht be-  
3 gangen und die Bürger gar nicht erst Opfer von Straftaten werden. Prävention ist deshalb  
4 die herausragende Aufgabe moderner Sicherheitspolitik. Die vielfältigen Initiativen und  
5 Projekte in Hessen werden fortgesetzt, ausgebaut und sollen in einem intelligenten Netz-  
6 werk den Bürger als Sicherheitspartner einbeziehen.

7 Wir werden daher

- 8 • das Erfolgsmodell des Freiwilligen Polizeidienstes konsequent weiter ausbauen - die  
9 Mitgliedschaft im Freiwilligen Polizeidienst ist unabhängig von der Staatsangehörig-  
10 keit und formalen Ausbildungsabschlüssen ein einzigartiges Angebot für alle und in  
11 besonderer Weise geeignet, Integration und friedliches Zusammenleben aller Bevöl-  
12 kerungsteile zu fördern
- 13 • den konsequenten Ausbau des „Netzwerks gegen Gewalt“ vorantreiben - im Zusam-  
14 menwirken von Polizei, Kommunen, Jugendhilfeeinrichtungen, Schulen und Vereinen  
15 wollen wir möglichst frühzeitig Gewalttendenzen erkennen und ihnen wirksam be-  
16 gegnen
- 17 • mit Hilfe des Landespräventionsrats weiterhin die Kriminalprävention auf der Ebene  
18 des Landes vorantreiben, das ehrenamtliche Engagement und unterschiedliche ge-  
19 sellschaftliche Gruppen einbinden sowie die Präventionsarbeit vor Ort vernetzen  
20 und unterstützen
- 21 • Initiativen ergreifen, dass Anbieter und Nutzer illegaler Angebote im Internet nicht  
22 mehr auf den Deckmantel der Anonymität vertrauen können. Zumindest in Deutsch-  
23 land muss es für die Provider und Netzbetreiber zur Pflicht gemacht werden, dass  
24 nur solche Angebote erscheinen dürfen, deren Absender erkennbar und verfolgbar  
25 sind
- 26 • dafür werben, dass auch in Privatgebäuden der Schutz vor Kriminalität etwa durch  
27 den Einsatz von Alarmanlagen verstärkt wird
- 28 • „Schutzengel-Programme“ aufbauen, bei denen vor allem junge Frauen nach einem  
29 Antigewalt- und Kompetenztraining in Diskotheken und anderenorts als Präventi-  
30 onshelferinnen andere junge Leute davor bewahren, Konflikte mit Gewalt auszutra-  
31 gen, alkoholisiert Auto zu fahren oder Drogen zu konsumieren.

## 32 Sicherheit ist Bürgermeisterpflicht.

33 Wichtige Partner der Prävention sind die Kommunen. Gerade in seinem unmittelbaren  
34 Umfeld erfährt der Bürger Stärken und Schwächen der Inneren Sicherheit am intensivsten.  
35 Deshalb muss gerade in der Kommunalpolitik Sicherheit integriert mitgedacht und mitge-  
36 plant werden.

37 Wir wollen

- 38 • dass keine „Angsträume“ entstehen, in denen die Bürger sich fürchten, und die sie  
39 meiden - deshalb wollen wir dafür sorgen, dass in Zukunft kein Baugebiet geplant,  
40 keine Buslinie festgelegt und keine Freizeiteinrichtung geschaffen wird, ohne dass  
41 die Aspekte der Sicherheit von vornherein mitgeplant und mitbedacht werden

- 1 • dafür sorgen, dass auch bei der Wohnungsbelegung zukünftig die Gesichtspunkte  
2 der Sicherheit entscheidende Bedeutung erhalten - gerade im Zusammenhang mit  
3 den Herausforderungen einer gelungenen Integrationspolitik muss vermieden wer-  
4 den, dass durch kommunales Handeln „Problemviertel“ entstehen
- 5 • dafür sorgen, dass in allen Gemeinden kommunale Ordnungssatzungen geschaffen  
6 werden, mit denen zukünftig nicht nur Straftaten, sondern auch Ordnungswidrigkei-  
7 ten besser begegnet werden kann
- 8 • die Zusammenarbeit mit den kommunalen Ordnungsbehörden intensivieren, damit  
9 durch abgestimmte Konzepte die Bürger besser geschützt werden
- 10 • dafür werben, dass sich noch mehr Kommunen an die Informations- und Bürgerfrüh-  
11 warnsysteme (Ringmastersystem) anschließen
- 12 • die Arbeit der Präventionsräte intensiv fortsetzen. Unter Führung des Bürgermeis-  
13 ters und mit fachlicher Begleitung der Polizei sollen je nach örtlichen Gegebenheiten  
14 möglichst viele Partner in diese Präventionsarbeit eingebunden werden. Neben den  
15 bisherigen Partnern den Schulen und der Jugendhilfe sollen künftig auch Vereine, der  
16 Einzelhandel und die Betreiber von Gaststätten, Diskotheken sowie Jugendclubs in  
17 diese Präventionsarbeit integriert werden.

## 18 **Verfassungsschutz – tragende Säule einer wehrhaften Demokratie**

19 Die Herausforderungen des international operierenden Terrorismus, des politischen Ex-  
20 tremismus und der organisierten Kriminalität fordern auch zukünftig höchste Wachsam-  
21 keit und entschlossenes Handeln. Dies macht frühzeitige Information und fachlich kompe-  
22 tente Beratung über diese Gefahren durch den Verfassungsschutz notwendig.

23 Die Bundesrepublik Deutschland und Hessen sind Teil eines allgemeinen Gefahrenraums  
24 und stehen insbesondere im Visier des islamischen Terrorismus. Auch die Bedrohung  
25 durch Extremisten von rechts, links und von ausländischen Organisationen darf nicht un-  
26 terschätzt werden. Schließlich sind auch die Gefahren der organisierten Kriminalität gera-  
27 de im Zusammenwirken mit ausländischen staatlichen oder halbstaatlichen Stellen eine  
28 besondere Herausforderung für die Gewährleistung der Inneren Sicherheit.

29 Wir werden dazu

- 30 • das Landesamt für Verfassungsschutz personell und organisatorisch weiter stärken.  
31 Dabei werden wir insbesondere die intellektuelle Kompetenz ausbauen, um noch  
32 besser Tendenzen und Entwicklungen insbesondere des islamistischen Extremismus  
33 und Terrorismus begegnen zu können. Ein besonderes Augenmerk werden wir auf  
34 den Bereich des „Home-Grown-Terrorismus“ richten - damit sollen extremistische  
35 und terroristische Entwicklungen bei hier geborenen bzw. aufgewachsenen Isla-  
36 misten frühzeitig erkannt werden
- 37 • einen Leitfaden für Lehrer und Interessierte zur Gefahr des Islamismus herausgeben
- 38 • uns um Sicherheitspartnerschaften mit islamischen Gemeinden und Moscheevereinen  
39 bemühen. Hierzu werden wir den offensiven Dialog mit den islamischen Reprä-  
40 sentanten fortführen
- 41 • die operative Arbeit zur Enttarnung von Hasspredigern und Werbern für den „Dschihad“  
42 konsequent fortsetzen

- 1 • die rechtsextremistische Szene weiterhin sorgfältig beobachten und entschlossen  
2 bekämpfen - besonderes Augenmerk gilt dabei den Versuchen rechtsextremistischer  
3 Gruppen und Parteien, sich durch betont bürgerliches oder intellektuelles Auftreten  
4 Kontakte und Vertrauen in der Gesellschaft zu erwerben
- 5 • durch vielfältige Initiativen insbesondere Jugendliche davor schützen, etwa über  
6 rechtsextremistische Musik in die nazistische oder neonazistische Szene abzurut-  
7 schen - hierzu werden wir die erfolgreiche Aufklärungsarbeit an den Schulen fortset-  
8 zen, unser Programm „Wölfe im Schafspelz“ und unseren Schulwettbewerb zur Be-  
9 kämpfung des Rechtsextremismus weiterführen
- 10 • das sehr erfolgreiche Programm „Ikarus“ für Ausstiegswillige aus der rechts-  
11 extremistischen Szene fortsetzen
- 12 • die linksextremistischen Gruppen intensiv beobachten und insbesondere deren Be-  
13 mühen, ihre wahren Absichten durch sog. breite gesellschaftliche Bündnisse zu ver-  
14 schleiern, offenlegen
- 15 • extremistische Ausländerorganisationen sorgfältig beobachten und insbesondere  
16 mit den Mitteln des Straf- und Ausländerrechts entschieden bekämpfen. Wo recht-  
17 lich möglich, müssen solche Organisationen aufgelöst und ihre Publikationen einge-  
18 stellt werden. Die Verantwortlichen müssen ihr Aufenthaltsrecht in Deutschland ver-  
19 lieren
- 20 • die Versuche der organisierten Kriminalität - insbesondere aus der früheren Sowjet-  
21 union - sich über Tarnfirmen, Scheingeschäfte und grenzüberschreitende Verbre-  
22 chensstrukturen auch in Hessen zu etablieren, durch frühzeitige Beobachtung und  
23 engstes Zusammenwirken von Polizei und Justiz entschieden bekämpfen
- 24 • die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes intensivieren.

## 25 **Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienste**

26 Wir haben in Hessen eine vorbildliche und gut integrierte Struktur der nichtpolizeilichen  
27 Gefahrenabwehr, die sich sehr gut bewährt hat. Zukünftig wird die Hauptaufgabe darin  
28 liegen, genügend qualifizierte Bürger für diesen Dienst zu gewinnen. Durch die demografi-  
29 sche Entwicklung unserer Gesellschaft werden künftig immer weniger junge Menschen für  
30 diese Dienste zur Verfügung stehen. Auch konnten bislang nur wenige Migranten für diese  
31 Ehrenämter gewonnen werden. Zudem ist es bisher insbesondere im Brand- und Katastro-  
32 phenschutz nicht gelungen, den Anteil von Frauen angemessen zu erhöhen.

33 Wir werden deshalb

- 34 • Initiativen zur Nachwuchsgewinnung fortführen und verstärken
- 35 • die Förderung der Jugendfeuerwehren sowie der Jugendgruppen der Hilfs- und Ret-  
36 tungsdienste fortsetzen
- 37 • das Eintrittsalter bei der Feuerwehr auf sechs Jahre senken - durch die sog. „Bambini-  
38 Gruppen“ soll das Interesse der Kinder für den Brand- und Katastrophenschutz früh-  
39 zeitig geweckt werden
- 40 • die grundsätzliche Altersbeschränkung von 60 Jahren aufheben, damit auch Ältere in  
41 weniger anstrengenden Bereichen – z. B. der Versorgung, der Atemschutzgeräte-  
42 überwachung etc. – wertvolle Beiträge leisten können

- 1 • gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband Wettbewerbe für diejenigen Feuer-  
2 wehren durchführen, die besonders erfolgreich den Anteil von Frauen in den Einsatz-  
3 abteilungen erhöht haben
- 4 • gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband Wettbewerbe durchführen, um den  
5 Anteil an Migranten in den Einsatzabteilungen der Feuerwehren deutlich zu erhöhen
- 6 • die Kommunen und Feuerwehren weiter unterstützen durch konsequente Fortfüh-  
7 rung der Förderprogramme für Bauten, Fahrzeuge, Aus- und Fortbildung
- 8 • durch noch stärkere Koordination der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr bei Einsät-  
9 zen, Ausbildung, Fortbildung und Ausstattung den Einsatz der Ressourcen optimie-  
10 ren - dabei sollen die Organisationen der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes und  
11 der Rettungsdienste ihre Selbständigkeit behalten, jedoch beim Land in einer Ver-  
12 antwortlichkeit gebündelt werden, um Parallelstrukturen, Doppelausstattungen und  
13 Mehrfachzuständigkeiten zu vermeiden
- 14 • uns konsequent für den Erhalt der Ortsteilfeuerwehren einsetzen. Nur durch die un-  
15 mittelbare Ansprache und das Erleben vor Ort können zukünftig die personellen  
16 Strukturen ehrenamtlicher aktiver Hilfeleistung erhalten werden
- 17 • die interkommunale Zusammenarbeit ausbauen
- 18 • die Leitstellen weiter auf technisch höchsten Standard umrüsten
- 19 • Vorsorge dafür treffen, dass nach entsprechenden Vorarbeiten im Bund und entspre-  
20 chende Abstimmung unter den Ländern auch die Feuerwehren und die Hilfs- und  
21 Rettungsdienste den BOS-Digitalfunk nutzen können
- 22 • prüfen, welche Möglichkeiten für Feuerwehrleute eröffnet werden können, damit  
23 diese ihren Dienst nicht nur am Wohnort, sondern z. B. auch am Arbeitsort erbringen  
24 können
- 25 • eine Bundesratsinitiative einbringen mit dem Ziel, den Anteil der Feuerschutzsteuer  
26 an verbundenen Sachversicherungen verbindlich zu erhöhen
- 27 • die seit 40 Jahren bewährte zivil-militärische Zusammenarbeit fortsetzen und inten-  
28 sivieren.
- 29 Vorbeugung und Information sind auch im Brand- und Katastrophenschutz sowie im Ret-  
30 tungsdienst die besten Grundlagen, um Gefahren gar nicht erst entstehen zu lassen.
- 31 Wir werden deshalb
- 32 • die Brandschutzerziehung in den Kindergärten und Schulen fördern
- 33 • die intensive Kontrolltätigkeit von Gefahrguttransporten beibehalten
- 34 • darauf drängen, dass den zunehmenden Hochwasser- und Sturmgefahren durch ent-  
35 sprechende Bauplanungs- und Baumaßnahmen entschieden begegnet wird.
- 36

## 2. Leistungsstark. Sicher. Konsequent.

### *Justiz und Justizvollzug*

#### Leistungsfähige Justiz

Eine leistungsfähige und unabhängige Justiz ist das Rückgrat unseres Rechtsstaats. Sie dient der Herstellung des Rechtsfriedens. Dabei leistet sie umfassende Rechtsgewährung für die Bürger in ihren zivilen Belangen wie in ihren Ansprüchen auf Überprüfung staatlichen Handelns. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass die Bürger in Hessen so schnell wie möglich zu ihrem Recht kommen und werden dafür die Hessische Justiz bei den Verfahrenslaufzeiten zu einem Spitzenplatz führen. Die Justiz sorgt aber auch für eine rechtsstaatliche Durchsetzung von Sicherheit und Ordnung.

Wir werden im Interesse der Freiheit und Gerechtigkeit in unserem Land

- auch in Zukunft eine sachgerechte und moderne Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie die Bereitstellung der erforderlichen Personalmittel gewährleisten
- für kürzere Verfahrenslaufzeiten im Strafrecht sorgen. Strafen sind umso wirkungsvoller, je schneller sie der Tat folgen - das beschleunigte Verfahren wird daher in Hessen auch in Zukunft einen hohen Stellenwert haben
- Die enge Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaften und Polizei in organisatorischer, räumlicher und technischer Hinsicht weiter ausbauen
- die Eingreifreserve bei der Generalstaatsanwaltschaft intensiv nutzen - wir haben diese Einheit immer weiter ausgebaut, so dass sie inzwischen eine schnelle und intensive Bearbeitung von Großverfahren aus dem Bereich des Wirtschaftsstrafrechts, insbesondere der Korruption, und der organisierten Kriminalität hessenweit und unbürokratisch garantiert
- die Möglichkeit der Konzentration aller Wirtschaftsstrafverfahren in Hessen an einem Landgericht prüfen.

#### Sicherer Strafvollzug

Wir werden auch in Zukunft dafür Sorge tragen, dass die Bevölkerung durch eine sichere Unterbringung der Gefangenen geschützt wird. Die neuen Gestaltungsspielräume für die Landesgesetzgebung werden wir konsequent nutzen und dabei auf den Erfolgen im hessischen Justizvollzug seit 1999 aufbauen.

Wir werden

- ein Erwachsenenstrafvollzugsgesetz schaffen, das einen sicheren, konsequenten Strafvollzug gewährleistet und Rückfälle vermeidet - während nach dem bislang geltenden Strafvollzugsgesetz die Resozialisierung alleiniges Vollzugsziel ist, werden wir die Sicherheit der Allgemeinheit und die Resozialisierung auf eine Stufe stellen
- bei der Ausgestaltung der Haft den Sühnecharakter von Strafe berücksichtigen - Vollzugslockerungen dürfen nicht Selbstzweck sein, sondern müssen streng an den Zielen der Sicherheit, der Resozialisierung und Reintegration in die Gesellschaft ausgerichtet werden

- 1 • auch die Kriterien für den Freizeitbereich diesen Zielen unterordnen und Aktivitäten,  
2 die allein der Unterhaltung dienen, zurückdrängen - hierzu gehört auch der Einsatz  
3 von DVDs und Computerspielen
- 4 • die Behandlungsangebote des Vollzugs auf diejenigen Gefangenen konzentrieren,  
5 die bereit sind, an dem Ziel der Vermeidung von Rückfällen mitzuwirken
- 6 • die Zahl der Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze für Gefangene in unseren Justiz-  
7 vollzugsanstalten weiter erhöhen, weil die Arbeit ein besonders Erfolg versprechen-  
8 des Mittel ist, erneute Straftaten nach der Haftentlassung zu verhindern
- 9 • die konsequente Bekämpfung von Drogen in den Vollzugsanstalten fortführen - dazu  
10 gehören regelmäßige Urinkontrollen ebenso wie der verstärkte Einsatz von Drogen-  
11 spürhunden sowie die harte und konsequente Sanktionierung von Drogenkonsum  
12 einschließlich des Ausschlusses vorzeitiger Haftentlassung in solchen Fällen
- 13 • zur Sicherheit der Anstalten weiterhin unangekündigte Razzien durchführen
- 14 • die rechtlichen und technischen Voraussetzungen für ein System der Handy-  
15 Unterdrückung in den Anstalten schaffen
- 16 • zur Verbesserung des Übergangs von der Haft in die Freiheit die Zusammenarbeit  
17 der Beteiligten innerhalb und außerhalb des Vollzugs verbessern
- 18 • die positiven Erfahrungen mit der Elektronischen Fußfessel auch in dieser Phase  
19 nutzbar machen, um die Gefangenen besser auf ein strukturiertes Leben in Freiheit  
20 vorzubereiten.

21 Ein moderner Strafvollzug setzt eine angemessene Personalausstattung und eine ausrei-  
22 chende Anzahl von Haftplätzen voraus. Beides werden wir gewährleisten.

23 Die deutschlandweit erste teilprivatisierte Justizvollzugsanstalt in Hünfeld arbeitet effi-  
24 zient und wirtschaftlich. Wir werden daher eine Übertragung des Modells auf weitere hes-  
25 sische Strafvollzugsanstalten auf der Grundlage der gewonnenen Erfahrungen prüfen.

## 26 **Jugendkriminalität konsequent bekämpfen**

27 Die Bekämpfung der Jugendkriminalität bleibt ein Schwerpunkt unserer Politik. Der  
28 deutschlandweite Anstieg an Gewaltkriminalität bei jungen Menschen macht ein frühzei-  
29 tiges konsequentes Einschreiten erforderlich. Es ist unser Ziel, sowohl den Schutz der All-  
30 gemeinheit vor jugendlichen Straftätern zu sichern als auch die Rückfallquote, die zurzeit  
31 bundesweit bei 78 Prozent liegt, deutlich zu senken.

32 Wir fordern daher

- 33 • die grundsätzliche Anwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Volljährigen unter 21  
34 Jahren
- 35 • die Schaffung eines „Warnschussarrestes“ - den Jugendgerichten soll dadurch die  
36 Möglichkeit eröffnet werden, neben einer Bewährungsstrafe auch eine kurze Frei-  
37 heitsstrafe zu verhängen, um jugendlichen Straftätern die Folgen fortgesetzter Straf-  
38 fälligkeit plastisch vor Augen zu führen.

39 Wir wollen die Chancen der Erziehung von Gefangenen im Jugendstrafvollzug durch ein  
40 konsequentes Programm des Förderns und Forderns auf der Basis des neuen hessischen  
41 Jugendstrafvollzugsgesetzes intensiv nutzen.

42

1 Dazu werden wir

- 2 • die jungen Gefangenen vom ersten Tag ihrer Haft an intensiv betreuen und mit schu-
- 3 lischen, pädagogischen und psychologischen Maßnahmen auf sie einwirken
- 4 • Gefangene, die als Gewalttäter in Erscheinung getreten sind, zur Teilnahme an ei-
- 5 nem Anti-Aggressivitäts-Training verpflichten
- 6 • einen Schwerpunkt der Erziehungsarbeit auf die Vermittlung der Werte unseres
- 7 Staates legen
- 8 • das Einüben von sozialem Verhalten durch die Unterbringung in Wohngruppen för-
- 9 dern
- 10 • die Gefangenen nachts grundsätzlich in Einzelzellen unterbringen, um Gewalttaten
- 11 innerhalb des Vollzugs vorzubeugen
- 12 • Drogentests auch im Jugendvollzug konsequent durchführen
- 13 • ehemalige Gefangene auch in der Zeit nach der Entlassung intensiv betreuen
- 14 • durch den Einsatz der elektronischen Fußfessel die Gefangenen auf ein geordnetes
- 15 Leben in Freiheit vorbereiten.

16 Bei minderschweren Delikten Jugendlicher werden wir weiter solche alternative Sanktions-

17 formen wie das Projekt „Teen Court“ fortsetzen und ausweiten. „Teen Courts“ sind krimi-

18 nalpädagogische Jugendprojekte, bei denen ein Schülergremium erzieherische Maßnah-

19 men gegen jugendliche Straftäter aussprechen kann. Im Mittelpunkt steht dabei die Ein-

20 sicht in das Unrecht der Tat. Akzeptiert der jugendliche Straftäter den „Richterspruch“, ist

21 der Fall damit abgeschlossen.

## 22 **Opferschutz geht vor Täterschutz**

23 Unser besonderes Augenmerk gilt den Opfern von Straftaten.

24 Wir wollen

- 25 • dass eine Verständigung im Strafverfahren vor Gericht nur abgeschlossen werden
- 26 darf, wenn die Interessen auch der Nebenklage deutlich berücksichtigt wurden - Pro-
- 27 zessökonomie darf sich niemals zu Lasten der berechtigten Opferinteressen auswir-
- 28 ken
- 29 • durch ein flächendeckendes Angebot an Opferhilfeeinrichtungen die intensive
- 30 Betreuung von Opfern sicherstellen
- 31 • über den bereits bestehenden Fond zur Entschädigung der Opfer von Strafgefange-
- 32 nen hinaus einen Fond schaffen, aus dem Opfer von Gewaltdelikten finanzielle Hilfe
- 33 erhalten können
- 34 • den Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tätern ausbauen. Die deutsch-landweit
- 35 registrierten Rückfalltaten von Gewalt- und Sexualstraftätern zeigen, dass die Vor-
- 36 aussetzungen für Entlassungen aus der Haft deutlich verschärft werden müssen
- 37 • uns im Bund dafür einsetzen, dass die Möglichkeiten einer vorzeitigen Haftentlas-
- 38 sung bei Delikten mit einer besonders hohen Rückfallgefahr erschwert werden
- 39 • die Anforderungen an die Prognose zur Rückfallgefahr verschärfen, indem wir immer
- 40 zwei unabhängige Sachverständige zu dieser Frage bei Gewalt- und Sexualverbre-
- 41 chern einsetzen

- 1 • die Kontrolle von gefährlichen Tätern auch nach der Entlassung aus der Haft intensi-  
2 vieren. Dazu gehört insbesondere die flächendeckende Ausweitung des positiv ver-  
3 laufenen Modellprojekts zur konzentrierten Führungsaufsicht - hierdurch wird eine  
4 wirkungsvolle Überwachung auch in der Zeit nach der Haft ermöglicht
- 5 • den Schutz von Kindern und Frauen vor Straftaten weiter als Schwerpunkt behandeln  
6 und die Bekämpfung häuslicher Gewalt mit hoher Priorität verfolgen. Dazu wird die  
7 Landeskoordinierungsstelle zur Bekämpfung häuslicher Gewalt alle Aktivitäten auf  
8 diesem Gebiet bündeln und im Dialog mit allen Beteiligten Maßnahmen für eine ef-  
9 fektive Bekämpfung häuslicher Gewalt entwickeln und umsetzen - Sonderdezernate  
10 bei den größeren hessischen Staatsanwaltschaften gewährleisten ein konsequentes  
11 und frühzeitiges Einschreiten der Strafverfolgungsbehörden
- 12 • durch Sonderdezernate für eine konsequente Verfolgung des so genannten  
13 „Stalking“ Sorge tragen, das auf hessische Initiative hin unter Strafe gestellt wurde.

## 1 **V. Für einen schlanken und bürgernahen Staat**

### 2 **1. Weniger Bürokratie – schnellere Entscheidungen**

3 Die zunehmende Verrechtlichung unserer Lebensbeziehungen ist eine Herausforderung  
4 für Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung. Wir lehnen einen Staat ab, der alle  
5 Lebensbereiche der Menschen reglementiert. Wir wenden uns gegen die Überbürokratisie-  
6 rung der Verwaltung und die Überregulierung durch Gesetze und Verordnungen. Der Ge-  
7 setzgeber muss die Notwendigkeit jeder Vorschrift prüfen und belegen. Es gilt der Grund-  
8 satz: Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu erlassen, dann ist es notwendig, kein Ge-  
9 setz zu erlassen.

10 In Weiterführung unserer erfolgreichen Entbürokratisierungsmaßnahmen werden wir

- 11 • dafür sorgen, dass es im Jahr 2013 in Hessen keine Verwaltungsvorschrift gibt, die im  
12 Vergleich zu anderen Bundesländern zu einem höheren Verwaltungsaufwand oder  
13 einem erschwerten und/oder längeren Verfahren führt
- 14 • die Statistikpflichten überprüfen und um mindestens 20 Prozent zurückfahren
- 15 • prüfen, ob Daten so verknüpft werden können, dass verhindert werden kann, dass  
16 gleiche Daten mehrfach geliefert werden müssen oder Kontrollen in Betrieben mehr-  
17 fach stattfinden (Bsp.: Arbeitsschutz, Umweltschutz)
- 18 • die Online - Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürger weiterentwickeln. Der  
19 Bürger soll immer mehr Behördenangelegenheiten über das Internet erledigen kön-  
20 nen - die ressortübergreifende Bündelung und Standardisierung muss unter Berück-  
21 sichtigung der notwendigen Organisationsanpassung konsequent fortgesetzt wer-  
22 den, um Synergieeffekte nutzbar zu machen
- 23 • prüfen, ob das Standard-Kosten-Modell auf Landesebene dergestalt angewandt wer-  
24 den kann, dass der Bürger schon am
- 25 • Anfang des Gesetzgebungsverfahrens weiß, welche Kosten durch das Gesetz auf ihn  
26 zukommen können
- 27 • die Neue Verwaltungssteuerung weiter optimieren (Produkthaushalt, Bilanzerstel-  
28 lung, Zielsysteme) und das effiziente und effektive Controlling weiterentwickeln
- 29 • „Best Practice“-Projekte zielgruppenorientiert in verschiedenen Bereichen installie-  
30 ren, um Erleichterungen im bürokratischen Aufwand zu schaffen
- 31 • die erfolgreiche Entbürokratisierungsoffensive für die Bereiche Landwirtschaft,  
32 Forstwirtschaft, Weinbau und Veterinärwesen fortführen und uns im Rahmen unse-  
33 rer Möglichkeiten dafür einsetzen, dass überzogene Reglementierungen und Doku-  
34 mentationspflichten entfallen und nur dringend notwendige Vorschriften beibehal-  
35 ten werde - hierzu zählt ebenfalls, dass die EU-Flächenstilllegung abgeschafft wird,  
36 da sich die Rahmenbedingungen seit ihrer Einführung grundlegend geändert haben
- 37 • uns bei der Umsetzung von EU-Vorgaben dafür einsetzen, dass diese 1:1 erfolgt –  
38 nicht weniger, aber auch nicht mehr.

39 Die überlangen Planungs- und Genehmigungszeiten müssen ein Ende haben. Die hessische  
40 Initiative für das neue bundesweite Planungsbeschleunigungsgesetz ist ein wichtiger Er-  
41 folg.

42

1 Wir werden deshalb auch

- 2 • alle landesplanerischen Planungs- und Genehmigungsprozesse auf den Prüfstand
- 3 stellen und
- 4 • auch auf dem Gebiet des Landesrechts ein Planungsbeschleunigungsgesetz verab-
- 5 schieden.

## 6 **Leistungsfähig. Attraktiv. Bürgernah.**

### 7 ***Für einen modernen Öffentlichen Dienst***

8 Ein leistungsfähiger, attraktiver und bürgerfreundlicher Öffentlicher Dienst ist Garant ei-

9 nes geordneten und erfolgreichen Staatswesens.

10 Nachdem durch die Föderalismusreform den Ländern weitgehende Kompetenzen im Be-

11 amtenrecht übertragen wurden, ist es jetzt Aufgabe der Länder, durch eigene Regelungen

12 den Öffentlichen Dienst auf die Herausforderungen der Zukunft auszurichten.

13 Wir wollen deshalb

- 14 • in den Bereichen der Besoldung, der Versorgung und des Laufbahnrechts neue, fle-
- 15 xible und zukunftsweisende Lösungen erarbeiten
- 16 • durch leistungsorientierte Besoldung stärker die konkrete Aufgabenwahrnehmung
- 17 zur Grundlage der Bezahlung machen
- 18 • durch Trennung der „Altersversorgungssysteme“ für die Beamten die Möglichkeit
- 19 eröffnen, auch andere Tätigkeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes wahrzuneh-
- 20 men, ohne automatisch ihre Versorgung zu verlieren
- 21 • das Laufbahnrecht so verändern, dass einerseits die notwendige Sachkunde gewähr-
- 22 leistet, andererseits die Flexibilität für einen Laufbahnwechsel eröffnet wird.

23 Wir streben an, diesen Veränderungsprozess gemeinsam mit den Gewerkschaften und

24 Berufsvertretungen zu gestalten.

25 Die Tarifbeschäftigten leisten ebenfalls einen unverzichtbaren Beitrag für einen leistungs-

26 fähigen und bürgerfreundlichen Öffentlichen Dienst. Auch für diesen Teil des Öffentlichen

27 Dienstes streben wir attraktive und zukunftsfähige Dienstverhältnisse an. Wir wollen des-

28 halb mit den Tarifpartnern eigenständige Regelungen vereinbaren, die diesem Ziel ent-

29 sprechen.

## 30 **Bürgerfreundlich und modern**

### 31 ***Informationstechnologie in der Verwaltung***

32 Hessen hat im E-Government und in der Verwaltungsinformatik eine Spitzenstellung er-

33 reicht und gilt national wie international als Vorreiter auf diesem Gebiet. Diese Position

34 wollen wir ausbauen.

35 Wir werden dazu

- 36 • die deutschlandweite Behördenrufnummer 115 einführen und damit den Bürgern ei-
- 37 nen einfachen Zugang zur öffentlichen Verwaltung anbieten
- 38 • unsere erfolgreichen E-Government-Projekte konsolidieren

- 1 • alle Dienstleistungen der Landesverwaltung für die Wirtschaft online über das Hes-
- 2 senportal anbieten
- 3 • die Kooperation zwischen IT-Dienstleistern und Kommunen ausbauen, um Kosten zu
- 4 senken und Standardisierungen voranzutreiben.

5 Die starke Stellung Hessens im E-Government werden wir nutzen, um die Verwaltungs-

6 modernisierung in Deutschland und Europa voranzutreiben.

7 Wir werden daher

- 8 • uns weiterhin mit Nachdruck in der Initiative „Deutschland online“ engagieren
- 9 • unser Engagement bei der bundesweiten Standardisierung des Steuerverfahrens im
- 10 Bund-Länder-Projekt KONSENS intensivieren
- 11 • unsere Spitzenstellung in der polizeilichen Informatik durch Ausbau des IPOL-
- 12 POLAS-Kompetenz-Zentrums und weitere Kooperationen festigen
- 13 • strategische Kooperationen mit anderen Bundesländern und europäischen Regionen
- 14 suchen, um Kosten zu senken und Standardisierungen voranzutreiben
- 15 • gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft interdisziplinäre Forschung und Ent-
- 16 wicklung auf dem Gebiet der Verwaltungsinformatik fördern.

## 17 **Wirtschaftlich. Effizient. Transparent.**

### 18 ***Neue Verwaltungssteuerung für Hessen***

19 Mit der Neuen Verwaltungssteuerung geht das Land Hessen neue Wege im öffentlichen

20 Rechnungswesen. Durch die Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente

21 und den Einsatz hochentwickelter Software wird Hessens Verwaltung immer effizienter.

22 Wir werden sie auf allen Ebenen zu einem modernen Dienstleister für unsere Bürger aus-

23 bauen. Wir werden uns dafür einsetzen, die überkommene kamerale Haushaltswirtschaft

24 in den kommenden Jahren vollständig durch eine an Transparenz, Wirtschaftlichkeit und

25 Effizienz orientierten Verwaltungssteuerung abzulösen.

26 Ziel ist es, jedes Jahr eine nach den Grundsätzen des Handels- und Gesellschaftsrechts

27 erstellte und testierte Bilanz vorzulegen, die sowohl über Mittelherkunft und -verwendung

28 als auch über den Vermögensstatus des Landes Hessen Auskunft gibt. Nach der bereits

29 vollzogenen flächendeckenden Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung sowie der

30 Umstellung auf einen Produkthaushalt wollen wir die Modernisierung unserer Verwaltung

31 auch durch die Einrichtung dezentraler Verantwortlichkeiten und individueller Anreizsys-

32 teme für die Mitarbeiter unterstützen und insgesamt zu mehr Wirtschaftlichkeit innerhalb

33 der Landesverwaltung führen.

## 34 **Modernisieren. Vereinfachen. Verfahren straffen.**

### 35 ***Gutes und schnelles Recht für alle***

36 Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass die Bürger in Hessen so schnell wie möglich

37 zu ihrem Recht kommen. Es ist unser Ziel, dass die hessische Justiz bei den Verfahrenslauf-

38 zeiten einen Spitzenplatz in Deutschland einnimmt.

39

1 Dazu werden wir

- 2 • die Leistungsfähigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften durch Vergleiche in-  
3 nerhalb der hessischen Justiz und über die Landesgrenzen hinaus transparent ma-  
4 chen
- 5 • bundesweite Initiativen prüfen, die eine schnellere gerichtliche Entscheidung durch  
6 eine Optimierung des Verfahrensrechtes hinsichtlich der Terminierung und Durch-  
7 führung von Verhandlungen ermöglichen
- 8 • durch Einsatz von Proberichtern in einer richterlichen Task Force die flexible Unter-  
9 stützung von Gerichten bei einem kurzfristigen Ausfall von Richtern sicherstellen
- 10 • den Austausch von Richtern und Staatsanwälten im Sinne einer gezielten Personal-  
11 entwicklung intensivieren
- 12 • eine Fortbildungspflicht für Richter einführen.

13 Wir werden den Weg der Modernisierung der Justiz konsequent weiter beschreiten. Die  
14 hessische Justiz wird auch in Zukunft mit modernster EDV ausgestattet sein. Die elektroni-  
15 sche Bearbeitung von Justizverfahren („e-justice“) führt hierbei zur Beschleunigung und  
16 Vereinfachung der Verfahrensabläufe.

17 Daher werden wir

- 18 • den elektronischen Rechtsverkehr konsequent ausbauen - dort, wo sinnvoll und  
19 rechtlich möglich, soll die elektronische Akte und Verfahrensbearbeitung das bishe-  
20 rige System ersetzen
- 21 • die Online-Dienste der Justiz erweitern und zum Beispiel die elektronische Antrags-  
22 stellung und Zustellung sowie Online-Auktionen ermöglichen
- 23 • in Zukunft die baulichen Voraussetzungen für eine bürgerfreundliche und moderne  
24 Justiz schaffen, die auch durch örtliche Konzentration von Justizbehörden Synergien  
25 nutzt
- 26 • Aufgaben privatisieren, die effektiver in privater Form erledigt werden - so werden  
27 wir uns für eine Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens einsetzen, damit Gläu-  
28 biger ihre Ansprüche schneller durchsetzen können
- 29 • familiengerichtliche Verfahren verbessern und beschleunigen, indem Möglichkeiten  
30 der Streitbelegung im Konsens außerhalb des eigentlichen Verfahrens ausgebaut  
31 werden
- 32 • uns für einen gerechten Belastungsausgleich zwischen den verschiedenen Gerichts-  
33 barkeiten einsetzen - die Verwaltungsgerichte sollen durch neue Zuständigkeiten,  
34 zum Beispiel im Amtshaftungsrecht, gestärkt werden.

35 Wir werden uns für eine Entbürokratisierung von Justizverfahren stark machen. Dazu ge-  
36 hört zunächst die Schaffung von Verfahrensordnungen, die für die Beteiligten verständlich  
37 sind.

38 Wir werden uns daher einsetzen für

- 39 • eine Zusammenführung der für jeden einzelnen Gerichtszweig unterschiedlichen  
40 Verfahrensordnungen
- 41 • eine Straffung der Rechtsmittel, damit gegen eine gerichtliche Entscheidung grund-  
42 sätzlich nur ein Rechtsmittel möglich ist - zu lange Instanzenzüge missachten das be-  
43 rechtigte Interesse an einer zügigen Wiederherstellung des Rechtsfriedens

- 1 • eine schnellere und einfachere Gründung von Gesellschaften und einen Verzicht auf  
2 überflüssige Eintragungsvoraussetzungen. Dabei werden wir jedoch in jedem Fall  
3 den Schutz von Ansprüchen der Gläubiger wie Handwerkern und Selbständigen ge-  
4 gen die Gesellschaften und die Gesellschafter gewährleisten - so kann die Justiz ei-  
5 nen wichtigen Beitrag zur Förderung des Wirtschaftsstandortes leisten
- 6 • eine rechtliche Erleichterung bei der Gründung von Vereinen.

## 7 **Privatisieren und kooperieren** 8 ***Weniger Staat bedeutet mehr Freiheit.***

9 Der Staat muss sich überall dort zurückhalten, wo Private Aufgaben ebenso gut oder bes-  
10 ser erfüllen können wie staatliche Stellen. Die bisherige erfolgreiche Kooperation zwischen  
11 öffentlicher Hand und privater Wirtschaft bei Planungs-, Bau-, Finanzierungs-, Betriebs-  
12 und Verwertungsleistungen in Form von PPP-Projekten wollen wir daher fortsetzen und  
13 weiter ausbauen. Damit wollen wir den Grundsatz „künftig mieten statt selbst zu bauen“  
14 im staatlichen Hochbau konsequent umsetzen.

15 Die Arbeit des 2005 im Finanzministerium eingerichteten PPP-Kompetenzzentrums wird  
16 neben der bisherigen Optimierung landeseigener PPP-Projekte künftig auf die umfassende  
17 Unterstützung der hessischen Kommunen erweitert, um diese in die Lage zu versetzen,  
18 auch kleinere PPP-Projekte erfolgreich abzuwickeln. Die Standardisierung von Verträgen,  
19 Fragen des Vergaberechts, die faire Verteilung der Risiken auf Vermieter und Mieter sowie  
20 die Prüfung von Finanzierungsmodellen sind dabei wichtige Aspekte, die im Zuge einer  
21 partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Kommunen berücksichtigt werden müssen.

22 Wir begreifen PPP zudem als eine Chance für den heimischen Mittelstand und werden prü-  
23 fen, welche Maßnahmen notwendig sind, um auch mittelständischen Unternehmen eine  
24 faire Chance einzuräumen, in PPP-Projekten als leistungsfähiger Marktteilnehmer zu agie-  
25 ren. Darüber hinaus werden wir prüfen, ob PPP neben dem staatlichen Hochbau auch in  
26 anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung zur Anwendung kommen kann.

27 Die Konzentration der Landesverwaltung auf ihre Kernaufgaben wollen wir auch künftig  
28 konsequent fortführen.

29 Wir werden daher

- 30 • die systematische Überprüfung aller Bereiche der Landesverwaltung auf Privatisie-  
31 rungspotenziale auch in der neuen Legislaturperiode intensiv fortsetzen
- 32 • bei den Beteiligungen des Landes Hessen im Einzelfall überprüfen, ob eine Fortset-  
33 zung weiterhin im Interesse des Landes liegt, oder ob ein privates Unternehmen die  
34 gleiche Leistung erbringen kann
- 35 • an der strategischen Beteiligung am Frankfurter Flughafen auch nach 2011 festhal-  
36 ten.

37

## 1 **VI. Solide Finanzpolitik**

### 2 **Aus Verantwortung für künftige Generationen**

3 Hessens Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwirtschaften das höchste Pro-Kopf-  
4 Einkommen aller deutschen Flächenländer. Das wirkt sich auch in den Staatseinnahmen  
5 aus. Dennoch werden auch die kommenden Jahre finanziell anstrengend bleiben. Sie wer-  
6 den geprägt sein durch Sparen und Schuldenabbau.

7 Dabei können wir auf eine Haushaltswirtschaft nach modernsten betriebswirtschaftlichen  
8 Methoden aufbauen. In den vergangenen Jahren wurde die Ausgabeplanung der jeweiligen  
9 Haushalte trotz des Milliardenvolumens mit großer Genauigkeit verwirklicht. Diese zuvor  
10 nicht gekannte Präzision ermöglicht uns, Einsparpotentiale genau zu beschreiben und rea-  
11 listische Planungen für neue Projekte vorzunehmen. Auf dieser Basis werden wir auch in  
12 Zukunft knapp kalkulierte Haushalte zielorientiert verwirklichen. Darüber hinaus haben  
13 wir mit einem bundesweit einzigartigen Personalvermittlungssystem bewiesen, dass wir  
14 ohne Kündigungen rund 7.000 Personalstellen abbauen können. Damit werden Freiräume  
15 geschaffen, um Haushaltskonsolidierung und zusätzliche Ausgaben für Bildung miteinander  
16 zu vereinbaren. Diese Erfahrungen wollen wir auch in Zukunft nutzen.

### 17 **1. Neuverschuldung beenden**

18 Ein ausgeglichener Haushalt ohne Neuverschuldung ist kein Selbstzweck. Er steht viel-  
19 mehr in erster Linie im Zeichen der Generationengerechtigkeit. Jeder Euro, mit dem wir  
20 mehr in die Verschuldung gehen, erhöht die Zinslast für die nachfolgenden Generationen.  
21 Mit steigender Zinslast schränken sich aber die Spielräume im Haushalt -zum Beispiel für  
22 Investitionen in Infrastruktur, Bildung oder Innere Sicherheit- weiter ein. Hessen hat als  
23 wohlhabendes Land unter rot-grüner Mehrheit trotz guter Steuereinnahmen nicht spar-  
24 sam gewirtschaftet und damit im Gegensatz zu Ländern wie Bayern oder Baden-  
25 Württemberg eine Hypothek angehäuft, die in den zurückliegenden Jahren der Finanzkrise  
26 besonders schwer gedrückt hat. Heute belegt Hessen mit seiner erfolgreichen Konsolidie-  
27 rungspolitik einen Spitzenplatz bei der Senkung der Neuverschuldung. Um dies zu errei-  
28 chen, waren im Rahmen der „Operation sichere Zukunft“ harte Einschnitte, eine klare Prio-  
29 ritätensetzung und die Schaffung schlanker Strukturen notwendig. Uns ist bewusst, dass  
30 insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen erheblichen Beitrag zu unserer  
31 erfolgreichen Finanzpolitik geleistet haben.

32 Wir empfinden es als unsere wichtigste politische Verantwortung, die kommende Genera-  
33 tion aus der Schuldenspirale zu befreien. Jede politische Entscheidung muss sich vor die-  
34 sem Grundsatz rechtfertigen. Auch unsere Vorhaben für die nächste Legislaturperiode  
35 unterliegen dem Grundsatz, dass die geplanten Konsolidierungsziele eingehalten werden.  
36 Alle neuen finanziellen Festlegungen stehen deshalb ausdrücklich unter dem Vorbehalt,  
37 dass sie mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung vereinbar sind. Die Erfolge bei der Ver-  
38 besserung der Wirtschaftskraft in ganz Deutschland geben uns, wenn sie wie erhofft an-  
39 halten, die Chance, sowohl die Beendigung der Neuverschuldung als auch die weitere Ver-  
40 besserung der Leistungen für Bildung und Sicherheit zu bewirken.

41

1 In der nächsten Legislaturperiode werden wir

- 2 • bis zum Anfang des kommenden Jahrzehntes die Nettoneuverschuldung Hessens  
3 beenden - sollte die wirtschaftliche Entwicklung weiter so erfolgreich sein wie ge-  
4 genwärtig und die erdrückende Belastung des Länderfinanzausgleichs nicht noch  
5 mehr steigen, kann das Ende der Nettoneuverschuldung schon früher erreicht wer-  
6 den
- 7 • weiterhin alle Einsparpotentiale nutzen. Verwaltungsmodernisierung und Aufgaben-  
8 überprüfung eröffnen auch in den kommenden Jahren zusätzliche Chancen der  
9 Haushaltskonsolidierung. Dabei wissen wir, dass in den vergangenen Jahren die Be-  
10 lastungen der einzelnen Mitarbeiter beträchtlich erhöht wurden. Wir sind stolz auf  
11 die Leistungsfähigkeit der Hessischen Bediensteten, wir wissen aber auch, dass hier  
12 eine Grenze erreicht ist - der weiterhin notwendige Personalabbau muss durch den  
13 Wegfall von Aufgaben oder die Verkürzung und Vereinfachung von Verwaltungsvor-  
14 gängen ermöglicht werden
- 15 • auch in Zukunft geeignete Aufgaben an Private übertragen oder Einrichtungen ge-  
16 meinsam mit Privaten bauen und betreiben - Hessen will Vorreiter bei PPP-Projekten  
17 bleiben und mittelständische Unternehmen möglichst daran beteiligen
- 18 • im Interesse der nächsten Generation weiter in Bildung und Sicherheit investieren.  
19 Wir wollen im Laufe der Legislaturperiode aufwachsend für beide Bereiche insge-  
20 samt rund 3.000 zusätzliche Personalstellen schaffen, wobei dafür etwa 500 auf den  
21 Bereich der Sicherheit entfallen. Diese Stellen sollen überwiegend durch den Wegfall  
22 von Stellen in anderen Bereichen finanziert werden - soweit für die Stellen zusätzli-  
23 che dauerhafte Mittel notwendig sind, stehen sie unter dem allgemeinen Finanzie-  
24 rungsvorbehalt
- 25 • mit den Kommunen auf der Basis des Konnexitätsprinzips zusammenarbeiten. Dabei  
26 wollen wir den Anteil der Kommunen am Gesamtsteueraufkommen des Landes auf  
27 einem hohen Niveau erhalten. Beim Kommunalen Finanzausgleich setzen wir auf ei-  
28 nen möglichst hohen Anteil ungebundener Mittel im Interesse der kommunalen  
29 Selbstverwaltung.

## 30 **2. Subventionsabbau – Förderprogramme auf den Prüfstand**

31 Die Förderprogramme des Landes bleiben auf dem Prüfstand. Ziel ist die weitere Bündelung,  
32 Straffung und Vereinfachung von Fördermaßnahmen, damit die Haushaltsmittel so  
33 zielgenau wie möglich zum Einsatz kommen. Wir werden besonders darauf achten, dass  
34 die mit den Förderprogrammen angestrebten Ziele auch tatsächlich erreicht werden und  
35 die beabsichtigten Wirkungen in der Praxis eintreten. Bei den Förderprogrammen sind  
36 Zuschüsse vorrangig durch zinsgünstige Darlehen zu ersetzen.

37

38

39

40

### 1 **3. Vorsorge für die Versorgungslasten der Landesbeamten**

2 Bedingt durch die steigende Zahl und die deutlich höhere Lebenserwartung der Versor-  
3 gungsempfänger im Öffentlichen Dienst werden die Versorgungslasten weiter ansteigen.  
4 Die öffentlichen Haushalte treffen hierfür bereits Vorkehrungen. Hessen hat hier seit eini-  
5 gen Jahren eine Vorreiterrolle in Deutschland. Wir wollen Hessens führende Position bei  
6 der Kapitaldeckung der Beamtenversorgung weiter ausbauen. Dabei ist es unser Ziel, bis  
7 zum Ende der Wahlperiode für neu eingestellte Beamte auskömmliche Rücklagen zu bil-  
8 den, die in einer mit den Rentenversicherungsbeiträgen bei den übrigen Arbeitnehmern  
9 vergleichbaren Kontinuität Vorsorge für die Pensionsansprüche schaffen.

### 10 **4. Länderfinanzausgleich reformieren**

11 Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung des Finanzausgleichs zwi-  
12 schen den Bundesländern sind die größten Risiken der zukünftigen Haushaltsentwicklung.  
13 Jeder hessische Bürger zahlte in 2006 doppelt so viel in den Ausgleichstopf wie irgendein  
14 Bürger in einem anderen Flächenland. Mit Ausnahme Hamburgs ist nur noch der starke  
15 Süden - Hessen, Bayern, Baden-Württemberg - stabiler Finanzier des Ausgleichs; 11 Länder  
16 sind schon seit langem nur noch Empfänger von Zahlungen. Der gegenwärtigen Finanzver-  
17 fassung unseres Bundesstaates fehlt es an Anreizen, die steuerliche Basis in den Ländern  
18 grundlegend zu verbessern. Die Frage einer vermeintlichen Verteilungsgerechtigkeit spielt  
19 im gegenwärtigen System eine wesentlich größere Rolle als die Frage der dynamischen  
20 Anreize zur Ausweitung der Wirtschaftskraft und der damit verbundenen Verbesserung  
21 der Finanzkraft der Länder.

22 Hessen wird im Zeitraum von 1999 bis 2007 9,8 Milliarden Euro Kreditmittel aufgenom-  
23 men, aber über 19,4 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich eingezahlt haben. Dies  
24 bedeutet: Hessen müsste ohne die LFA-Zahlungen keine Kredite aufnehmen und könnte  
25 sogar Schulden abbauen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Hessen wie kaum ein anderes Bun-  
26 desland an jeder noch gerade vertretbaren Stelle rigoros spart, damit andere Länder sich  
27 höhere Standards leisten können.

28 In diesem Zusammenhang werden wir uns für die Festlegung einer bundeseinheitlichen  
29 Höchstgrenze für die Neuverschuldung der Länder einsetzen, bei der sowohl die Investiti-  
30 onen als auch die Wirtschaftskraft der Länder einbezogen wird.

31 Zentrale Anliegen einer Reform des Länderfinanzausgleichs müssen deshalb Leistungsan-  
32 reize zur Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft und vergleichbare Rahmenbedingun-  
33 gen in den Ländern sein. Stärkerer föderaler Wettbewerb zwischen den Ländern muss un-  
34 ter angemessenen und fairen Bedingungen ermöglicht werden. Die Länder brauchen eine  
35 höhere Disponibilität ihrer Haushalte. Über höhere Selbstbehalte beim Zuwachs der eige-  
36 nen Wirtschaftskraft muss den Ländern ein höherer Anreiz zur Steigerung ihrer Wirt-  
37 schaftskraft gegeben werden. Seit der letzten Einigung über den Länderfinanzausgleich im  
38 Jahr 2001 haben sich die Rahmenbedingungen erneut zu Lasten Hessens verschlechtert.  
39 Hessen ist an der Grenze der Überforderung. Da es Angesichts der zahlenmäßigen Über-  
40 macht der Empfängerländer keinen Anlass zu der Erwartung einer freiwilligen Verbesse-  
41 rung zu Gunsten Hessens gibt, muss die Notwendigkeit einer erneuten Klage vor dem  
42 Bundesverfassungsgericht ständig geprüft werden.

## 1 **VII. Lebens- und liebenswertes Hessen**

### 2 **1. Umwelt erhalten. Natur bewahren. Tiere schützen.** 3 ***Für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Schöpfung***

#### 4 **Umwelt- und Naturschutz**

5 Beim Schutz von Umwelt und Natur ist für uns das Prinzip der Nachhaltigkeit fester Be-  
6 standteil christlich-demokratischer Politik. Ziel verantwortlichen Handelns ist es, unseren  
7 Kindern und Enkeln eine lebenswerte Welt zu bewahren. Zentrale Bedeutung besitzt in  
8 diesem Anspruch der Dreiklang aus wirtschaftlicher Entwicklung, sozialem Wohlstand und  
9 einer intakten Umwelt.

10 Bei einer verantwortungsvollen Umwelt- und Naturschutzpolitik ist der Schutz der natürli-  
11 chen Lebensgrundlagen ein gesamtgesellschaftliches Anliegen von Bürgern, Wirtschaft  
12 und Staat. Wir verfolgen dabei einen partnerschaftlichen Ansatz von „Kooperation statt  
13 Konfrontation“. Wir wollen Natur erfahrbar machen. Damit erreichen wir mehr Verständ-  
14 nis für die gleichrangigen Interessen eines nachhaltigen Natur- und Umweltschutzes sowie  
15 einer zukunftsfähigen Wirtschaftsentwicklung unseres Landes.

16 Nachhaltiger Umweltschutz setzt sich aus vielen Einzelmaßnahmen zusammen. Unsere  
17 Ziele sind insbesondere

- 18 • die Beseitigung kommunaler Altlasten bis zum Jahr 2015
- 19 • die Verringerung von Feinstaubemissionen bei Industrie, Haushalten und Straßen-  
20 verkehr
- 21 • der Einsatz emissionsarmer Fahrzeuge in der Landesverwaltung
- 22 • die Senkung der Lärmbelastung
- 23 • Abfallvermeidung und Wettbewerb im Bereich der Abfallwirtschaft
- 24 • der Schutz vor Hochwasser.

25 Dazu werden wir

- 26 • mit einem Altlastensanierungsprogramm Kommunen gezielt dabei unterstützen, die  
27 Sanierung und umweltgerechte Sicherung problematischer Altdeponien zeitnah um-  
28 zusetzen
- 29 • unseren Weg zur Reduktion der Feinstaubbelastung mit den hessischen Aktionsplä-  
30 nen und der von Hessen initiierten Plakettenverordnung für Kraftfahrzeuge fortset-  
31 zen
- 32 • das erfolgreiche Bio-Ethanolprojekt des Landes am Regierungspräsidium Gießen  
33 fortführen
- 34 • den Einsatz von Biokraftstoffen bei allen Behördenfahrzeugen forcieren
- 35 • bei den turnusmäßig neu zu beschaffenden Fahrzeugen aller Behörden des Landes  
36 schon heute die Stickstoffoxidgrenzwerte der zukünftigen EURO-5 Norm einhalten  
37 und einen Flottendurchschnitt der CO<sub>2</sub>-Emissionen von 130 g/km erreichen
- 38 • auf Basis der Bundesimmissionsschutzverordnung eine Lärmkartierung erarbeiten,  
39 auf deren Grundlage mit Lärmaktionsplänen die Lärmbelastung nachhaltig gesenkt  
40 werden kann

- 1 • Versuche unterstützen, die Sortierung von Verpackungsmüll weiter zu vereinfachen.
- 2 • die Deichsanierung auf hohem Niveau fortführen
- 3 • zur Abmilderung von Hochwasserereignissen die erfolgreichen Renaturierungsmaß-
- 4 nahmen zur Schaffung von natürlichen Überschwemmungsräumen fortsetzen
- 5 • Wasser für Beregnungs- und Bewässerungszwecke sammeln, da infolge des Klima-
- 6 wandels Perioden längerer Trockenheit wahrscheinlicher werden. Dies wird Bestand-
- 7 teil eines nachhaltigen Wassermanagements für Oberflächen- und Grundwasser.

8 Von zentraler Bedeutung hessischer Naturschutzpolitik ist die Umsetzung europäischer  
 9 Vorgaben für Natura 2000. Höchste Anforderungen europäischer Schutzvorschriften, die  
 10 einhergehen mit beachtlichen finanziellen Herausforderungen, werden wir mit einem pro-  
 11 fessionellen Schutzregime beantworten.

12 Wir werden dazu

- 13 • alle Anstrengungen unternehmen, um die europäische FFH-Richtlinie in praxisge-  
 14 rechte und finanzierbare Bahnen zu lenken
- 15 • zur Verfügung stehende Finanzmittel vorrangig für ausgewiesene Schutzgebiete ein-  
 16 setzen
- 17 • Managementpläne zur Pflege der Naturschutzflächen in enger Abstimmung mit  
 18 Land- und Forstwirtschaft erstellen.

19 Mit dem in Hessen erstmals eingeführten Ökopunktehandel im Rahmen von Kompensati-  
 20 onsmaßnahmen haben wir bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen, die es weiter  
 21 auszubauen gilt.

22 Wir werden

- 23 • die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen, um das Flächenmanagement für Eingriff  
 24 und Ausgleich bei staatlichen Projekten in einer Hand zu bündeln
- 25 • mit einem vorausschauenden und integrierten Flächenmanagement verschiedene  
 26 Nutzungsansprüche an den knappen Faktor Boden bei gleichzeitiger Minimierung  
 27 von Landnutzungskonflikten befriedigen
- 28 • im Offenlandbereich diese Aufgaben bei der Hessischen Landgesellschaft bündeln.

## 29 **Wald- und Forstwirtschaft**

30 Knapp 42 Prozent der hessischen Landesfläche sind mit Wald bedeckt. Damit ist der Wald  
 31 nicht nur das größte hessische Biotop, sondern auch ein bedeutender Umweltfaktor. Un-  
 32 sere heimischen Wälder erfüllen eine Vielzahl unterschiedlicher Funktionen: Sie bieten  
 33 Lebensraum für eine Vielzahl einheimischer Tier- und Pflanzenarten. Sie sorgen für frische  
 34 Luft, ein ausgeglichenes Klima, frisches Wasser und verhindern Bodenerosionen. Daneben  
 35 ist der Wald ein hochgeschätztes Refugium für Erholungssuchende. Auch aus ökonomi-  
 36 scher Sicht ist der Wald von besonderer Bedeutung: Holz ist der wichtigste einheimische  
 37 nachwachsende Rohstoff. Seine Erzeugung und Gewinnung ist nicht nur ein wichtiger Bei-  
 38 trag zum Natur- und Umweltschutz, sondern sichert vielen forstlichen Betrieben in Hessen  
 39 Einkommen und Beschäftigung. Forstbetriebe brauchen wegen ihrer langen Wirtschafts-  
 40 zeiträume und der hohen Kapitalbindung bei gleichzeitig geringer Rendite dauerhaft zu-  
 41 verlässige Rahmenbedingungen.

42

43

1 Daher werden wir

- 2 • die Wettbewerbsfähigkeit hessischer Unternehmen der Forst- und Holzwirtschaft
- 3 durch Entwicklung regionaler Clusterstrukturen stärken
- 4 • den nachwachsenden Rohstoff Holz für eine nachhaltig umweltgerechte Entwicklung
- 5 konsequent nutzen
- 6 • Belastungen der Forstbetriebe durch öffentlich-rechtliche Vorschriften abbauen
- 7 • den Naturschutz im Wald vorrangig in Kooperation mit den Grundeigentümern um-
- 8 setzen. Auch zukünftig räumen wir freiwilligen vertraglichen Vereinbarungen Vor-
- 9 rang vor Ordnungsrecht ein - die dafür erforderlichen haushaltsunabhängigen und
- 10 dauerhaften Finanzierungsinstrumente müssen weiter ausgebaut werden
- 11 • die Finanzierung der Kleinprivatwaldbetreuung sicherstellen und forstwirtschaftliche
- 12 Zusammenschlüsse zu wirtschaftlich eigenständig lebensfähigen und stabilen Orga-
- 13 nisationen der Waldbesitzer entwickeln
- 14 • den Landesbetrieb HESSEN FORST als Wirtschaftsbetrieb weiterentwickeln bei
- 15 gleichzeitiger Berücksichtigung nachhaltiger und naturnaher Waldbewirtschaftung.
- 16 Dadurch bleiben die Gemeinwohlfunktionen des Waldes auch künftig in vollem Um-
- 17 fang erhalten.

18 Nachhaltige Forstwirtschaft und wettbewerbsfähige Strukturen in der Waldbewirtschaf-  
19 tung stellen für uns keinen Widerspruch dar. Über alle Eigentumsarten – Staatswald,  
20 Kommunalwald und Privatwald – hinweg haben hessische Forstbesitzer gezeigt, dass sich  
21 Ökonomie, Ökologie und Waldpädagogik nicht ausschließen, sondern einander sinnvoll  
22 ergänzen können.

23 Wir wollen

- 24 • die erfolgreiche Kooperation aller hessischen Forstbesitzer auch künftig im Rahmen
- 25 unserer Möglichkeiten unterstützen
- 26 • mit Waldumbaumaßnahmen, für die sich der Handel mit Öko-Punkten anbietet, na-
- 27 turnahe Waldgesellschaften und Waldbestände schaffen, die an sich ändernde klima-
- 28 tische Bedingungen angepasst sind
- 29 • das „Walderhaltungsprogramm Rhein-Main Gebiet“ fortführen.

## 30 **Tierschutz**

31 Tiere sind unsere Mitgeschöpfe. Der Mensch trägt für ihren Schutz eine besondere Ver-  
32 antwortung.

33 Wir wollen daher

- 34 • das Bewusstsein für den Tierschutz weiter schärfen
- 35 • die bewährte und erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Hessischen Tierschutzbeauf-
- 36 tragten fortsetzen
- 37 • Tierschutz und Tierhaltung enger aufeinander abstimmen - die Tiergesundheit ist
- 38 dabei ein wichtiges Kriterium bei der artgerechten Tierhaltung
- 39 • uns für eine bundesweit einheitliche Regelung für das Schächten in Verbindung mit
- 40 einer geeigneten Betäubungsmethode einsetzen, die sowohl den Tierschutz achtet,
- 41 als auch religiösen Anforderungen gerecht wird

- 1 • uns für eine bundeseinheitliche Regelung zu einer tierschutzgerechten Haltung von  
2 Zirkustieren einsetzen
- 3 • bei der Haltung exotischer Tiere wie Reptilien einen Sachkundenachweis der Halter  
4 einführen.

## 5 **Jagd**

6 Hessische Jäger tragen zur Pflege der Tierpopulationen in unseren Wäldern bei und erfül-  
7 len so eine wichtige Aufgabe innerhalb des Naturschutzes. Für uns stellt das untrennbar  
8 mit dem Eigentum an Grund und Boden verbundene Jagdrecht ein hohes Gut dar. Diesem  
9 Anspruch wird das Hessische Jagdgesetz in seiner jetzigen Form gerecht, so dass wir jegli-  
10 che Versuche ablehnen, dieses durch Regelungstatbestände im Umwelt- oder Tierschutz-  
11 bereich zu überlagern.

12 Wir wollen

- 13 • bei der Anpassung des Bundesjagdgesetzes an die neue rechtliche Situation nach der  
14 Föderalismusreform die bewährten Vorgaben des Bundes- und des Hessischen Jagd-  
15 gesetzes erhalten
- 16 • zur Sicherung der Wildbestände für Offenlandprojekte auch zukünftig Anfangsunter-  
17 stützungen leisten
- 18 • auf Grundlage bewährter Regelungen an den Lebensraum angepasste Schalenwild-  
19 bestände erhalten - hierzu soll die Wanderbewegung des Wildes näher erfasst wer-  
20 den
- 21 • zum Ausbau und zur Stabilisierung der Hessischen Fischbestände ein ausgewogenes  
22 Verhältnis zur Kormoranpopulation herstellen
- 23 • angesichts zunehmender Probleme mit Wildschäden die strikte Trennung von Wald-  
24 und Feldjagden aufheben und Neuzuschnitte der Reviergrenzen vornehmen.

## 25 **2. Traditionen bewahren. Kulturlandschaft pflegen.** 26 ***Politik für Landwirtschaft und ländlichen Raum***

### 27 **Ländlicher Raum**

28 Ländliche Gebiete erfüllen vielfältige Funktionen als Lebens-, Wirtschafts-, Natur- und Er-  
29 holungsräume. Je weiter entfernt diese von städtischen Ballungszentren und gut ausge-  
30 bauten Verkehrswegen liegen, desto mehr sind sie den Herausforderungen des demografi-  
31 schen Wandels ausgesetzt.

32 Wir wollen daher

- 33 • in ländlichen Räumen nachhaltigen Umwelt- und Naturschutz im Einklang mit Identität  
34 stiftender Regionalentwicklung ermöglichen
- 35 • ländliche Räume als Wirtschaftsstandort stärken, indem einerseits die Herausforde-  
36 rung der Globalisierung als Chance begriffen und andererseits die regionale Identität  
37 gefördert wird

- 1 • die Kommunen bei der Dorfentwicklung unterstützen, um mit dem vorhandenen Be-  
2 stand von Ortskernen attraktive und zeitgemäße Voraussetzungen für Wohnen und  
3 Arbeiten zu schaffen - hierzu zählt auch die Verringerung von Denkmalschutzauf-  
4 lagen, um zu verhindern, dass Investitionen immer mehr von den Stadt- und Ortsker-  
5 nen auf die Peripherie verlagert werden
- 6 • ländliche Räume als attraktive Lebens- und Erholungsräume stärken, indem neue  
7 Formen generationenübergreifenden Zusammenlebens gefördert und die öffentliche  
8 Infrastruktur modernsten Anforderungen angepasst werden - neue Formen des Zu-  
9 sammenlebens und -wohnens in generationenübergreifenden Hausgemeinschaften  
10 („Alt und Jung unter einem Dach“) können gerade im ländlichen Raum die Folgen des  
11 demografischen Wandels abmildern, zunehmender Isolierung älterer Menschen ent-  
12 gegenwirken und der jüngeren Generation eine bessere Vereinbarkeit von Familie  
13 und Beruf ermöglichen
- 14 • in einem neu zu gründenden Innovationsforum für den ländlichen Raum Ideen bün-  
15 deln, Akteure zusammenführen und gemeinsam mit den Menschen vor Ort neue, zu-  
16 kunftsweisende Wege beschreiten - unter Einbeziehung der praktischen Anforde-  
17 rungen der Kommunen im ländlichen Raum sollen Chancen und Strategien für eine  
18 moderne Regionalentwicklung angestoßen werden, die die Stärken der Region beto-  
19 nen, die Wettbewerbsfähigkeit fördern und Attraktivität steigern
- 20 • eine moderne Infrastruktur, die neben Straßen, Schienen und Ver- und Entsorgungs-  
21 leitungen auch den Bereich der Telekommunikation umfasst, da diese für den ländli-  
22 chen Raum ebenso unverzichtbar ist, wie für städtische Gebiete. Wir setzen uns da-  
23 her mit Nachdruck dafür ein, dass Breitbandanschlüsse (etwa DSL) flächendeckend  
24 verfügbar sind.

## 25 **Landwirtschaft**

26 Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume ist untrennbar verbunden mit moderner Agrar-  
27 strukturentwicklung.

28 Die notwendige Orientierung landwirtschaftlicher Produktion an Entwicklungen des Mark-  
29 tes wird den seit Jahren erkennbaren Strukturwandel in der Landwirtschaft noch weiter  
30 verstärken. Kostenreduzierung, Flexibilität, hohe Wertschöpfung und Spezialisierung wer-  
31 den die zentralen Herausforderungen der landwirtschaftlichen Betriebe in Zukunft sein.  
32 Erforderlich sind nicht nur eine Intensivierung der überbetrieblichen Zusammenarbeit,  
33 sondern auch erhebliche Zukunftsinvestitionen. Das hierzu notwendige Kapital kann je-  
34 doch nur zum Teil von den Betrieben selbst aufgebracht werden. Auch in der Landwirt-  
35 schaft bedarf es somit innovativer Finanzierungsmodelle. Ein besonderer Schwerpunkt  
36 unserer Politik ist die weitere Förderung der „grünen Energie“ und die stoffliche Nutzung  
37 von Biomasse.

38 Ausbildung, Fortbildung, Beratung und Zugang zu neuen Informationen für landwirt-  
39 schaftliche Unternehmer müssen sich dem wandelnden Markt anpassen. Professionelle  
40 Beratung soll deshalb weiter durch das landwirtschaftliche Kuratorium angeboten werden,  
41 in dem die Inhalte jeweils von den Nutzern definiert werden.

1 Zur Stärkung der Zukunftschancen der hessischen Landwirtschaft werden wir

- 2 • die Bedingungen für Landwirte und Investoren beim Bau effizienter und standortge-
- 3 rechter Anlagen zur Erzeugung von Lebensmitteln und grüner Energie verbessern
- 4 • den Land- und Bauernhoftourismus weiter unterstützen
- 5 • den zukünftigen Verbrauch von landwirtschaftlichen Flächen kritisch betrachten und
- 6 auf das notwendigste Maß begrenzen
- 7 • besonderes Augenmerk darauf legen, dass sich vorhandenes Ordnungsrecht und För-
- 8 derprogramme im Interesse des ländlichen Raums und der Landwirtschaft ergänzen
- 9 • uns für die Schaffung innovativer Finanzierungsmodelle in Form von Agrarfonds ein-
- 10 setzen, um zusätzliches Kapital anzuziehen. Landwirte, die gemeinsam mit außer-
- 11 landwirtschaftlichen Anlegern effiziente und standortgerechte Anlagen zur Erzeu-
- 12 gung von Lebensmitteln und grüner Energie finanzieren, können eine wirksame Ant-
- 13 wort auf die Herausforderungen der sich in diesen Bereichen rasch entwickelnden
- 14 Märkte sein - gleichzeitig können die Agrarfonds dazu beitragen, dass die Landwirte
- 15 stärker in die Wertschöpfungskette einbezogen und nicht auf die Rolle als reine Zu-
- 16 lieferer von Rohstoffen beschränkt werden
- 17 • administrative Hürden abbauen, die die Bildung größerer Parzellen verhindern.

18 Hessische Agrarprodukte genießen im Handel und bei Verbrauchern höchste Wertschät-

19 zung. Regionale Erzeugung, schonende Verarbeitung, hohe Qualität und unabhängige

20 Kontrolle dokumentiert die hessische Qualitätsmarke „Geprüfte Qualität Hessen“.

21 Wir wollen

- 22 • diese hessische Qualitätsmarke weiter ausbauen und das Sortiment erweitern
- 23 • das hessische Agrarmarketing von der Marketinggesellschaft „Gutes aus Hessen“
- 24 weiterhin bündeln und betreuen lassen
- 25 • gemeinsam mit dem Berufsstand nach geeigneten Möglichkeiten suchen, um mit der
- 26 Bündelung des Sortiments und der Dienstleistungsfähigkeit landwirtschaftliche Pro-
- 27 dukte professionell bei Handelspartnern zu platzieren.

## 28 **Weinbau**

29 Die Weinbaubetriebe im Rheingau und an der Hessischen Bergstraße pflegen seit Genera-

30 tionen eine einzigartige Kulturlandschaft von überregionaler Bedeutung. Dieses Engage-

31 ment für den Erhalt der Kulturlandschaft werden wir durch die Steillagenförderung weiter

32 unterstützen.

33 Die hessischen Winzer tragen dem besonderen Charakter des Weins als Naturprodukt und

34 Kulturgut Rechnung, indem sie die gewachsene Weinbautradition fortsetzen und sich zu

35 hohen Qualitätsstandards verpflichten.

36 Wir wollen

- 37 • die Wettbewerbsfähigkeit und Absatzchancen der hessischen Weinbaubetriebe im
- 38 globalisierten Wettbewerb stärken und ihre Existenz sichern
- 39 • uns bei der anstehenden Reform der EU-Weinmarktordnung für die Interessen unse-
- 40 rer Weinbaubetriebe einsetzen

- 1 • die Umsetzung des „Terroir-Konzepts“, das Charakteristika einzelner Weinbaugebie-
- 2 te und Weinbergslagen festschreibt, für den Rheingau und die Bergstraße als Beitrag
- 3 zur Produktion standorttypischer Weine fördern
- 4 • den umweltschonenden Pheromoneinsatz bei der Schädlingsbekämpfung weiter för-
- 5 dern.

### 6 **3. Sportland Hessen – ein Programm für alle**

7 Der Sport ist die breiteste gesellschaftliche Bewegung in unserem Lande. Seine hohe so-

8 ziale, kulturelle, gesundheitliche und politische Bedeutung verdient höchste Anerkennung

9 und kontinuierliche staatliche Hilfe. Der Sport überspringt kulturelle, ethnische, staats-

10 bürgerschaftliche und Generationsgrenzen. Seine Leistungen für die Kinder und Jugendli-

11 chen sowie die Integration von Migranten in unserer Gesellschaft sind vorbildlich.

#### 12 **Sportförderung – Hessen bleibt Spitze**

13 Mit unserer Politik für den Sport waren wir im Sportland Hessen sehr erfolgreich. Durch

14 Unterstützung der gemeinnützigen Tätigkeit der Sportvereine, die Würdigung des ehren-

15 amtlichen Engagements und eine angemessene Sportförderung auf allen Ebenen konnte

16 viel für den Sport erreicht werden. Gemeinsam mit unseren Partnern, dem Landessport-

17 bund, den Fachverbänden und Sportkreisen sowie den rund 8.500 Vereinen und den Kom-

18 munen ist die Balance zwischen der Autonomie des organisierten Sports und dessen not-

19 wendiger staatlicher Unterstützung vorbildlich gelungen.

20 Als Standort der wichtigsten Verbände des Sports in Deutschland, wie etwa dem Deut-

21 schen Olympischen Sportbund, dem Deutschen Fußballbund oder dem Deutschen Turner-

22 bund, pflegen wir in Hessen intensiven Austausch und intensive Partnerschaft mit diesen

23 Verbänden und unterstützen sie vielfältig in ihrer Arbeit.

24 Wir werden in Fortführung unserer erfolgreichen Politik

- 25 • für den Breitensport auch zukünftig durch intensive Vereinsförderung, Fortführung
- 26 des Sportstättenbauprogramms und Förderung interkommunaler Zusammenarbeit
- 27 beim Sport die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Weiterentwicklung schaffen
- 28 • im Leistungssport die vielfältigen Initiativen fortsetzen und verstärken - hierzu gehö-
- 29 ren insbesondere die Fortsetzung des Landestrainerprogramms, die Unterstützung
- 30 des Olympiastützpunktes sowie des Sportmedizinischen Instituts, des Kaderförder-
- 31 programms und der Fortsetzung der Förderung der Sportstiftung
- 32 • auch zukünftig der besonderen Bedeutung der Verbindung zwischen Spitzensport
- 33 und Beruf Rechnung tragen - das Erfolgsmodell der Sportfördergruppen in der hessi-
- 34 schen Polizei wird deshalb fortgesetzt
- 35 • zur Anerkennung sportlicher Spitzenleistungen die Studienbeiträge an den hessi-
- 36 schen Hochschulen für Spitzensportler übernehmen
- 37 • mit den Kommunen Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung des Schulschwimmunter-
- 38 richts erörtern
- 39 • die Möglichkeiten des Sportes für die Integration von Migranten nutzen und ausbau-
- 40 en

- 1 • der Bildung von ethnisch abgeschlossenen Vereinen durch ein Wettbewerbspro-  
2 gramm gemeinsam mit dem Landessportbund und den Fachverbänden entgegenwir-  
3 ken
- 4 • der großen Bedeutung des Sports für behinderte Menschen durch die Fortsetzung  
5 der Unterstützung der Behindertensportverbände Rechnung tragen
- 6 • Gesundheitsprävention insbesondere bei Kindern so früh wie möglich fördern - das  
7 Programm „Bewegungsorientierter Kindergarten“ soll deshalb fortgeführt und aus-  
8 gebaut werden
- 9 • der Gewalt im Zusammenhang mit dem Sport durch Fortsetzung der Präventions-  
10 programme entschieden begegnen
- 11 • die völkerverbindende Kraft des Sportes stärken durch Unterstützung von Sportbe-  
12 gegnungen im Rahmen kommunaler Partnerschaften und Förderung von Sportbe-  
13 gegnungen mit den Partnerregionen Hessens
- 14 • die Positionierung Hessens als herausragender Sportstandort durch Förderung be-  
15 sonderer Sportereignisse wie etwa dem Deutschen Turnfest, dem Radrennen „Rund  
16 um den Henninger Turm“ oder dem „Ironman“ unterstreichen.

### 17 **Finanzierung sichern**

18 Die Grundvoraussetzungen der finanziellen Sicherung des Sportes sind durch Entschei-  
19 dungen der Gerichte und der Europäischen Gemeinschaft erheblich gefährdet. Ungeachtet  
20 der weiteren Entwicklung auf diesem Gebiet wollen wir diese finanzielle Grundsicherung  
21 des Sportes erhalten.

22 Wir werden deshalb

- 23 • zur Sicherstellung der finanziellen Grundlagen des Sportes am Sportwettenmonopol  
24 festhalten, bis ein anderes rechtlich unumstrittenes und in gleichem Maße ertragrei-  
25 ches Finanzierungskonzept etabliert ist
- 26 • gemeinsam mit dem Landessportbund das Stiftungskapital der Sportstiftung des  
27 Landes Hessen auf 10 Millionen Euro für die finanzielle Grundsicherung erhöhen, um  
28 den Leistungs- und Spitzensport in Hessen zu gewährleisten
- 29 • die Profivereine in Hessen dazu gewinnen, durch Einführung eines „10 Cent-  
30 Spitzensportzuschlags pro Eintrittskarte“ einen Solidarbeitrag für die Sportstiftung  
31 des Landes Hessen zu erheben.

### 32 **Sport ist Ehrensache**

33 Eine erfolgreiche Sportentwicklung ist ohne vielfältiges ehrenamtliches Engagement nicht  
34 denkbar. Dieses durch vielfältige Maßnahmen anzuerkennen und zu fördern, bleibt für die  
35 CDU stete Verpflichtung. Die Herausforderungen der demografischen Entwicklung und  
36 des Wandels innerhalb unserer Gesellschaft erfordern auch im Sport erhebliche Verände-  
37 rungen. Nur wenn es gelingt, etwa aus dem stetig größer werdenden Kreis der Migrantinnen  
38 Bürger für ehrenamtliches Engagement im Sport zu gewinnen, werden die Voraussetzungen  
39 für ein aktives und alle Bereiche der Bevölkerung umfassendes Sport- und Vereinsleben  
40 auch zukünftig gewährleistet sein.

41 Auch durch den immer größer werdenden Anteil älterer Menschen wird sich insbesondere  
42 der Breitensport verändern. Diese Entwicklung bietet aber auch Herausforderungen und

1 Chancen. Gerade ältere Menschen brauchen für ihre sportliche Betätigung keine großen  
2 Sportstätten. Durch eine neue Zusammenarbeit zwischen dem Sport und den Kirchen  
3 könnten so z. B. Gemeindesäle genutzt und zwischen beiden Institutionen neue Möglich-  
4 keiten der Begegnungen und der Zusammenarbeit gefördert werden.

5 Die Förderung des Ehrenamtes und die Freude am Sport und Wettkampf sollen auch da-  
6 durch gefördert werden, dass, wo immer möglich, die Arbeit der Ehrenamtlichen unter-  
7 stützt und nicht unnötig behindert wird.

8 Wir werden deshalb

- 9 • konsequent auf eine Entbürokratisierung bei der sportlichen Betätigung und dem  
10 Wettkampfgeschehen dringen
- 11 • darauf dringen, dass die Sportkreise der Vereine zu Serviceeinrichtungen ausgebaut  
12 werden können
- 13 • die Vereine dadurch unterstützen, dass wir die Plätze für Bewerber für ein freiwilli-  
14 ges soziales Jahr ausbauen
- 15 • das Landesprogramm „50 Plus – Erfahrung hat Zukunft“ auch für die Sportvereine  
16 nutzen und ihnen hauptamtliche Kräfte für ihre Arbeit zur Verfügung stellen.

## 17 **Sport macht Schule**

18 Besondere Bedeutung für die Entwicklung des Sportes hat das Zusammenwirken von Schu-  
19 le und Sport.

20 Wir werden deshalb den Ausbau sogenannter sportbetonter Schulen in allen Landesteilen  
21 ausweiten.

22 Im Rahmen des weiteren Ausbaus der Ganztagsangebote laden wir die Sportvereine ein,  
23 sich an der Gestaltung der Nachmittagsangebote zu beteiligen. Durch intelligente Koope-  
24 ration von Schulen und Vereinen kann so beiden Einrichtungen gedient und einer zeitli-  
25 chen und inhaltlichen Überforderung der Schüler begegnet werden. Wir werden deshalb  
26 Modellprojekte fördern, um die Herausforderungen einer erfolgreichen Zusammenarbeit  
27 zwischen Schulen und Vereinen auch zukünftig gemeinsam zu lösen.

## 28 **Immer fair: Kein Platz für Doping**

29 Doping zerstört die Glaubwürdigkeit und Attraktivität des Sports, täuscht Öffentlichkeit  
30 und Konkurrenz und gefährdet die Gesundheit der Sportler. Bei der Bekämpfung des Do-  
31 pings unterstützen wir die Arbeitsteilung zwischen staatlichen und verbandlichen Einrich-  
32 tungen im Sport, die darauf beruht, dass beide institutionellen Ebenen weiterhin in ihren  
33 jeweiligen Bereichen tätig werden. Gemeinsam mit dem Landessportbund, den Fachver-  
34 bänden und den Vereinen werden wir engagiert gegen Doping im Sport arbeiten.

35

1 **4. Vorsorgen. Helfen. Unterstützen.**  
 2 ***Gesundheitspolitik und Verbraucherschutz***

3 Prävention, Behandlung und Rehabilitation: Die drei Säulen jeder erfolgreichen Gesund-  
 4 heitspolitik sind uns gleichermaßen wichtig. Wir handeln in der Überzeugung, dass ein gut  
 5 funktionierendes Gesundheitswesen nicht nur den Kranken nutzt, sondern auch den Ge-  
 6 sunden, da der Gesundheitsmarkt ein zukunftssträchtiger Wachstumsmarkt ist, der tausende  
 7 von hessischen Arbeitsplätzen sichert und neue Arbeitsplätze schafft. Damit sich die  
 8 Menschen auch in Zukunft auf ein leistungsfähiges und bezahlbares Gesundheitssystem  
 9 verlassen können, hat die CDU Hessen in den vergangenen fünf Jahren hierfür Rahmen-  
 10 bedingungen geschaffen und Qualitätsstandards gesetzt.

11 **Eigenverantwortung stärken. Gesünder leben.**  
 12 ***Gesundheit braucht verlässliche Politik.***

13 Alle Bürger müssen unabhängig von Gesundheitszustand, Alter oder Einkommen Zugang  
 14 zu den medizinisch notwendigen Behandlungsmaßnahmen in bestmöglicher Qualität er-  
 15 halten. Dazu gehört die Freiheit, unter alternativen Angeboten auswählen zu dürfen. Le-  
 16 bensrettende und lebenserhaltende Notfallmaßnahmen müssen landesweit gewährleistet  
 17 sein. Eine wohnortnahe Grundversorgung ist unerlässlich. Für spezielle Gesundheitslei-  
 18 stungen in hoher Qualität können aber auch längere Wege in Kauf genommen werden. Lan-  
 19 ge Wartezeiten auf Operationen, wie man sie in anderen europäischen Ländern kennt, sind  
 20 nicht akzeptabel.

21 Wir werden

- 22 • dafür sorgen, dass in Hessen tragfähige Strukturen und Qualitätsstandards erhalten  
 23 bleiben, die eine optimale und zeitgemäße Gesundheitsversorgung gewährleisten
- 24 • uns in den auf Bundesebene geführten Diskussionen zur Zukunft der Krankenhausfi-  
 25 nanzierung dafür einsetzen, dass diejenigen Länder, die – wie Hessen – schon bisher  
 26 erhebliche Investitionen erbracht haben, nicht benachteiligt werden
- 27 • uns im Rahmen unserer Zuständigkeit als Land ebenso wie gegenüber dem Bundes-  
 28 gesetzgeber dafür einsetzen, dass die Wettbewerbsfähigkeit aller Leistungserbringer  
 29 im Gesundheitswesen gestärkt wird
- 30 • uns für PPP-Modelle im hessischen Krankenhausbereich stark machen
- 31 • das Netz von gerontopsychiatrischen Zentren mit Tagesklinik, ambulantem Dienst  
 32 und Altenberatung weiter ausbauen
- 33 • im Hinblick auf die veränderte Altersstruktur der Bevölkerung das hessische Geriat-  
 34 riekonzept mit seinem ganzheitlichen Ansatz weiterentwickeln
- 35 • einen Lehrstuhl für Geriatrie (Alterserkrankungen) schaffen und die Verankerung ei-  
 36 nes verpflichtenden Moduls „Geriatrie“ in der medizinischen und pflegerischen Aus-  
 37 bildung befördern
- 38 • die Vernetzung der Akteure in der Palliativversorgung und der Hospizbewegung auf  
 39 der Grundlage der bisher gewonnenen Erfahrungen weiter vorantreiben.

40 Eine wichtige Säule des Gesundheitswesens in Hessen ist der Landeswohlfahrtsverband  
 41 (LWV). Er ist nicht nur Hessens größter Krankenhausträger und Träger von Wohn- und  
 42 Pflegeheimen, heilpädagogischen Einrichtungen, Sonderschulen und sozialpädagogischen

1 Zentren, sondern auch verantwortlich für eine Vielzahl anderer Leistungen für kranke, be-  
2 hinderte oder sozial benachteiligte Menschen.

3 Zugleich hat er - insbesondere auch in Nordhessen - erhebliche Bedeutung als Arbeitge-  
4 ber. Entsprechend den sich wandelnden Bedürfnissen der Menschen und den veränderten  
5 gesellschaftlichen Rahmenbedingungen hat sich der LWV in den letzten Jahren mehr und  
6 mehr zu einem leistungsstarken sozialen Dienstleistungsunternehmen entwickelt.

7 Im Interesse der Menschen, die sich auf die vielfältigen Leistungen des LWV verlassen  
8 können, und im Interesse der Kommunen, die von einer wirtschaftlichen Leistungserbrin-  
9 gung des LWV profitieren, werden wir diese Entwicklung auch in Zukunft begleiten, indem  
10 wir die Rahmenbedingungen für ein ebenso effizientes wie an den Bedürfnissen der Men-  
11 schen ausgerichtetes Handeln des LWV sicherstellen.

## 12 **Kontrolle ist gut. Information ist besser.**

### 13 *Verbraucherschutz für mündige Bürger*

14 Entscheidend für ein gesundes Leben ist eine gesunde Ernährung. Dazu wollen wir zum  
15 einen durch effiziente Kontrollen sicherstellen, dass in Hessen nur gesundheitlich ein-  
16 wandfreie Lebensmittel in den Handel kommen. Zum anderen wollen wir dem Verbraucher  
17 alle Informationen an die Hand geben, die er für verantwortungsvolle Entscheidungen  
18 beim Lebensmittelkauf benötigt.

19 Wir werden daher

- 20 • Verbraucherschutzthemen in die Lehrpläne der Schulen ab der 7. Klasse integrieren,  
21 um bereits Jugendliche in ihrer Rolle als Konsumenten zu stärken - neben Ernäh-  
22 rungsfragen sollen altersgerecht Themen des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes  
23 behandelt werden, um junge Menschen frühzeitig in die Lage zu versetzen, mit ihrem  
24 Einkommen auszukommen und ihre Rechte und Pflichten als Marktteilnehmer ken-  
25 nenzulernen
- 26 • für die wachsende Konsumentengruppe der über Fünfzigjährigen spezielle Bera-  
27 tungsangebote für Ernährung, Gesundheitsschutz und Seniorendienstleistungen be-  
28 reitstellen
- 29 • von uns eingeführte Verbraucherfenster als Internetportal für Verbraucherinforma-  
30 tionen weiter ausbauen dabei soll insbesondere in rechtlicher Hinsicht dem wach-  
31 senden Internethandel, auch mit ausländischen Marktteilnehmern, hohe Aufmerk-  
32 samkeit gewidmet werden
- 33 • die Beratungsstellen der Verbraucherzentrale Hessen und des Deutschen Hausfrau-  
34 enbundes unterstützen
- 35 • in Lebensmittel verarbeitenden Betrieben gemeinsam mit den Wirtschaftspartnern  
36 ein System der freiwilligen Selbstkontrolle einrichten, um die behördliche Lebens-  
37 mittelüberwachung wirksam zu unterstützen
- 38 • den Personalbestand für Lebensmittelkontrollen gemeinsam mit den Verantwortli-  
39 chen auf kommunaler Ebene sichern.

## 1 **5. Kunst und Kultur**

2 Hessen ist ein Land mit einzigartigen Traditionen und kunsthistorischen Schätzen. Dar-  
3 über hinaus gibt es eine lebendige zeitgenössische Kulturszene. Die CDU Hessen ist sich  
4 dieser wichtigen Werte bewusst, sie bewahrt und pflegt die kulturelle Vielfalt und entwi-  
5 ckelt sie für die Zukunft nachhaltig fort.

6 Die Förderung von Kunst und Kultur in ihrer ganzen Breite ist uns auch deshalb wichtig,  
7 weil es sich hierbei um einen entscheidenden Standortfaktor handelt. Kunst und Kultur  
8 tragen wesentlich zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen bei: Die Kulturwirtschaft in  
9 Hessen stellt mit rund 120.000 Beschäftigten einen ähnlich bedeutenden Arbeitsmarktfak-  
10 tor dar wie die Automobil- oder Chemiebranche. Sie erzielt einen Jahresumsatz von rund  
11 19 Milliarden Euro; dies entspricht etwa fünf Prozent aller in Hessen erreichten Umsätze.  
12 Auch die vielfältigen Initiativen im Bereich der kulturellen und wirtschaftlichen Filmförde-  
13 rung sichern und schaffen neue Arbeitsplätze in Hessen.

14 Ein fundiertes Angebot an kultureller Bildung ist gerade auch vor dem Hintergrund der  
15 demografischen Entwicklung ein nicht zu unterschätzender Wettbewerbsvorteil im sich  
16 verschärfenden Ringen der Standorte.

17 Mit ihrer Initiative zur Einrichtung eines Fonds der Kulturregion Rhein-Main hat die CDU-  
18 geführte Landesregierung deutlich gemacht, wie wichtig ihr – auch finanziell – die kultu-  
19 relle Vernetzung der Regionen ist. Wir befürworten darüber hinausgehend einen hessen-  
20 weiten Förderfonds speziell für die Finanzierung von Kulturprojekten mit überregionaler  
21 oder sogar länderübergreifender Ausstrahlung.

22 Wir wollen

- 23 • die Jugend für Kultur in Hessen begeistern und beide möglichst frühzeitig unter Ein-  
24 bindung sämtlicher Schulformen zusammenbringen
- 25 • ein Kulturland Hessen 2020 initiieren, das auch der Identitätsstiftung dienen soll:  
26 Viele junge Menschen, die 2008 mit der Schule beginnen, legen 2020 ihr Abitur ab.  
27 Sie sowohl aktiv als auch als Interessierte und Förderer für die Kultur zu gewinnen,  
28 muss unser Ziel sein - wir werden deshalb unter anderem ein Kinder- und Jugendkul-  
29 turjahr ausrufen
- 30 • Hessens äußerst vielfältige Geschichte präsentieren und zur Förderung eines Ver-  
31 bundenheitsgefühls der Hessen das „Haus der Geschichte in Hessen“ errichten
- 32 • die Vielfalt der Heimatmuseen weiter fördern und die örtlichen Initiativen bei ihrer  
33 wichtigen Arbeit unterstützen
- 34 • eine Initiative zur Förderung der deutschen Sprache und Kultur auf den Weg bringen
- 35 • die kulturelle Erziehung im Vorschulalter stärker in den Vordergrund rücken, da wir  
36 kulturelle Güter und überliefertes Wissen bewahren und an kommende Generatio-  
37 nen weitergeben wollen
- 38 • einen speziellen Förderfonds ausloben, dessen Mittel dann ausgeschüttet werden,  
39 wenn die jeweiligen Projekte über lokale Aktivitäten und Kooperationen hinausge-  
40 hen
- 41 • das Kulturinvestitionsprogramm neu auflegen und ein zentrales archäologisches  
42 Fundepot einrichten.

## 1 **6. Tourismus**

2 Hessen ist ein beliebtes Reiseland. Jede hessische Tourismusregion - vom Reinhardswald  
3 im Norden bis zum Odenwald im Süden – wartet dabei mit ihren eigenen Besonderheiten  
4 auf. Herrliche Naturlandschaften und touristisch attraktive Ziele charakterisieren Hessen  
5 in allen Regionen. Beispielhaft dafür sind der Rheingau als Teil des UNESCO-  
6 Weltkulturerbes Mittelrheintal das große Freilichtmuseum Hessenpark im Taunus und der  
7 neu geschaffene Nationalpark Kellerwald-Edersee.

8 Unter unserer Verantwortung hat sich der Tourismus in Hessen überaus positiv entwickelt.  
9 Rund 10,6 Millionen Gäste durften wir alleine im Jahr 2006 begrüßen. Im Vergleich zu an-  
10 deren Bundesländern liegt Hessen bei der Zahl der Übernachtungen immerhin an fünfter  
11 Stelle. Der Tourismus bietet mit einem Umsatz von jährlich rund 4,8 Milliarden Euro die  
12 wirtschaftliche Grundlage für schätzungsweise 200.000 Arbeitsplätze. Wir haben für den  
13 Ausbau touristischer Infrastruktur im Zeitraum von 2000 bis 2006 rund 60 Millionen Euro  
14 investiert. Die Fördersumme löste ein Investitionsvolumen von mindestens 145 Millionen  
15 Euro aus.

16 Wir wissen allerdings, dass die Zukunftsfähigkeit der Tourismuswirtschaft davon abhängt,  
17 ob Trends rechtzeitig erkannt und berücksichtigt werden. Für den Erfolg ist es entschei-  
18 dend, die Wünsche und Vorstellungen der Reisenden zu kennen. Die Angebote sind zum  
19 einen an den spezifischen Zielgruppen zu orientieren, zum anderen an den eigenen regio-  
20 nalen und spezifischen Potenzialen und Stärken auszurichten.

21 Deshalb wollen wir

- 22 • den Fahrradtourismus weiter ausbauen: Es ist in den letzten Jahren gelungen, viele  
23 attraktive Radwege auszubauen und neue Radrouten zu beschildern - wir werden die  
24 Entwicklung eines Radroutenplaners für das Internet in Auftrag geben
- 25 • die weitere Errichtung von „Qualitätswanderwegen“ - diese Angebote entsprechen  
26 den Bedürfnissen eines erlebnisorientierten und anspruchsvollen Wanderpublikums
- 27 • die demografische Entwicklung als Chance begreifen: die ältere Generation gewinnt  
28 an Bedeutung. Zu erwarten ist daher, dass die Reiseintensität gerade für Inlandsrei-  
29 sen hoch bleiben wird - diese Entwicklung sehen wir als eine Herausforderung für das  
30 Reiseziel Hessen
- 31 • Hessen als Deutschlands „Bäderland“ weiter etablieren - hohe medizinische Kompe-  
32 tenz, kreative Ideen und die fantasievolle Umsetzung der Angebote sind die Quellen,  
33 an denen man neue Energien und Lebensfreude tankt
- 34 • die enge Kooperation der Akteure auf und zwischen allen Ebenen stärken. Dazu ge-  
35 hören das Land Hessen, die Hessen Agentur, der Hessische Tourismusverband mit  
36 seinen Mitgliedern, die Destinationen, die Orte und touristischen Arbeitsgemein-  
37 schaften sowie die touristischen Leistungsträger und die privaten Betriebe.

38

## 1 **VIII. Stark vor Ort**

### 2 **1. Kommunalpolitik vor neuen Herausforderungen**

3 Unsere Kommunen tragen maßgeblich dazu bei, den Bürgern ein Gefühl von Heimat und  
4 Lebensqualität zu vermitteln. Daher ist die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung  
5 von herausragender Bedeutung. Sie festigt die Demokratie und eröffnet dem Bürger  
6 Chancen der Mitgestaltung.

### 7 **2. Verlässlicher Partner der Kommunen**

8 Die CDU ist ein verlässlicher Partner der Kommunen. Wir haben der kommunalen Familie  
9 ein besonderes Beteiligungsrecht im Gesetzgebungs- und Ordnungsverfahren einge-  
10 räumt, die kommunale Legislaturperiode verlängert, ein modernes und bürgernahes kom-  
11 munales Wahlrecht geschaffen und die Kommunalverfassung in wesentlichen Bereichen  
12 moderner gestaltet. Wir haben uns dafür stark gemacht, dass im Rahmen der Föderalis-  
13 musreform das Konnexitätsprinzip auch auf Bundesebene eingeführt wird, damit der  
14 Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ in jedem Bereich gilt. Mit der Kommunalisierung der  
15 unteren staatlichen Verwaltung bei den Landräten und Oberbürgermeistern wurde auf  
16 Wunsch der Kommunen eine der größten Verwaltungsreformen, die es in diesem Bereich  
17 je in Hessen gab, erfolgreich durchgeführt.

18 Insbesondere im Hinblick auf den demografischen Wandel werden sich die Kommunen  
19 neuen Herausforderungen gegenüber sehen, die sie nicht alleine bewältigen können.

20 Wir werden daher insbesondere

- 21 • den Kommunen im Umgang mit dem demografischen Wandel unterstützend zur Sei-  
22 te stehen
- 23 • die Entlastung von bürokratischen Standards bei gleichzeitiger Stärkung der Verant-  
24 wortung vor Ort vorantreiben, damit unsere Verwaltungen als moderne Dienstleis-  
25 tungsbetriebe für den Bürger gestärkt werden
- 26 • die bewährte hervorragende Ausbildung der Kommunalbediensteten in den Verwal-  
27 tungsfachhochschulen sichern und weiterentwickeln.

### 28 **3. Gemeinsamkeit macht stark**

29 Die demografische Entwicklung führt dazu, dass die interkommunale Zusammenarbeit  
30 immer mehr Bedeutung erlangt. Strukturschwache ländliche Gegenden, aus denen junge  
31 Mitbürger abwandern, werden mit diesem Instrument Synergieeffekte und Effizienzsteige-  
32 rungen erzielen und den Folgen des demografischen Wandels entgegentreten können.

33 Die Kommunen müssen selbst entscheiden können, wie sie dem demografischen Wandel  
34 begegnen. Freiwilligkeit ist hier der Schlüssel zum Erfolg.

35

36

1 Wir werden

- 2 • gemeinsam mit den Spitzenverbänden ein Kompetenzzentrum als Anlaufstelle für in-
- 3 teressierte Kommunen aufbauen - es soll dabei helfen, die Leistungsfähigkeit der
- 4 Kommunen zu sichern, ohne dass Traditionen oder Identitäten verloren gehen
- 5 • interkommunale Zusammenarbeit und freiwillige Zusammenschlüsse von Kommu-
- 6 nen unterstützend begleiten, wo dies gewünscht wird.

## 7 **4. Ballungsraum und Metropolregion Rhein-Main**

8 Das Rhein-Main-Gebiet zählt zu den wachstumsstärksten und wohlhabendsten Regionen  
 9 der der Europäischen Union. Der Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ist eine der bedeu-  
 10 tendsten Verkehrsdrehscheiben in Europa und in einem Atemzug mit den Großräumen  
 11 London, Paris oder Mailand zu nennen. Hier sind der größte Flughafen auf dem europäi-  
 12 schen Festland, der verkehrsreichste Bahnhof und einer der größten Verkehrsverbände  
 13 Deutschlands beheimatet. Am Frankfurter Kreuz treffen sich die am stärksten befahrenen  
 14 Autobahnen. Durch die direkte Anbindung an den Flughafen und den ICE-Bahnhof ent-  
 15 stand der erste intermodale Verkehrsknoten in Europa. Mit dem Rhein steht der Schiff-  
 16 fahrt die wichtigste Binnenwasserstraße Europas zur Verfügung.

17 Der Planungsverband als verfasstes Organ der Rhein-Main-Region arbeitet zum Wohle der  
 18 in ihr lebenden Bürger, denn viel zu selten begreift sich die Region als Einheit. Dabei gibt  
 19 es gute Gründe für ein stärkeres regionales Selbstbewusstsein. Dies ist auch vor dem Hin-  
 20 tergrund zu betrachten, dass der Wettbewerb sich zunehmend zwischen Regionen und  
 21 weniger zwischen Ländern abspielt. Der Planungsverband stellt die erforderliche einheitliche  
 22 planerische Entwicklung im Ballungsraumgebiet Rhein-Main sicher. Durch den regio-  
 23 nalen Flächennutzungsplan des gesamten Gebietes wird zudem die planerische und städ-  
 24 tebauliche Entwicklung der Region einheitlich dokumentiert.

25 Mit der Verlängerung des Ballungsraumgesetzes haben wir in vorbildlicher Art und Weise  
 26 den Spagat bewältigt, einerseits den Kommunen die größtmögliche Eigenverantwortung  
 27 und Freiheit bei der Frage der interkommunalen Zusammenarbeit zu belassen, anderer-  
 28 seits jedoch auch der Landesregierung die Möglichkeit zu eröffnen, im Interesse einer re-  
 29 gionalen und überregionalen Förderung des Ballungsraumes lenkend einzugreifen.

30 Mit dem Rat der Region haben wir die Voraussetzungen zur Förderung und Sicherung ei-  
 31 ner geordneten Entwicklung der Region und zur Kreierung eines gemeinsamen Erschei-  
 32 nungsbildes geschaffen. Wir werden die Ergebnisse der Arbeit dieses Gremiums unter Ein-  
 33 beziehung der beteiligten Kommunen einer kritischen Überprüfung unterziehen und dafür  
 34 sorgen, dass die Vorteile einer intensiven Zusammenarbeit innerhalb des Ballungsraums  
 35 Frankfurt/Rhein-Main zukünftig noch stärker genutzt werden.

## 36 **5. Kommunalfinanzen auf sicherer Grundlage**

37 Der kommunale Finanzausgleich ist ein zentraler Baustein, um in allen Städten und Ge-  
 38 meinden des Landes Hessen unabhängig von ihrer Finanzkraft für die Bürger gleichwertige  
 39 Lebensverhältnisse gewährleisten zu können. Dies gilt in besonderer Weise für die Schaf-  
 40 fung und Vorhaltung gleichwertiger Angebote für die Kinderbetreuung und -erziehung.  
 41 Gerade in diesem Bereich müssen in allen Kommunen gleich gute Lebenschancen für Kin-

- 1 der und junge Familien unter Berücksichtigung sich verändernder gesellschaftlicher Rah-  
2 menbedingungen erreicht werden.
- 3 Wir werden den kommunalen Finanzausgleich als zentralen Baustein kommunaler Selbst-  
4 verwaltung zukunftsorientiert weiterentwickeln. Wir werden dazu eine Strukturreform im  
5 Kommunalen Finanzausgleich durchführen, die neben der Einwohnerzahl und der Finanz-  
6 stärke auch zentralörtliche Funktionen berücksichtigt.
- 7 Wir wollen insbesondere
- 8 • unverschuldete Strukturdefizite weiterhin ausgleichen
  - 9 • den Finanzausgleich vorrangig durch Schlüsselzuweisungen und Investitionspau-  
10 schalen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und Eigenverantwortung  
11 ausgestalten
  - 12 • dadurch Anreize zur Ausschöpfung eigener kommunaler Einnahmemöglichkeiten  
13 und zu Einsparungsmöglichkeiten bieten
  - 14 • Zweckgebundene Zuweisungen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung  
15 auch künftig zugunsten der zweckfreien Zuweisungen zurückführen - insofern ist re-  
16 striktiv mit sogenannten „kleinen Töpfen“ umzugehen - sie sind zudem in der Regel  
17 zeitlich zu befristen
  - 18 • den kommunalen Finanzausgleich als Instrument zur Förderung interkommunaler  
19 Zusammenarbeit weiterentwickeln. Hier sehen wir für den ländlichen Raum eine be-  
20 sondere Chance, die notwendige Infrastruktur aufrechtzuerhalten.

## 1 **IX. Starkes Hessen in Europa**

### 2 **1. Herausforderungen für Europa im 21. Jahrhundert**

3 Die Europäische Union steht im 21. Jahrhundert vor neuen Herausforderungen: zuneh-  
4 mende Globalisierung, Integration der neuen Mitgliedstaaten, Notwendigkeit der inneren  
5 Reform, ein Europa der Bürger, internationaler Terrorismus, außen- und sicherheitspoliti-  
6 schen Erfordernisse, Energiesicherung und Wiederbelebung der Begeisterung für Europa.

### 7 **2. Hessen – mitten in Europa**

8 Hessen liegt im Herzen Deutschlands und Europas – seit dem 1. Januar 2007 befindet sich  
9 der geografische Mittelpunkt der Europäischen Union in Meerholz bei Gelnhausen. Unser  
10 Land bietet seinen sechs Millionen Einwohnern eine Heimat mit reichem Brauchtum und  
11 langer geschichtlicher Tradition. Unser Heimatgefühl in Hessen, unsere Vaterlandsliebe zu  
12 Deutschland und unsere gemeinsame Zukunft in Europa ergänzen einander.

13 In der europäischen Schicksals- und Wertegemeinschaft wollen wir Hessen mit Selbstbe-  
14 wusstsein unseren Beitrag zum Gelingen der Zukunft Europas leisten. Wir wollen ein bür-  
15 gernahe Europa und suchen Partner und Freunde in allen EU-Mitgliedstaaten für gemein-  
16 same Projekte. Unsere Partnerregionen in der EU - Emilia-Romagna, Aquitaine und Wiel-  
17 kopolska - spielen dabei eine sehr wichtige Rolle.

18 Wir werden uns auch weiterhin nachdrücklich für die Gleichbehandlung der deutschen  
19 Sprache gegenüber dem Englischen und Französischen einsetzen. Mit mehr als 90 Millio-  
20 nen Muttersprachlern rangiert Deutsch in der Europäischen Union mit großem Vorsprung  
21 an erster Stelle – vor Französisch und Englisch. Dem muss auch die EU in stärkerem Maße  
22 Rechnung tragen.

### 23 **3. Ein durch die Regionen geprägtes Europa**

24 Europa ist durch einen langen geschichtlichen Einigungsprozess der Nationalstaaten ent-  
25 standen und lebt durch diese Vielfalt in der Einheit. Seine Vielgestaltigkeit, die Buntheit  
26 und Unterschiedlichkeit ist die große Stärke unseres Kontinents. Die CDU Hessen wird  
27 Gleichmacherei, Vereinheitlichung und Nivellierung in der Europäischen Union entgegen-  
28 treten und alles dafür tun, dass Europa weiterhin sehr viele verschiedene Gesichter, Far-  
29 ben und Prägungen hat. Unser Leitbild bleibt das Europa der Regionen. Kommunen, Verei-  
30 ne und Verbände müssen ermutigt und unterstützt werden, Partnerschaften in der EU ein-  
31 zugehen, damit Bürger unterschiedliche Kulturen, Brauchtum und Lebensart erleben und  
32 gegenseitig schätzen lernen.

33 Die partnerschaftlichen Verbindungen Hessens stärken den Zusammenhalt und damit das  
34 höchste Gut der Europäischen Idee: den Frieden. Wir werden die bewährte und gute Zu-  
35 sammenarbeit mit unseren Regionalpartnern in der EU fortführen und intensivieren. Sie ist  
36 ein wichtiges Instrument, um auf regionaler Ebene Menschen näher zueinander zu bringen  
37 und regionale Interessen auf europäischer Ebene stärker zu vertreten.

1 Daneben bedeutet interregionale Zusammenarbeit in Europa immer stärker auch, dass wir  
2 für unsere Projekte frühzeitig strategische Partner außerhalb Deutschlands suchen müs-  
3 sen. Das Land Hessen hat hier mehrere Ansatzpunkte: den Ausschuss der Regionen (AdR),  
4 unsere Regionalpartnerschaften und darüber hinaus eine Vielzahl direkter bilateraler Kon-  
5 takte innerhalb Europas.

#### 6 **4. Vertiefung vor Erweiterung**

7 Die Europäische Union hat eine große Anziehungskraft auf ihre europäischen Nachbarn.  
8 Mit dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten am 1. Mai 2004 und der jüngsten Erwei-  
9 terung um Bulgarien und Rumänien zum 1. Januar 2007 hat ein neues Kapitel in der Ge-  
10 schichte der Europäischen Union begonnen. Die bisherigen Erweiterungen haben die  
11 politische Stabilität in Europa erheblich ausgeweitet. Bevor mit weiteren Ländern Bei-  
12 trittsverhandlungen aufgenommen werden, müssen die Erfahrungen mit den letzten Er-  
13weiterungen ausgewertet werden. Die CDU Hessen spricht sich entschieden dafür aus, nur  
14 beitriffsreife Länder in die Europäische Union aufzunehmen und bei allen Diskussionen  
15 über zukünftige Beitritte in die EU die Aufnahmefähigkeit der Union als zusätzliches ent-  
16scheidendes Kriterium zu berücksichtigen. Ohne einen Verfassungsvertrag kann es keine  
17 erneute Erweiterung der Europäischen Union geben: Vertiefung geht vor Erweiterung.

18 Dabei verkennen wir nicht, dass die europäische Perspektive wichtig für den Reformpro-  
19zess der Staaten des westlichen Balkans und Osteuropas ist und bleibt. Die CDU Hessen  
20 sieht zu diesem Zweck in Assoziierungsverträgen und Partnerschaften wichtige Zwischen-  
21schritte oder auch dauerhafte Lösungen. Eine differenziert angelegte Europäische Nach-  
22barschaftspolitik spielt aus unserer Sicht eine entscheidende Rolle. Die CDU Hessen un-  
23terstützt mit Nachdruck vertiefte Beziehungen und eine privilegierte Partnerschaft mit der  
24Türkei. Wir wollen eine europäische Orientierung der Türkei nachdrücklich fördern. Eine  
25Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union lehnen wir allerdings ab, weil sie  
26 die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union überfordern würde.

#### 27 **5. Wir brauchen die innere Reform der EU**

28 Das Europa der 27 muss stärker und fester werden, damit die Bürger es auch in Zukunft  
29 akzeptieren. Grundvoraussetzung dafür sind Handlungsfähigkeit, Transparenz und Bür-  
30 gernähe. Eine Reform der EU ist daher unerlässlich. Die CDU Hessen steht deshalb zum  
31 Europäischen Verfassungsvertrag. Er garantiert die Grundrechte für alle EU-Bürger und ist  
32 Voraussetzung für die Verbesserung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Die  
33 im Vertrag festgelegten institutionellen Reformen stärken die gemeinsame demokratische  
34 Entscheidungsfindung und die Handlungsfähigkeit der 27 Mitgliedsstaaten durch klare  
35 Kompetenzabgrenzungen. Die CDU Hessen tritt für die Aufnahme eines Gottesbezuges in  
36 den europäischen Grundlagenvertrag ein.

37 Gegen die latente Gefahr einer ausufernden Bürokratie in Brüssel setzen wir zusätzlich auf  
38 die Einführung des Prinzips der Diskontinuität bei Gesetzgebungsvorhaben sowie auf die  
39 generelle Befristung von Richtlinien und Verordnungen. Damit haben wir in Hessen seit  
40 Jahren gute Erfahrungen gesammelt.

41

42

1 So wird sich eine CDU-geführte Hessische Landesregierung dafür einsetzen,

- 2 • dass die Rolle der nationalen Parlamente durch die Anwendung des Subsidiaritäts-  
3 Frühwarnsystems spürbar stärker wird, denn nicht jedes Problem in Europa ist auch  
4 eine Aufgabe, der sich die Europäische Union widmen muss
- 5 • dass die Zuständigkeiten zwischen Europäischer Union und den Mitgliedstaaten, Re-  
6 gionen und Kommunen klarer abgegrenzt werden
- 7 • dass Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit europäischer Regelungen hinterfragt wer-  
8 den - grundsätzlich müssen Richtlinien und Verordnungen der EU besser auf ihre  
9 Notwendigkeit und ihre Folgen für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung geprüft wer-  
10 den
- 11 • dass eine Debatte über die Rückübertragung einzelner Kompetenzen von der Euro-  
12 päischen Gemeinschaft zu den Mitgliedstaaten geführt wird
- 13 • dass der Vorschlag zur Einrichtung eines unabhängigen „Europäischen Kompetenz-  
14 gerichtshofes“ sorgsam geprüft wird
- 15 • dass EU-Regelungen künftig nur noch 1:1 umgesetzt werden.

## 16 **6. Hessen gestaltet Europa – mit Ideen und Initiative**

17 Um der Bedeutung Hessens als wichtigem Land in Deutschland und Europa gerecht zu  
18 werden, wird sich die CDU Hessen auch zukünftig für eine effiziente Europakoordinierung  
19 in der Hessischen Staatskanzlei und starke Landesvertretungen in Berlin und Brüssel ein-  
20 setzen.

21 Die Landesvertretung in Brüssel wird dabei weiter an Bedeutung gewinnen. Sie ist der hes-  
22 sische „Brückenkopf“ in Brüssel und zugleich eine Plattform für hessische Unternehmen  
23 und Kommunen. Mit ihren Veranstaltungen erreicht sie tausende Menschen – darunter  
24 Kommissionsvertreter, Parlamentarier, Kabinettsmitglieder, Journalisten und Unterneh-  
25 mer.

26 Wir wollen,

- 27 • dass Hessen noch mehr Gewicht in Brüssel bekommt und unsere Landesvertretung  
28 als Knotenpunkt im hessischen Europeanetz weiter gestärkt wird
- 29 • dass die Spielräume für die hessische Politik im rechtlichen und politischen Rahmen  
30 Europas größer werden
- 31 • dass die Durchsetzungskraft hessischer Politik in den EU-Institutionen noch besser  
32 wird.

## **Impressum**

### **Herausgeber**

***CDU HESSEN***

Frankfurter Straße 6

65189 Wiesbaden

Tel. 0611.1665 – 0

[info@cduhessen.de](mailto:info@cduhessen.de)

[www.cduhessen.de](http://www.cduhessen.de)

### **Verantwortlich**

Michael Boddenberg MdL

Generalsekretär der CDU Hessen